

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth.-Straße 2.  
Vernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 8. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth.-Straße 3.  
Vernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis pränumerando:  
Vierteljahr 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,  
wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
Nummer mit illustrierter Sonntags-  
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
eingetragen in der Post-Zeitungs-  
Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühren**  
Betragen für die sechs-spaltige Kolonne  
jetzt über deren Raum 40 Pfg. für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.  
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.  
für das erste Wort frei. Inserate für  
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.  
Telegraphisch: W. 19  
„Socialdemokrat Berlin“

### Die Moral auf dem Wasser?

„Eine parallel laufende planmäßige Steigerung der Indienststellungen, im besonderen der möglichst beschleunigte organisatorische Ausbau der Schiffsflotte, mußte in den Berechnungen vorläufig außer acht gelassen werden, da eine dem anwachsenden Schiffsbestande entsprechende Steigerung der Indienststellungen für die Jahre 1905—1910 so hohe Bedarfszahlen für die „fordauernden Ausgaben“ ergeben hätte, daß die Flotten-Vorlage ohne neue Steuern nicht durchführbar gewesen und infolgedessen aufs änderste gefährdet worden wäre.“

v. Tirpitz' Marineerlaß vom 6. Januar 1902.

Die mit allgemeiner Spannung erwartete Abrechnung des Reichstags mit der geheimen Marinepolitik des Herrn v. Tirpitz ist am Freitag erfolgt. Das Interesse des Kaisers an den Verhandlungen bewies der Umstand, daß drei Mitglieder des Marineministeriums in der Hofloge den Verhandlungen von Anfang bis zum Ende beiwohnten, unter ihnen Herr v. Senden-Vibrant.

Die Verhandlungen übertrafen alle Erwartungen. Sie wuchsen weit hinaus über die bloße Beurteilung eines gleichgültigen Ministers, sie wurden zu einer großen, fast erschreckenden moralischen Selbstprüfung aller bürgerlichen Parteien, die an der marinierten Weltpolitik beteiligt sind. Es wurde eine widerlich-pandene Tragikomödie der Mißgünstigen, die in einer Verschwörung falscher Aussagen den Mädelstücker mit Gottes Hilfe herauszulügen suchten. Der Reichstag wurde zu einer Camorra der Weltpolitik, von der sich nur die Socialdemokratie und der Führer der freisinnigen Volkspartei ausschloß.

Es ist nicht nötig, sich mit Herrn v. Tirpitz färdern zu beschäftigen. Was liegt an einem Minister! Wenn morgen sich jemand anheißig macht, noch mehr Panzerflotte von der Volkvertretung zu erlösen, so verschwindet v. Tirpitz kluglos im Ozean der abgeschiedenen Minister. Wie er mit bejammernswürdigem Angeschick, bleicher und bleicher werdend, konfus stammelnd und mühsam gelegentlich ein einstudiertes Pathos erzwingend immer wieder von neuem zu leugnen suchte, das mag höchstens für den ein Interesse haben, der über den besonderen Ehrbegriff der Militär-Kaste Forschungen anstellt und die Frage unterfucht, ob die Wahrheitsliebe zu den notwendigen Bestandteilen jener Elite-Ehre zu zählen sei. Die Kollegen vom Bundesrat ließen den Herrn allein seine Sache ausfechten. Graf Dülow war fürsichtlich dabei geblieben, auch Herr v. Thielmann, der stark interessiert bei dieser Affaire sein sollte und der Einzige gewesen wäre, der den Marineminister beweiskräftig hätte entlasten können, hielt es für geraten, dem Ganzen fern zu sein. Nur die untergeordneten Kommissare des Reichs-Marine-Amts gingen gespannt an den Lippen ihres hohen Chefs, neugierig, in welchem Maße er sich wohl verheddern möchte. Daß der eine oder der andere dieser Herren nicht allzu unglücklich schien über die Marterlage ihres Leiters, mag auf eine Täuschung des Beobachters zurückzuführen sein. Sicher ist, daß wenn ein Angeklagter in dieser Weise sich verteidigen würde, wie Herr v. Tirpitz, das Gericht, ergrimmt über so viel Verstocktheit, strafverschärfende Umstände annehmen würde. Bedauerlich bleibt es jedenfalls, daß wir noch kein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz haben, das ermöglichen würde, den Thäter wirksam zur Rechenschaft zu ziehen.

Indessen, das Interesse an dem gleichgültigen Marineminister tritt zurück vor dem Sittenbild der parlamentarischen Moral, das diese Verhandlungen darboten. Niemals, seitdem es einen deutschen Reichstag giebt, sind die Vertreter aller bürgerlichen Parteien — mit einer einzigen Ausnahme — so tief gesunken, daß sie persönlich mit dem deutschen Bewußtsein des Schwindels, jenseits von Gut und Böse, offenkundige Thatsachen ableugneten oder in ihr Gegenteil verkehrten. Es ist ja wohl gelegentlich vorgekommen, daß der einseitige Führer der Konservativen wider besseres Wissen mit grotesk gespielter Entrüstung den späteren Justizhändler Hammerstein gegen die Angriffe Singers verteidigte, obwohl er die Verfehlungen seines Freundes damals schon kannte. Aber noch niemals hat man mit einer solchen Dreifigkeit — ohne Unterschied der Partei — in einer Verschwörung der Lüge die Wahrheit zu erfinden gesucht. Das waren keine Volkstribunen mehr, das waren falsche Zeugen, die sich, um einen Angeklagten zu retten, vorher verabredet hatten, alle die gleichen eingeleiteten Erklärungen abzugeben, auf daß nichts herauskäme. Die kompakte Masse der verschworenen Verwirrungswelt sollte die einsame, nur von wenigen geschätzte Wahrheit vergegaltigen. So stimmten die Aussagen und Argumente der Vertreter der bürgerlichen Parteien fast wörtlich überein. Und wenn es auf die bloße Zahl der Zeugen ankäme, stott auf ihre Wahrheitsliebe, dann hätte Herr v. Tirpitz als Sieger triumphierend den Kampfplatz verlassen können. Wertwüßig, daß der Herr so gar nicht wie ein Sieger und Triumphtor ausah. Das Gewissen, das sich nie ganz „realpolitisch“ erlösen läßt, hat eben einen unzerstörbaren Gang für die Wahrheit. Und auch die kompakte Majorität der marinierten Rettungsgesellschaft schied nicht mit dem Gefühl von der Debatte, als wäre die Ehre des Tages ihnen zu gefallen. Der bürgerliche Parlamentarismus hat die Moral ein für allemal auf das Wasser verbannt, wo sie hilflos, ein Spiel der Wellen, umhertreibt.

Die Sachlage, wie sie der Erlass des Herrn v. Tirpitz auslieferte, war so einfach wie möglich. Nach der Flottenvorlage von 1900 sollten die neuverordneten Schiffe bis zum Jahre 1910 fertig gebaut werden. Natürlich sollten diese Schiffe auch verwannt, d. h. entsprechend ihrer wachsenden Zahl in Dienst gestellt werden — was eine gewaltige Steigerung der fordauernden Ausgaben zur

Folge gehabt hätte, und jenes Gerücht, daß der Flottenplan ohne neue Steuern durchgeführt werden könnte, sofort als eitel Wind hätte erscheinen lassen und damit die Marinevorlage selbst möglicherweise zum Scheitern gebracht haben würde. Aber der kluge Herr v. Tirpitz wußte sich zu helfen. In den Jahren 1900—1905 wird ja nur ein Teil der Schiffe fertig, somit sind auch die Indienststellungen zunächst weniger umfangreich. Also — so spezialisierte Herr v. Tirpitz — seien wie dem Reichstag zunächst eine verhältnismäßig geringe Summe für die Indienststellungen vor, die wird er willig schlucken und für die ersten Jahre lang's ja auch. Und kommt dann das Jahr 1905 heran, wo sich die fertigen Schiffe anhäufen und die Indienststellungen sich mehren, na, dann fordern wir eben mehr, schwoagen einiges von den inzwischen „veränderten Verhältnissen“ — und das Centrum springt lustig über den Stod. Zeit gewonnen — alles gewonnen: Es genügt, wenn der für 20 Jahre „gewissenhaft“ berechnete Flottenplan hinsichtlich der Kosten nur für die ersten fünf Jahre nothdürftig stimmt; alles spätere wird sich schon finden! Ohne Täuschungen geht's eben einmal in der Politik nicht.

So reichte Herr v. Tirpitz, und wir hätten bis zum Jahre 1904/05 abnunglos zappeln können, wenn das merkwürdig unüberlegte Selbstgeständnis des Marineministers in seinen Geheimverlaß nicht durch den „Vorwärts“ an die Öffentlichkeit gelangt wäre. Auch der Sinn und Zweck dieses Erlasses ist völlig klar und kann gar nicht mißverstanden werden. Herr v. Tirpitz beabsichtigte für das Jahr 1904/05 die seiner Zeit abgelehnten Auslandsschiffe nachzufordern. Bei Gelegenheit dieser Novelle sollte dann gleichzeitig — da die Sache nicht mehr aufschüßbar ist — dem Reichstag über die Frage der Indienststellungen die Wahrheit bekannt werden. Die vorbereitete neue Denkschrift mußte die wirklichen Kosten für die Indienststellungen berechnen, über die die Regierungsvorlage von 1899/00 den Reichstag so schmählich getäuscht hatte, und der Erlass diente dem Zweck, die beteiligten Ressorts zu beauftragen, diese Berechnungen anzustellen.

Das war die klare und unzweideutige Sachlage. Und wie suchte am Freitag Herr v. Tirpitz sein Erlass-Geständnis aus der Welt zu schaffen? Zunächst behauptete er, so weit seine kranken Ausführungen überhaupt verständlich waren, jener schnell berühmt gewordene Satz, der an der Spitze dieses Artikels steht, bedeute: Es sei dem Marineminister 1899/1900 klar gewesen, daß es ganz unmöglich sei, die Indienststellungen entsprechend den Neubauten zu steigern, und darum habe er darauf verzichtet. Aber Herr v. Tirpitz begnügte sich nicht mit dieser Anrede, über die jeder, der lesen und denken kann, läßt — er hatte sogar den Mut, dasselbe Spiel, das er 1898 und 1900 getrieben, auch jetzt noch fortzusetzen und aufrichtig dem Reichstag zu beteuern: Er sei noch heute der Meinung, daß diese der Schiffsvermehrung entsprechende gesteigerten Indienststellungen un- ausführbar seien und daß auf sie verzichtet werden müßte. Das wagt Herr v. Tirpitz am 7. Februar 1902 dem Reichstag zu versichern, derselbe Herr, der in seinem Geheimverlaß vom 6. Januar 1902 seine Mäie anweist, die Rechnungen anzustellen über die 1900 dem Reichstage verschwiegenen Mehrkosten für die Indienststellungen. Dem so heißt es in dem Erlass:

„Zwischen im Winter 1904/1905 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reichs dies irgendwie gestatten, wird man den Versuch machen müssen, in der vorzulegenden Verhandlung zur Flottenvorlage die planmäßige Entlohnung der Indienststellungen in den Jahren 1906—1910 dem wachsenden Schiffsbestand und dem zu beschaffenden Personal anzupassen und zu diesem Zweck eine ausreichende Steigerung der „fordauernden Ausgaben in den Berechnungen vorzusehen.“

Am 6. Januar 1902 erklärt Herr v. Tirpitz geheim, man müsse den Versuch machen, die Indienststellungen dem wachsenden Schiffsbestand anzupassen und eine ausreichende Steigerung der fordauernden Ausgaben durchzuführen — genau einen Monat später erklärte Herr v. Tirpitz öffentlich vor der Volkvertretung, er halte solch eine Absicht für unmöglich. Die Untergebenen des Herrn v. Tirpitz konnten sich mit Recht über ihren Chef beklagen, daß er sie soppe: Wozu so mühsame Vorarbeiten für einen Plan machen, an den man gar nicht denkt!

In eindringlicher änder Schärfe stellte zunächst Genosse Webel die Täuschung des Reichstags durch den Staatssekretär fest, dabei gab er auch neue Einzelheiten über die geplante ungeheure Vermehrung der Auslandsschiffe bekannt.

Der Minister stammelte eine hilflose verwirrte und verwirrende Erwiderung und forderte zum Schluß unter stürmischen Gelächter der Socialdemokraten mit erhebener Stimme den Genossen Webel auf, so sagen, wer der „Dieb“ des Erlasses sei.

Und dann eröffnete der Centrum-Müller aus Fulda den Reigen der Reimungszeugen. Die Centrumpresse hat die Politik der Täuschung offen zugegeben, der Centrumsführer schaute sich nicht, die offenkundige Wahrheit wider bessere Einsicht zu verbunkeln. Aus der Art, wie er über alle möglichen Dinge sprach, nur nicht über das, worauf es allein ankam, erkannte man deutlich, daß er seine Aufgabe lebhaft darin sah, den Sachverhalt zu trüben. Mit Empfindung verführte der Herr, er sei nicht getäuscht worden. Das ist möglich. Aber wenn er nicht getäuscht worden ist, dann bleibt nur noch die eine Annahme übrig, daß dieser freiwillige Marineminister schon 1900 mit Herrn v. Tirpitz unter einer Decke gespielt hat. Dann brauchte er freilich nicht durch den Erlass überrascht zu werden. Aber wir möchten meinen, in früheren Zeiten hätte ein Centrumsführer kein solch kompromittierendes Spiel getrieben wie Herr Müller aus Fulda.

Das anmutige Feuerspiel durchkreuzte mit großem Geschick und überzeugender Kraft, die sich zu einer vernünftigen moralischen Debatte die Reihe der Zeugen auf, die sämtlich das gleiche eingeleitete Sprüchlein hergaben: Der Erlass bietet gar nichts Besonderes, Herr v. Tirpitz hat niemand getäuscht, aber der „Vorwärts“ als Fehler des Diebes hat eine scheußliche Schandthat verübt. Für die Konterpartien leistete Herr v. Levegov den Reimungsgeiß. Der feiste Vertreter schwieg, obwohl er eben erst unter seinem Cognac- Zeichen („“) in der „Deutschen Tageszeitung“ heftig gegen die Täuschungspolitik des Marineministers geschrieben. Für die National-Liberalen hatte vorher schon Graf Oriola mit denselben Deklarationen in der ihm eignen komischen Aufgeregtheit Heiterkeit erregt. Der freisinnig-verwundete Herr Dr. Barth schloß sich dem Chor an; das kühnste Diplomatisieren dieser Freihandelsleute, das sich wunder wie schlau dünkt, bringt diese Gruppe um Verstand und moralische Würde. Herr Barth war von dem folgenden Zeugen, dem Reichsparteiler v. Liedemann nicht zu unterscheiden.

Dann kam — nach einer Entrüstungspause des Grafen v. Aoon, die dem „Vorwärts“ galt — die grandiose Schlussabrechnung, die Webel, Richter und Richard Fischer exultierten. Niemals sind einem Minister derartige Anklagen im Reichstag ins Gesicht geschleudert worden. Webel stellte noch einmal den Thatsachbestand klar und wies die Diebstahlsentwürfe energisch zur Ruhe. Eugen Richter übernahm es jetzt unkluglich zu beweisen, daß Herr v. Tirpitz nicht das erste Mal den Reichstag getäuscht hat; die ganze neue Marinepolitik sei von Anfang an mit derartigen Mitteln betrieben worden. Aus Richter sprach der Ekel über das widerwärtige Treiben der Mehrheit; er hatte das echte Pathos des „Vollseides“, der die Wahrheit gegenüber dem lärmenden Haufen lüdet, der die Wahrheit nicht hören will; er hat nie eindrucksvoller gesprochen, nie einen größeren moralischen Erfolg erritten. Und schließlich lausete sich Genosse Richard Fischer die Kräfte der moralisch Entrüsteten auf der Rechten. Seine Worte peitschten förmlich die Heuchler. Er erinnerte sie, wie die edlen Konservativen selbst jahraus, jahrein die Mittel bewilligen, um Spione und Spigel anzuhalten, Attentatspläne zu vollführen, Verdränger aller Art zu befehlen. Die Socialdemokratie aber veröffentlichte nur Schriftstücke, die sie ohne ihr Zutun erlangt, im öffentlichen Interesse, zum Wohl des Vaterlandes; sie huldigt nicht den Praktiken der Polizei. Die Rechte mußte verstummen.

Auch Herr v. Tirpitz verlor sich noch einmal für die Verteidiger. Er hatte aber selbst das Gefühl, daß er — trotz der großen Mehrheit seiner Gefellen — nichts erreicht und mehr als alles verloren hatte. Leichenblat ergab er sich in sein Schicksal und — schwieg. Der bürgerliche Parlamentarismus des deutschen Reichstags wird sich so bald nicht von dieser Selbstentwürdigung erholen, in die er versunken. Die Zahl mag jubeln: „Gerettet!“ — die Wahrheit antwortet: „Gerichtet!“

### Lochspiegelschug.

Die Affaire des Lochspiegels, der unsern Genossen Wasewitz durch die Zimmung, gegen Bezahlung Spigeldienste für die Berliner Polizei zu leisten und seine Partei zu verraten, schwer beleidigte, ist uniren Lesern aus unsrer früheren ausführlichen Darstellung der betreffenden Vorgänge bekannt. Der weitere Verlauf dieser Dinge, die auch in der Reichstags-Verhandlung am Freitag gestreift worden sind, wirft ein interessantes Licht auf die Rechtszustände in Preußen. Zwecks Verfolgung der schweren Beleidigungen richtete Wasewitz folgenden Strafantrag an den Polizeipräsidenten von Berlin:

An das  
Igl. Polizeipräsidentium.  
15. Dezember 1901.

Am Mittwoch, den 4. d. Mts., beleidigte mich ein Mann, der schon einige Tage zuvor mich meiner Frau gegenüber beleidigt hatte, in meinem Lokal und auf dem Wege zur Polizeiwache. Wegen dieser Beleidigung stelle ich hiermit den Strafantrag. Gleichzeitig beantrage ich, mir den Namen des Mannes mitzuteilen. Zwecks Feststellung des Mannes, der behauptete, ein Polizeibeamter zu sein und in höherem Auftrage seine Beleidigungen auszuüben, nahm ich ihn fest und brachte ihn zum 44. Polizeirevier. Dort legte er dem Polizei-Wachmeister ein Blech vor. Der Wachmeister weigerte sich, mir den Namen des Mannes zu nennen, der ein Beamter sei, und meinte, ich könne mich eventuell an den Polizeipräsidenten wenden.

Selbst wenn der Mann ein Polizeibeamter sein sollte, hatte er kein Recht, mich zu beleidigen, und ich das Recht, seinen Namen zu erfahren. Meinen Strafantrag dehs ich auf die Person aus, die den Beleidiger zu den Beleidigungen angeleitet haben soll. Auch der Name dieser Person soll dem Polizeipräsidentium bekannt sein. Die Mitteilung auch dieses Namens beantrage ich.

Die Frage, ob in der Richtemung des Namens des von mir festgenommenen durch den Wachmeister eine strafbare Begünstigung der Straftat liegt, überlasse ich der Beurteilung der Staatsanwaltschaft und des Gerichts. Die Erhebung der Klage wegen Beleidigung liegt im öffentlichen Interesse, ist also Sache der Staatsanwaltschaft.

Wasewitz, Friedrichsbergerstr. 19.\*

Da Genosse Basewitz auf diese Anfrage keinen Bescheid erhielt, mahnte er und erhielt nun Ende Januar folgende Antwort des Herrn Polizeipräsidenten:

„Der Polizeipräsident  
VII. Abteilung.

Tagebuch Nr. VII 279, 02.

Berlin C., 25, Alexanderstr. 3/B, den 21. Januar 1902.

Ihre Eingabe vom 19. Dezember 1901 ist, weil darin ein Strafantrag enthalten war, dem Herrn Ersten Staatsanwalt beim Landgericht vorgelegt worden und mit dem Bescheide an mich zurückgelangt, daß dieselbe bei ihm zu weiteren Schritten keine Veranlassung bieten, da sie jeder Begründung in Beziehung auf den gestellten Antrag entbehre. Der Herr Staatsanwalt fügt hinzu, daß in dem Verfahren des Wachtmeisters des 44. Polizei-Regiments, welcher Ihnen den Namen der von Ihnen angezeigten Person nicht genannt habe, irgend eine strafbare Handlung nicht erblickt werden könne.

Hier von mache ich Ihnen Mitteilung mit dem Bemerkten, daß ich es ablehne, an eine weitere Erörterung des Inhalts Ihrer Eingabe zu treten.

An den Schankwirt Herrn Albert Basewitz  
Wohlfgeboren

v. Windheim.“

Nunmehr hat Genosse Basewitz sich direkt an die Staatsanwaltschaft mit dem Antrage gewendet, den Spigel Namenlos und seinen Auftraggeber zu bestrafen und ferner das Strafverfahren wegen Begünstigung gegen denjenigen Beamten zu eröffnen, der durch die Geheimhaltung des Namens des Wachtmeisters Namenlos die Straftat dieses Wachtmeisters begünstigt hat.

Der Ausgang des Verfahrens wird lehren, ob in der That im Rechtsstaat Preußen ein Wachtmeister für die Begehung seiner Straftaten straffrei ist. Nach der Verfassung ist lediglich der König von Preußen als Staatsoberhaupt von jeder strafrechtlichen Verantwortung frei.

## Zolltarif-Kommission.

Freitag wurde zunächst die Beratung über die Ziffer 3 des § 9, Einfuhrzölle für Mühlen, und den Abänderungsantrag Gothein: Ausdehnung der Bestimmung auf Mehlmühlmühlen und Hefefabriken fortgesetzt.

Unterstaatssekretär v. Fischer bekämpft den Gotheinschen Antrag. Die Conten könnten nur da gegeben werden, wo es sich um die Ausfuhr von Waren handelt, die aus inländischen Rohstoffen hergestellt werden können.

Gothein (fr. Bg.) zieht seinen Antrag zurück, soweit er die Mehlmühlen betrifft, hebt aber die Schädigung der Hefen- und Weizenstärke-Fabriken beim Export hervor, wenn ihnen keine Conten eingeräumt werden.

v. Fischer: Früher haben schon Wörmann und Paasche beantragt, den Hefefabrikanten Ausfuhrprämien zu geben. Der Gedanke läßt sich aber nicht durchführen. Eine Vergütung wäre nur durchführbar, wenn die Fabrikation unter Aufsicht von Zollbeamten geschähe. Das sei nur in großen Fabriken möglich. Würde man den Hefefabrikanten Prämien gewähren, würden die Seifenfabrikanten dasselbe verlangen.

Gothein wünscht Referate über die eingegangenen Petitionen. Da Abg. Sped aber nicht antworfend ist, regt er an, einen Stellvertreter zu ernennen oder die Sitzung zu vertagen. Auch Stadthagen (Soc.) tritt dem Verlangen bei, ein oder mehrere Stellvertreter für den Referenten der Petitionen zu bestellen; sonst schlägt er vor, die Beratung über die §§ 9 und 10 anzusetzen.

Singer (Soc.) unterstützt den Vertagungsantrag. Ein einziger Berichterstatter könne die Menge der Petitionen nicht bewältigen. Es sei nötig, noch einen Berichterstatter zu ernennen. Er wirft auch die Frage der Berichterstatter für das Plenum auf. Darüber verlaute noch gar nichts.

Der Vorsitzende v. Kardorff bemerkt, zum Referenten für das Plenum sei Abg. Sped ernannt.

Singer beantragt nunmehr die Sitzung zu vertagen oder die Beratung über die §§ 9 und 10 auszusetzen. — Die Kommission beschließt die Aussetzung.

Zur Vertagung kommen insfolgedessen die Anträge des Centrums und der Freisinnigen, welche die Erhebung der städtischen Octrois betreffen. Die Abgg. Müller-Julda und Sped (C.) beantragen folgenden § 10a einzuschalten: „Die Erhebung von Gemeinde-Abgaben auf Nahrungsmittel, die nach diesem Gesetz und dem nachstehenden Zolltarif bei der Einfuhr zollpflichtig sind, ist unterlagt.“

Ein Antrag Fischbeck (fr. Bg.) verlangt folgenden § 10a:

„Für Rechnung von Kommunen oder Korporationen dürfen Abgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andre Mühlenfabrikate, desgleichen auf Backwaren, Fleisch, lebendes Vieh, Fleischwaren und Fett nicht erhoben werden.“

Fischbeck (fr. Bg.): Unsere Partei hat stets auf dem Standpunkt gestanden, diese von den Kommunen erhobenen indirekten Steuern aufzuheben, jetzt bietet sich dazu Gelegenheit. Der Antrag gehe nicht so weit wie der Centrumsantrag, aber er will verhindern, daß notwendige Nahrungsmittel versteuert und verteuert werden.

Ehe die Diskussion beginnt, zieht Abg. Herold (C.) den Antrag Müller-Julda — Sped zu Gunsten des Antrages Fischbeck zurück.

Reichs-Schatzsekretär Hr. v. Thiellmann widerspricht dem Antrag, der mit dem § 40 der Reichsverfassung nicht vereinbar sei. Der Bundesrat sei in dieser Sache nicht kompetent, sie unterstehe der Sondergesetzgebung. Die Tragweite des Antrages für die Gemeinden lasse sich gar nicht übersehen.

Geheimerat Freund: In Preußen handle es sich um die Bier- und Schlachtsteuer. Jene habe fast gar keine Bedeutung, anders ist es mit der Schlachtsteuer. Viele Städte haben die Berechtigung, die Schlachtsteuer zu erheben. In den alten preussischen Provinzen wurde die Schlachtsteuer bis 1873 von sechs Städten erhoben. Diese Städte, darunter Breslau, Potsdam, Aachen, Posen, haben noch heute das Recht auf Erhebung der Schlachtsteuer. Auch in den neuen preussischen Provinzen sind zahlreiche Städte, die die Schlachtsteuer erheben, im Regierungsbezirk Aachen 56, im Regierungsbezirk Wiesbaden 31. Die Konsequenzen für alle diese Städte durch die Entziehung dieser Steuerquelle lassen sich gar nicht übersehen. Von drei zu drei Jahren wird in den Kommunen die Frage geprüft, und immer wieder fast einstimmig beschlossen, die Schlachtsteuer fort zu erheben. Die Fleischpreise sind auch in diesen Städten nicht erheblich höher. Viele Städte haben ihre Haupteinnahme aus der Schlachtsteuer, so Aachen 35 000 M., Fulda 34 400 M., Hanau 66 000 M. und Harburg 33 000 M.

Bayerischer Ministerialdirektor Ritter v. Geiger: München hat 635 000 M. für Getreide, Fleisch, Wildpret zc. eingenommen, in andern Gemeinden bestehen ähnliche Verhältnisse. Gätte München

die Steuern nicht gehabt, dann hätte die direkte Steuer von 1,35 M. auf 1,50 M. pro Kopf erhöht werden müssen.

Sächsischer Bevollmächtigter Dr. Hüger erklärt sich gleichfalls gegen den Antrag.

Auf Wunsch des Abg. Brömel (fr. Bg.) werden die von den Regierungsvertretern gemachten Angaben zu Protokoll gegeben.

Geheimerat Rodaß schließt sich den vorgebrachten Bedenken gegen den Antrag an und verweist namentlich auf die Nachteile für Posen.

Auch der badische Ministerial-Direktor Scherer meint, daß die Aufhebung dieser Steuer zu erhöhten direkten Steuerzuschlägen führen müsse. Die Arbeiter würden dadurch belastet. Im Bundesrat seien die erforderlichen 14 Stimmen gegen eine solche Verfassungsänderung vorhanden.

Geher (Soc.): Die indirekte Steuer erhöht die Preise. Außer der Reichsteuer giebt es in Sachsen eine Staatsaccise und dann die Gemeindesteuer. Diese dreifache Besteuerung belastet ganz ungebührlich. Die staatsrechtlichen Bedenken sind die reine Deficitangst. Die direkten Steuern treffen die Reichen stärker, daher der Widerstand. In Mannheim hat man die städtische Rahmungs-mittelsteuer aufgehoben. Man liebt die indirekten Steuern, weil sie, wie schon Bismarck sagt, viel bringen, ohne daß der Belastete es besonders gewahrt wird. Weil die Besitzenden das Regiment führen, suchen sie durch indirekte Steuern die Lasten auf die Armen abzuwälzen.

v. Fischer: Im Reichs-Schatzamt haben keine Konferenzen stattgefunden. Nur um Mitteilung der zur Erhebung gelangenden Kommunalsteuern ist gebeten worden.

Geheimerat Hüger behauptet, daß auch in Sachsen nur Material für ein Kommunalsteuer-Gesetz gesammelt worden sei.

Nachdem auch der Vertreter für Elsaß-Lothringen, Geheimerat Leindcker, den Antrag bekämpft hat, erklärt Veumer für die Nationalliberalen, daß sie gegen den Antrag stimmen würden, weil sie nicht in die Rechte der Einzelstaaten und der Gemeinden eingreifen wollten.

Singer (Soc.): Die Behauptung, daß die indirekten Steuern die Produkte nicht verteuern, wird durch die Vorlegung des Tarifs widerlegt, denn der Zweck des Tarifs ist es doch, die Inlandspreise zu erhöhen. Unser Bündnis mit der Regierung ist jetzt wieder zum Glück in die Brüche gegangen. Das kann mich nur freuen, aber wir werden wohl wieder zusammenkommen, wenn die Agrarier mit ihren Forderungen heranrücken. Was als Vorteil der indirekten Steuer gepriesen wird, daß nämlich der Steuerzahler nicht merkt, wenn er die Steuern bezahlt, ist gerade ihr Nachteil. Die staatsrechtlichen Bedenken sind nicht stichhaltig, denn sonst hätte man die clausula Francenstein nicht annehmen dürfen, die einen mindestens ebenso starken Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten bedeutet hat.

Die Mitteilungen der großen Summe, die in den Großstädten durch diese Octrois einkommen, sind ein Grund mehr für die Aufhebung. Wenn der Zuschlag zur Einkommensteuer nicht über 100 Proz. genommen, und der Rest durch indirekte Steuern aufgebracht wird, dann erheben die Gemeinden den Ueberschuß von den Vermögenden. In Preußen rühmt man sich, daß die Einkommen unter 100 M. von der Steuer freibleiben. Dieser Vorzug wird durch die indirekten Steuern wieder beseitigt. Wenn arme Kommunen nicht ohne Octrois bestehen können, so muß der Staat ihnen unter die Arme greifen. Die Kommunen haben genügend Zeit, sich auf neue Steuern einzurichten, denn vor 1904 könnte die Aufhebung der Octrois nicht eintreten.

Das Centrum schweigt und ich nehme an, daß es dem Antrag zustimme, denn damit würde es nur sein eignes Versprechen einlösen.

Abg. Kurz (C.) stellt den Zusatzantrag: „Auf Vier findet der Antrag keine Anwendung.“

Geheimerat Regierungsrat Freund: Die Regierung habe auf Zuschlagsteuern der Gemeinden keinen Einfluß. Diese werden von ihnen selbst beschlossen. Auch die Regierung ist der Meinung, die Steuern sollten mehr auf die Schultern der wohlhabenden Klasse gelegt werden. Wenn die Kommunen das thun, ist es die beste Socialpolitik.

Müller-Julda (C.): Nachdem die „endlose Zahl“ der Regierungsvertreter gesprochen hatte, komme nun auch er zum Wort. Er habe seinen Antrag zu Gunsten des Antrages Fischbeck zurückgezogen. Der Hauptgedanke gehe dahin, eine weitere Verteuerung der Lebensmittel des Volkes zu verhindern. In Fulda habe er denselben Antrag schon im Herbst eingebracht und viele Städte hätten bereits den Beweis erbracht, daß man auch ohne die Steuer auskommen könne. Die Octrois der Städte schädigen nur die Landwirtschaft. Das ganze System der indirekten Abgaben müsse in Wegfall kommen, man solle eine Kerze nicht von zwei Seiten anzünden, was durch höhere Zölle und Octrois geschähe.

Bayerischer Ministerialdirektor Ritter v. Geiger meint, Mannheim und Frankfurt a. M. seien reich genug, sich andere Einnahmequellen zu erschließen, nicht so die ärmeren Städte. In Bayern sind 8000 Gemeinden, davon haben 7500 Steuern erhoben. In 323 Gemeinden betrage der Zuschlag zur Staatskommunal-Steuer über 250 Proz.

Hr. v. Seyl (nall.): Die socialdemokratischen Vertreter von Mainz hätten erklärt, sie könnten das städtische Budget ohne Octroi nicht aufrecht erhalten. Die Preise hätten sich in den Städten, wo der Octroi austretet erhalten sei, nicht verändert.

Hr. v. Wangenheim (L.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Müller-Julda an und erklärt, für den Antrag stimmen zu wollen.

Gothein (fr. Bg.): In Breslau sei der Octroi nur mit knapper Mehrheit beibehalten worden; den Ausschlag haben die Konserdativen und das Centrum nur mit wenigen Liberalen gegeben. Der wesentlichste Nachteil der indirekten Besteuerung seien die hohen Erhebungskosten; er sei deshalb stets für die Aufhebung des Octrois gewesen.

Zum Schluß kommt es noch zu einer lebhaften Geschäfts-ordnungs-Debatte. Der Vorsitzende v. Kardorff weist auf die noch vorliegenden socialdemokratischen Anträge betreffend Aufhebung der Salz- und Zuckersteuer usw. hin. Wenn diese Anträge noch jetzt zur Vertagung kommen sollten, könne er den Vorsitz nicht weiter führen, denn dann sei an eine Erledigung des Zolltarifs nicht zu denken.

Singer (Soc.) widerspricht einem solchen Versuch, die zur Sache gehörigen Anträge beiseite zu schieben.

Der Vorsitzende erwidert, auf diese Weise könne man ja schließlich noch die Abschaffung der Todesstrafe in den Zolltarif bringen.

Singer: Solchen Vergeßlichkeitsgeleusen gegenüber werden wir an das Plenum appellieren. (Zustimmung links.) Hierauf vertagt sich die Kommission auf Dienstag 10 Uhr.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Februar.

Schon zollmüde!

In der Sitzung der Zolltarif-Kommission am Freitag hat es an heiteren Momenten nicht gefehlt. Der Redemut der Agrarier ist nach den kalten Wasserstrahlen der offiziellen Presse herabgestimmt und Rebellst für andere als agrarische Geldinteressen überhaupt nicht vorhanden. So kam es denn, daß die Opposition fast allein die Kosten der Unterhaltung trug. Mitten in der Beratung — nach einer Gotheinschen Rede — stellte sich heraus, daß wieder einmal der Referent für die Petitionen seines Amtes nicht waltete konnte.

Da aber die Linke darauf bestand, daß man ohne Kenntnis der Meinung der beteiligten Industrie — es handelte sich um Mühlen — keine sachgemäße Entscheidung treffen könnte, und der Referent nicht herbeizuschaffen war, mußte die Beratung der betreffenden Paragraphen abgebrochen werden.

Die Kommission ging, um den angebrochenen Vormittag nützlich auszufüllen, zur Beratung der Anträge über, die bezwecken, die Kommunalabgaben für Nahrungsmittel (Vieh, Brot, Fleisch, Hülsenfrüchte usw.) zu beseitigen.

Die Antragsteller — siehe den Bericht — begründeten die Anträge, und dann führten sich die Regierungsvertreter auf die Anträge. Von Preußen über Sachsen, Bayern und Baden bis Elsaß-Lothringen herrschte rührende Uebereinstimmung in der Bekämpfung des Versuchs, dem Unfug städtischer Octrois ein Ende zu machen.

Aus der Kommission sprachen mit Ausnahme eines national-liberalen Dem- und Aber-Namens nur Vertreter des Antrages. Herr von Wangenheim rächte sich dafür, daß die Regierung bei den Transilaganern die zollnerischen Wünsche nicht erfüllt hat, und kündigte an, daß er für die Aufhebung der kommunalen Abgaben auf Fleisch und Brot stimmen würde.

So weit war's gut — man glaubte friedlich zum Frühstück gehen zu können — da stollte Herr v. Kardorff das Streitschiff und erklärte, er werde die Beratung von Centrums- und socialdemokratischen Anträgen, die zu einem späteren Paragraphen gestellt sind, nicht zur Vertagung zulassen, weil nach seiner Ansicht die Anträge in keinem Zusammenhang mit dem Zolltarifgesetz ständen.

Wenn die Kommission aber etwa die Anträge zur Verhandlung zuliehe — dann möchte sie sich einen andern Vorsitzenden wählen, da, wenn die Anträge verhandelt würden, kein Ende der Beratung abzusehen wäre.

Die Anträge bezwecken die Regelung der Verwendung der aus den Erträgen der Zollserhöhung stehenden Einnahmen, ferner die Errichtung einer Witwen- und Waisenversorgung für Arbeiter, Aufhebung der Salzsteuer, Zucker- und Brauweinsteuer, Beseitigung der Exportprämien für Zucker und der Viebesgaben für Brauwein.

Singer gab den schmerzlichen Empfindungen Ausdruck, welche die Kommission haben würde, wenn Herr v. Kardorff den Vorsitz abgäbe — aber das könne natürlich nicht hindern, die Absicht des Vorsitzenden als ganz geschäftsordnungswidrig zu bekämpfen. Unter Hinweis darauf, daß beim letzten Plottengesetz durch das Centrum ähnliche Bestimmungen gesetzlich festgelegt worden seien, meinte der Redner, daß die Kommission zwar Anträge ablehnen, aber nicht von der Verhandlung ausschließen könne, wenn dieselben mit dem Gegenstand der Vorlage im Zusammenhang stehen.

Uebrigens würde — wenn der Vorsitzende bei seiner Ansicht bliebe — die Frage eingehend erörtert werden, und eventuell das Plenum des Hauses beschästigen müssen.

Die Kommission wird also vermutlich, unter den Obstruktionsgelassen ihres Vorsitzenden leidend, eine geraume Zeit von ihrer Aufgabe abgelentet werden. Vorläufig hat sich die Kommission nach diesem Zwischenpiel bis Dienstag (Frischtag) vertagt, um nach Anhörung des Berichts über die Petitionen zu den §§ 9 und 10 (Mühlencenten und Aufhebung der Zinsfreiheit für Zollcredite) zurückzukehren und nach deren Erledigung die Frage der Beseitigung der städtischen Octrois wieder aufzunehmen.

Die Hoffnung, daß die erste Lesung des Zolltarif-Gesetzes — nur des Gesetzes, nicht etwa des Tarifs selbst — in der Kommission bis Ostern zu Ende geführt wird, braucht trotz alledem noch nicht aufgegeben zu werden.

## Das preussische Abgeordnetenhaus und die Gewerbe-Aufsicht.

Das Abgeordnetenhaus hat am Freitag die zweite Beratung des Etats der Handelsverwaltung beendet und bei dieser Gelegenheit auch einige Stunden seiner kostbaren Zeit der Erörterung der Gewerbe-Aufsicht gewidmet. Die Bänke, die gewöhnlich gut besetzt sind, wiesen eine auffallende Leere auf. Die Herren, die im Dreiklassen-Parlament das große Wort führen, haben eben etwas Wichtigeres zu thun, als sich über Arbeiterfragen zu unterhalten.

Anlaß zu der Debatte gab ein Antrag Hirsch (fr. Bg.), der die Regierung ersucht, zum Zwecke einer wirksameren Fabrikaufsicht die Zahl der Gewerbe-Aufsichts-beamten wesentlich zu erhöhen, namentlich in der Richtung, daß assistierende Mitglieder aus den Kreisen der Aerzte, der praktischen Arbeiter und der Frauen — letztere in größerer Zahl als bisher — herangezogen werden.

Wie ist es heute um die Gewerbeaufsicht in Preußen bestellt? Der Gewerbeaufsicht unterstehen 132 201 Betriebe mit 2 1/2 Millionen Arbeitern. Für diese gab es bisher insgesamt 226 Beamte. Kein Wunder, daß im letzten Jahre nur der fünfte Teil der Betriebe revidiert werden konnte! Die Regierung bildet sich nun wer weiß was darauf ein, daß sie in dem neuen Etat ganze drei Beamte neu fordert und zu den beiden weiblichen Hilfskräften zwei weitere hinzufügt.

Und es wird trotz des Antrages Hirsch in der bisherigen Weise fortgewurstelt werden. Der Antragsteller begründete seinen Antrag in einer Rede, an der sich sachlich kaum etwas aussetzen läßt, die aber dadurch an Wert verlor, daß er selbst bei dieser Gelegenheit den Frieden zwischen Arbeitern und Unternehmern predigen zu müssen glaubte; als unterbesserlicher Harmonie-Apostel überfiel er, daß man den geschworenen Arbeiterfeinden des Landtags gegenüber denn doch ein etwas schwereres Geschütz aufzuziehen muß, als das, worüber er verfügt.

Die Verantwortung übernahm nicht der Minister Müller, sondern der Großindustrielle Müller, der des Lobes voll ist über die völlig unzulängliche Gewerbe-Aufsicht und in dieser Einrichtung nicht ein Mittel zum Schutze der Arbeiter, sondern zum Schutze der Unternehmer erblickt. Er warnt vor einer zu schnellen Vermehrung des Personals, weil es in andern Ländern noch schlechter bestellt sein soll als bei uns; er will von der Hinzuziehung der Aerzte nichts wissen, denn die Aerzte könnten ja aus sanitären Gründen Anordnungen treffen, die dem armen Unternehmer zu große Opfer auferlegen; er ist stolz darauf, daß auch einige Frauen im Gewerbe-Aufsichtsdienst thätig sind, will ihnen aber keine Exekutivgewalt übertragen. Vor der Aufstellung von Arbeitern schreit er zurück aus Furcht

vor der Socialdemokratie, die nicht nur in Preußen, sondern auch bereits in England in die Gewerkschaften eingedrungen ist und sie „vergiftet“.

Die Strafe folgte diesen socialpolitisch rückständigen Ausführungen des Ministers auf dem Fuße. Zwei der ärgsten Reaktionen, die Abgeordneten Winkler (L.) und Freiherr v. Zedlitz (H.), erklärten sich völlig mit ihm einverstanden. Letzterer erblickt in der Hinzuziehung von Arbeitern den ersten Schritt, die Socialdemokratie zur Herrscherin über unsere Gewerbebetriebe zu machen. Das aber wäre der Untergang unserer Industrie, denn dann würde sich kein anständiger Mensch mehr an gewerblichen Unternehmungen beteiligen, weil sich niemand unter die Fuchtel socialdemokratischer Organisationen stellen wolle.

Einen Lichtblick gab es in der Rede des Herrn v. Zedlitz; er hat sich endlich, wenn auch etwas spät, zur Selbsterkenntnis durchgerungen und warnt in tiefer Reue über seine Thätigkeit als Mitarbeiter der „Post“ vor der Aufstellung von nicht voll beschäftigten Beamten, da diese sich sonst unnütze Arbeit schaffen.

Nachdem sich noch namens des Centrums Abg. Sittart für den Antrag erklärt hatte, wurde derselbe einer Kommission überwiesen.

Sonnabend: Kleinere Etats und Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

### Gegen die russische Alliance.

Paris, 5. Februar. (Fig. Ver.) Anlässlich des Votums über die Kredite für den Jarenempfang kam es in der Deputiertenkammer zu einem scharfen Protest der antiministeriellen Socialisten gegen die russische Alliance. Genosse Dejeante brachte namens der revolutionär-socialistischen Fraktion folgende Resolution ein: „In Erwägung, daß die Regierung die der Kammer schuldige Achtung verleiht hat, indem sie dieselbe nicht speziell über die Jarenempfangskredite befragte; daß die so veranschlagten einigen Millionen eine desto tadelnswürdige Verschwendung bedeuten, als die Regierung für die Verherrlichung der Republik (Nationalfest des 14. Juli) nur 150 000 Franks ausgiebt; daß diese Ausgabe eine Herausforderung der Armen bedeutet; daß die Regierung anlässlich des Besuchs dieses Monarchen willkürliche Verfügungen vorgenommen hat, — protestiert die Kammer gegen die Hebergriffe der Regierung anlässlich des Jarenbesuchs in Frankreich und beschließt, der Regierung die Verantwortlichkeit für die gemachten Ausgaben zu überlassen.“ Genosse Sembat unterstützte hierauf den Antrag Dejeante in einer gegen die russische Alliance gerichteten Ansprache. Er stellte u. a. fest, trotz der Ablehnungen des Ministers des Reichens, daß Frankreich so schnell Wuthilfe hat verfallen müssen infolge eines Trudens von Petersburg aus. Er forderte den Minister auf, doch nur zu wagen, im Selbstnamen eine gewisse Depesche des Fürsten Lamsdorf, des russischen Ministers des Reichens, an den russischen Volschastler in Konstantinopel zu veröffentlichen, welche dem Sultan vorgelegt werden sollte und einen festen Termin für die Räumung der Insel bestimmte. ... Und wohlgerath, diese Angabe Sembats ist un widerprochen geblieben.

Zu der Abstimmung wurde der Antrag Dejeante mit fast allen gegen bloß 33 Stimmen abgelehnt. Und nun ist bei dieser Gelegenheit wieder einmal zu konstatieren, daß die ministeriellen Socialisten auf dreifache Weise gestimmt haben. Während die 13 antiministeriellen Socialisten geschlossen gegen die Jaren-Empfangskredite stimmten, gestellten sich ihnen aus der andern Fraktion nur sieben Mitglieder, darunter Allemane und Viviani, 19 enthielten sich der Abstimmung und 4, darunter natürlich Millerand, stimmten für die Jarenkredite.

Das Manifest des Generalkomitees, welches den socialistischen Teilnehmern an dem Jarenempfang mit der „Entwürdigung in den Augen des socialistischen Proletariats“ drohte, bleibt also für die überwiegende Mehrheit der unter der „Kontrolle“ des Generalkomitees stehenden Deputierten nach wie vor (nebst den anderen antiministeriellen Äußerungen des Komitees) ein toter Buchstabe. Aber freilich, wer nicht aus eigener Heberzeugung socialistisch stimmt und handelt, dann ist es besser, wenn er sich an seine Androhungen lehrt. Die Sachlage und die Stellung der Personen wird so geklärt, was schließlich nur zum Nutzen der socialistischen Sache anschlagen muß.

Zu erwähnen ist noch, daß 1896 gegen die Jarenkredite bloß 61 Deputierte gestimmt haben.

## Deutsches Reich.

### Abschlachtung eines Finanzministers.

Man schreibt uns aus Dresden: Der Jorn des reaktionären sächsischen Landtags darüber, daß er nach jahrelangen Stränden doch schließlich kein beigegeben und die Vermögenssteuer sowie eine Einkommensteuer-Erhöhung annehmen möchte, war in den letzten Tagen gefährlich gewachsen. Der verbaltene Ingrimm drängte wie der überhitzte Dampf eines Kessels zu irgend einer explosionsartigen Kraftverhinderung, und so entstand die Judenmilitärsfrage, von der niemand bezweifelt, daß sie nur ein Vorwand ist, um den verhassten Finanzminister v. Bagdors zu entfernen. v. Bagdors soll die Rolle des Sündenbocks spielen. Der Landtag spekuliert vielleicht dabei auch darauf, daß dann die öffentliche Meinung nicht die reaktionäre Kammermehrheit für die heillose finanzielle Mißwirtschaft, sondern den Staat und Fall aus seinem Ante gedrangten Finanzminister verantwortlich machen werde. Zweifellos sind die Staatsüberforderungen verfassungswidrig. Sie betragen für den Erweiterungsbau des Bahnhofs Schwarzenberg 500 000 M., für den Bau der Nebenbahn von Chemnitz nach Wechselburg 2 095 500 M. und für den Bau der Industriebahn von der Linie Chemnitz-Kieritzsch nach Gröna fast 2 470 000 M. Die ursprüngliche Forderung für die letzte Bahn betrug nur 3 067 000 M. Man muß sich aber vor Augen halten, daß in Sachsen Staatsüberforderungen keine Seltenheit sind und daß das Verantwortungsgefühl der Beamten durch den Infamie-Landtag erheblich vermindert ist.

Die Regierung hatte nun demütig und in aller Form um Judenmilitärsfrage nachgehakt, worauf die Deputation die Bewilligung der Nachpostulate empfahl. Damit schien der Konflikt formell erledigt.

Die gestrige Verhandlung über das Judenmilitärsgefeuch der Regierung in der zweiten Kammer brachte aber eine erhebliche Verschärfung des Konflikts.

Donnerstagsabend ließ Staatsminister v. Meiß dem Kammerpräsidenten Dr. Mehnert mitteilen, die Regierung wünsche ihr Judenmilitärsgefeuch zu modifizieren. Freitagvormittag fanden zwischen der Regierung und dem Kammerpräsidenten Verhandlungen statt, wovon die Sitzung erst um 10 Uhr erst um 1/2 11 Uhr eröffnet wurde. Staatsminister v. Meiß erklärte, daß sich die Regierung über ihr Judenmilitärsgefeuch erst noch endgültig schlüssig machen müsse. Die Regierung könne sich nicht in dem Sinne binden, daß bei Staatsüberforderungen notwendige öffentliche Arbeiten unterbrochen werden müßten. Das sei schon infolge der zweijährigen Finanzperiode unthunlich. Darauf erklärten

im Namen der konservativen Fraktion Abg. Opiß und im Namen der nationalliberalen Fraktion Abg. Schill, sie blieben nunmehr auf dem Deputationsbeschluss bestehen, die Angelegenheit in verfassungsmäßiger Weise durchzusetzen, d. h. direkt beim König Beschlüsse zu fassen oder den Finanzminister beim Staatsgerichtshof wegen Verfassungsverletzung förmlich anzuklagen.

Der Dresdener Stadtverordneten-Vorsitzende Rechtsanwalt Stüdel sagte unter tosendem Beifall, wenn im gewöhnlichen Leben etwas Derartiges vorkommt und einem erklärt werde, Du hast unser Vertrauen nicht mehr, dann gebe man sich zum Abschied die Hand und sage: „Lebe wohl!“ (nicht endemollender Beifall). Er hoffe, daß er deutlich genug geworden sei, um an gewisser Stelle verstanden zu werden. Das Judenmilitärsgefeuch wurde infolge der Frontänderung der Regierung in die Finanzdeputation B zurückverwiesen.

Finanzminister v. Bagdors ist auf seine Pensionierung schon lange vorbereitet. Sein Nachfolger wird der Dresdener Oberbürgermeister Geheimrat Dr. Ventler werden, der den Sitzungen der Zweiten Kammer in den letzten Wochen von der Tribüne der Ersten Kammer, deren Mitglied er ist, mit unermüdblicher Ausdauer folgte. v. Bagdors erhielt das Finanzportefeuille 1895. An Widerständen und Mißerfolgen hat es Herrn v. Bagdors im Landtage nicht gefehlt. Die Geschäfte des Ständehaus Neubaus wuchs sich bei nahe zur Tragikomödie aus und ist noch in lebhaftester Erinnerung. Das Projekt des Fernheizwerks und Electricitätswerks in Dresden, das von dem älteren Vagant des Finanzministers zeugte, fand gleichfalls lebhaftesten Widerspruch; es mußte zunächst überhaupt zurückgezogen werden und tauchte dann im nächsten Landtage nur in verkleinertem Maßstabe wieder auf. Sein Hauptmißerfolg war aber die Steuerreform, die er im Jahre 1897 unternahm und die der drohenden Finanzinsolvenz durch vermehrte Einnahmen rechtzeitig vorbeugen sollte. Die verlangte Vermögenssteuer wurde von der Kammermehrheit rundweg abgelehnt, desgleichen die Ausdehnung der Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Anfälle an Kinder, Ehegatten und Eltern. Damit war der Steuerreform das Rückgrat gebrochen und die Regierung verzichtete freiwillig auf die kleinen Nebenreformen, die man ihr gnädigst gewähren wollte. In parlamentarisch regierten Ländern hätte Herr v. Bagdors nach dieser großen Niederlage schon damals sein Amt niederlegen müssen. Herr v. Bagdors aber blieb. Er blieb auch während des nächsten Landtags im Amt und sah mit verschärkten Armen Schadenfreude zu, wie die Landboten sich abmühten, aus der Finanzklemme herauszukommen. Er wartete, bis der Landtag selber mit Steuerwünschen an ihn herankam. Das Resultat dieses händlichen Zwistes ist die nun beendigte Steuerreform. Hier, wo diese unter Dach und Fach gebracht worden ist, hatte man erwartet, daß Herr v. Bagdors von selbst gehen würde. Da er aber am Portefeuille zu haften scheint, so hat die Kammer den Konflikt herausbeizuholen. Der Sturz v. Bagdors hat eine allgemeine Ministerkrise nach sich gezogen. Das „Dresdener Journal“ meldet: „Sämtliche Mitglieder des Gesamtministeriums haben dem König ihr Entlassungsgefeuch unterbreitet. Der König hat sich die Entscheidung über diese Gesuche vorbehalten. Die einzelnen Minister sind vom König beauftragt worden, bis auf weiteres die Geschäfte fortzuführen.“

Gegen das Gesundheits- und andern Obscurantismus will der Kaiser Maßregeln ergreifen. Er hatte dieser Tage eine Konferenz mit dem Berliner Polizeipräsidenten und dem General-Superintendenten Faber.

Die Potsdamer Aristokratie wird entsetzt sein, daß der Kaiser im Obscurantismus nicht den Spuren seines Ahnen Friedrich Wilhelm II. zu folgen gedenkt.

Das Denkmal der Heingemäuer. Die Nationalliberalen in der Elberfelder Stadtverordneten-Versammlung haben den Elberfelder Heingemäuer einen originellen Streich gespielt. Man erinnert sich, daß in Elberfeld ein Brunnen aufgestellt worden war, als dessen Hauptknoten Tritonen figurierten, die die naturalistische Ähnlichkeit ihres Bildnisses mit den Merkmalen ihres Geschlechtes ausgedrückt hatte. Darob entstand ein Entsetzungssturm der Ultramontanen, der einige entschlossene Eitlichkeitsfanaliker zu einem energischen operativen Eingriff begeisterte. Die ultramontanen Vertreter im Stadtverordneten-Kollegium empfanden jedoch die entstandene Keere als nicht minder anstößig und beantragten, den armen Figuren wenigstens einen Ersatz in Gestalt eines Kranzblattes anzufügen. Dieser Antrag wurde jedoch durch das Zusammengehen der Freijüngern und Nationalliberalen zu Falle gebracht. Als jedoch die Freijüngern beantragten, die Tritonen wieder in ihrer ursprünglichen Form zu rekonstruieren, stimmten die Nationalliberalen dagegen, jedoch die Figuren sich künftig in ihrer doppelt anstößigen Beschaffenheit den leuchtenden Augen von Männern und Weibern präsentieren. Ein nicht abler Scherz und eine lustige Strafe für die ultramontanen Eitlichkeitsfresser.

Selbstmord des Offiziers v. Salisch. In Breslau hat der bekannte Offizier v. Salisch in einer Drohsche seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Der Selbstmord erinnert an einen Vorfall, der sich vor gerade zehn Jahren in Koblenz abspielte und in ganz Deutschland, ja sogar in Ausland das größte Aufsehen hervorrief. Im März 1892 erschick nämlich in einer Nacht der damalige Lieutenant im 28. Infanterieregiment v. Salisch den Kaufmann Ferdinand Weimann aus Vögel-Koblenz mit seinem Säbel vor einer Wirtshaus. v. Salisch wurde darauf zu 2 Jahren Festung verurteilt, jedoch nach einem Jahre bereits begnadigt. Er wurde dann nach Bremen verlegt und kam später nach Breslau, wo er jetzt durch Selbstmord geendet hat.

Konst. An die Staatsanwaltschaft in Konstanz ist jetzt das Gutachten der höchsten preussischen Medizinalbehörde, der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen in Berlin, über die Ermordung des Genußsüchtigen Winter gelangt. Mitglieder der Deputation sind die Prof. Virchow, v. Bergmann, Viktor, v. Leiden, Gerhardt, Olschhausen, Jolly, Rabner, Moell, Schmidmann, König, Sondt, Kirchner. Dieses Gutachten bestätigt durchaus das frühere Gutachten des westpreussischen Provinzial-Medizinalkollegiums zu Danzig. Es stellt fest, daß der Galschnitt kein Schicksalsschnitt war. In Einzelheiten, z. B. über die Vorgänge, die sich kurz vor der Ermordung Ernst Winters abspielte haben müssen, wird das Danziger Gutachten noch an Schärfe übertraffen. Das Resultat der eingehend begründeten hochwichtigen Feststellungen soll demnächst weiteren Kreisen durch Herausgabe einer Broschüre zugänglich gemacht werden.

Ein Militärprojekt der „Frankfurter Volksstimme“. Aus Frankfurt a. M. wird uns unter 3. Februar geschrieben: Von der hiesigen Strafkammer wurde heute Genosse Dr. Quard wegen Verleumdung eines bairischen Hauptmanns zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verleumdung wurde in einem Artikel gefunden, den Quard seiner Zeit der „Wälzischen Post“ nachgedruckt hatte. Während die „Wälzische Post“ in Ludwigshafen unbehelligt blieb, wurde die „Volksstimme“ in Frankfurt strafverfolgt. In dem vorliegenden Fall war in einem Artikel das Verhalten eines Hauptmanns Abel in Gernersheim (Pfalz) kritisiert worden, weil dieser einem Grünhader Referenten namens Zipper auf eine drastische Nachricht von dem bevorstehenden Ableben seines Vaters den sofortigen Urlaub verweigert hatte. Zipper war Ende April vorigen Jahres zu einer vierzehntägigen Lebung nach Gernersheim eingezogen. Am 24. April ließ für ihn ein Telegramm folgenden Wortlauts in Gernersheim ein: „Komm sofort, Vater im Sterben!“ Diese Depesche gelangte zuerst in die Hände des Feldwebels, der am gleichen Mittag das Telegramm an dem Hauptmann Abel, der sich auf einem Schießplatz in der Nähe des Ortes befand, trug. Hauptmann Abel ging, wie er als Zeuge aussagt, gegen Abend in die Kaserne zurück und ließ Zipper auf die Schreibstube rufen. Er teilte ihm den Inhalt des Telegramms mit. Die

nach Zipper behauptete, hätte man ihm den Inhalt des Telegramms erst am Donnerstagsmorgen gesagt, und zwar erinnerte er sich noch ganz genau der Zeit, es wäre zwischen 2 und 3 Uhr gewesen. Nach Aussage Zipper's knüpfte der Hauptmann an die Mitteilung des Telegramms die Meinung, daß er ihm jetzt keinen Urlaub erteilen könne, zumal da ja Königs Geburtstag demnächst wäre, da gäbe es so wie so 2 Tage Urlaub. Im Falle, daß der Vater stirbt, so könne er ja nach Hause gehen.

Der Hauptmann dagegen sagt aus, er habe zwar Zipper darauf aufmerksam gemacht, daß er nicht so leicht Urlaub nach dem bestehenden Bestimmungen erhalten könne; er habe jedoch teilnehmend hinzugefügt, daß er fahren könne, wenn er darauf bestünde, was Zipper befreit. Ein Soldat, der mit Zipper diente, Berle aus Grünstadt, bestätigt, daß Zipper damals mitteilte, er dürfe trotz dem Telegramm nicht fahren. Die amtliche Auskunft bestätigt, daß das Telegramm am dem Tag abging und antam, auf welchen der Hauptmann die Unterredung verlegt, während Zipper vom nächsten Mittag spricht, auch trotz aller Vorhalte des Gerichts bei dieser Angabe bleibt. Zipper ist dann erst am zweiten Tage spät abends gefahren, nachdem er, wie er behauptet, nochmals beim Hauptmann vorstellig geworden; dieser weiß davon nichts mehr. Zipper hat aber seinen Vater bereits bewußlos getroffen, so daß er nicht mehr mit ihm verhandeln konnte.

Der Staatsanwalt erachtete den Wahrheitsbeweis für unzulänglich, da Zipper nicht glaubwürdig erscheine. Mit Rücksicht auf die mehrfachigen Vorfragen des Angeklagten beantragte er eine zwei-monatliche Gefängnisstrafe, welchem Antrag auch das Gericht entsprach. In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß die gegen den Hauptmann Abel in dem Artikel aufgestellten Behauptungen völlig unwahr und stark beleidigend seien. Es könne nicht gestattet sein, derartige scharfe Angriffe ohne genügende Unterlage auf Militärpersonen zu richten. Zipper verdiene gar keinen Glauben.

Reichsländische Finanzen. Aus Straßburg i. Elz. schreibt man uns: Die wirtschaftliche Depression ist auch auf den Stand der Finanzen Elz-Ländens nicht ohne ungünstigen Einfluß geblieben. Bis vor ganz kurzen Jahren war man gewohnt, Herrn v. Schraut jeweils mit einem Finanzreport vor den Landesauschuss treten zu sehen, das den Deputierten des Landes den Finanzhimmel voller Wahgeigen erscheinen ließ. Seit Eintritt des wirtschaftlichen Niederganges ist dies anders geworden. Schon in dem am 31. März 1901 abgeschlossenen Rechnungsjahr 1900 mußten rund 1,35 Millionen Mark zur Ergänzung der Einnahmen des außerordentlichen Etats durch Begebung von Renten aufgebracht werden. Noch unglücklicher hat sich der Voraussicht für das laufende Jahr gestaltet, indem die Matricularbeiträge an das Reich die Ueberweisungen des letzten an das Land voraussichtlich um rund 800 000 M. übersteigen werden. Nach Aufhebung der Einnahmen des außerordentlichen und der Ueberblüsse des ordentlichen Etats bleiben für insgesamt rund 575 Millionen Mark die Mittel zu beschaffen. Davon sollen 800 000 Mark vorläufig durch Schatzanweisungen gedeckt, der Rest durch Begebung von Renten bedeckt werden. — Diese nicht weniger als erfreuliche Finanzlage wird noch dadurch verschlimmert, daß Elz-Ländens sich augenblicklich im Verein mit Baden zur Durchführung des großen Werkes der Oberhein-Regulierung anschickt, die das Reichsland mit insgesamt rund sieben Millionen belasten wird, von denen bereits in dem laufenden Etat 12 Millionen eingestellt sind. Die Regierung wird deshalb in ihrem Projekte im Landesauschuss, dessen Mehrheit ohnehin von nichts weniger als kulturrell fortschrittlichen Ideen beherrscht ist, voraussichtlich einen schweren Stand haben.

## Ausland.

### Zur Reform der parlamentarischen Geschäftsordnung in England.

London, 4. Februar. Unmittelbar nach Schluß der Adreßdebatte wurden die neuen Regeln der parlamentarischen Geschäftsordnung von Mr. J. A. Balfour dem Hause vorgelegt. Ihr Zweck ist angebl. die sich häufenden legislativen Maßnahmen zu einer rascheren Erledigung zu bringen. Zum Teile ist dies auch richtig. Es muß indes hervorgehoben werden, daß sie auch eine Beschränkung der Freiheiten der Opposition bedeuten. Die neuen Regeln haben einen antidemokratischen Zug. Balfour begründete seine vorgeschlagene Aenderung mit dem Hinweis auf die Thatsache, daß das Parlament es heute nicht mehr nötig habe, gegen das Königtum zu kämpfen. Das ist wohl unbestreitbar. Das englische Vürgerthum hat es vorzüglich verstanden, mit dem Gottesgnadentum auszuräumen. Desto mehr Ursache hätte es, die erzwungenen Freiheiten hochzuhalten, es sei denn, daß es sich gegen eine neue Opposition verschanzten möchte. Und von dieser reaktionären Tendenz will die neuen Regeln nicht freizusprechen.

Diese Bemerkung gilt besonders von der vorgeschlagenen Bestrafung opponierender Mitglieder. Die betreffende Regel (Amendment of Standing Order 21) lautet: Wird ein Mitglied des Hauses zur Ordnung gerufen wegen Nichtachtung des Präsidenten oder der Geschäftsordnung, indem es die Verhandlungen fortsetzt und unwillig hört, so soll der Präsident sofort die Suspendierung beantragen. Ueber diesen Antrag darf eine Debatte nicht stattfinden. Wird der Antrag angenommen, so soll der Ausschuß das erste Mal zwanzig Parlamentstage dauern, das zweite Mal vierzig, das dritte und folgende Mal achtzig. Ist gewaltsame Entfernung nötig, so wird das Mitglied auf die Dauer der ganzen Session oder auf achtzig Tage ausgeschlossen, auch wenn ein Teil der Strafkzeit in die folgende Session fällt. Kein ausgeschlossenes Mitglied darf nach Ablauf der Strafkzeit in das Parlament zurückkehren, ohne vorher ein Abbitte Schreiben an den Präsidenten gesandt zu haben.

Der Präsident darf ferner im Interesse der Ordnung die Sitzung vertagen. Der ohnehin geschützte Präsident erhält demgemäß sehr weitgehende Rechte.

Die übrigen Regeln sind minder einschneidend. An den ersten vier Wochentagen soll das Haus um 2 Uhr nachmittags — also um eine Stunde früher — zusammentreten, die Sitzung in der Regel bis 12 Uhr nachts dauern; von 8 bis 9 Uhr eine Pause. Am Freitag soll die Sitzung von 12 bis 6 Uhr abends dauern. Sonnabend frei. Drei bis vier Tage gehören der Regierung; Freitag den Mitgliedern. Donnerstag: Budgetberatung. Die Zeit für Fragestellungen (Interpellationen) und Initiativfragen soll beschränkt werden, ebenso die Möglichkeit zu Anträgen auf Vertagung und auf Division (Abstimmung durch Hammersprung) — zwei Freiheiten, deren die Opposition sich zu bedienen pflegt, um die Durchdringung von schädlichen Vorlagen zu hemmen.

Das sind in aller Kürze die neuen Regeln. Wie die meisten bürgerlichen Gesetze sind auch diese Bestimmungen nur ein Beweis der politischen Unfähigkeit der herrschenden Klasse. Hätte Jemand eine eigne nationale Regierung (Home-rule), so wären diese Beschränkungen überflüssig. Je mehr Gesetze, desto mehr Ungerechtigkeit.

## Schweden.

Das Kommunalwahlrecht in Schweden. Bei der Ergänzungswahl zur Gemeindevertretung in Kalmar am 1. Februar gaben für den socialdemokratischen Kandidaten, Manrer Walmström, 1921 Wähler 17758 Stimmen ab. Für den bürgerlichen Kandidaten stimmten nur 642 Wähler; diese verfügten jedoch infolge des pluralistischen Wahlsystems über 38 061 Stimmen, so daß ihr Kandidat gewählt wurde. Bei den Ergänzungswahlen im Dezember 1901 wurden 18 131 socialdemokratische Stimmen abgegeben.

Die Millionenschwundersien der Grubenbesitzer in Norrland veranlaßten den Abgeordneten Hedén am Dienstag in der zweiten Kammer eine Interpellation an den Staatsminister vorzulegen, worin eine Anzahl Fragen bezüglich der gegen die skandinavischen Zustände zu ergreifenden Maßregeln gestellt werden. Hedén hat bereits vor 30 Jahren auf die Gefahren hingewiesen, die mit der Ueberlassung der Grubenlizenzen an ausländische Spekulant ver-

bunden sind. Die Interpellation wurde von der Kammer angenommen.

Innerhalb der schwedischen Regierung wird schon seit längerer Zeit die Frage der Uebernahme der norrtändischen Grubendistrikte durch den Staat erwogen. Vielleicht wird die Interpellation zur Förderung dieses Projektes beitragen.

### Frankreich.

#### Ein sozialistischer Wahlerfolg.

Paris, 5. Februar. (Fig. Bez.) In der Hafenstadt Cette (bei Marseille) errang letzten Sonntag die „Französische Arbeiterpartei“ (Guesdisten) einen bedeutenden kommunalen Wahlerfolg. In den allgemeinen Gemeindevahlen 1900 wurde dort der Gemeinderat von den Guesdisten behauptet. An der Spitze ihrer Liste stand Guzet, der dann zum Bürgermeister gewählt wurde. Die darauf erfolgte Spaltung unter den französischen Sozialisten lieferte Guzet Gelegenheit, seiner Organisation unterzu werden. Wegen seiner Teilnahme an den Jarenbesuchs-Festlichkeiten wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Er blieb aber im Amte und auf seine Seite traten 24 Gemeinderats-Mitglieder, denen nur 5 Guesdisten gegenüberstanden. Je weiter, desto ärger trieb es Guzet. Er maßte sich u. a. das Recht an, die Arbeitsbüchse seiner Kontrolle zu unterordnen, indem er die kommunale Subvention für die Arbeitsbüchse davon abhängig machte, daß der Sekretär derselben von ihm ernannt und die Verwendung der Subvention von ihm kontrolliert würde. Selbst bürgerlich-radikale Gemeinderäte springen in Frankreich mit den Gewerkschaften nicht so herrisch um, wie der auch-Sozialist Guzet. Uebrigens wurde er von der Regierung mit dem Orden der Ehrenlegion bedacht. Indessen machten ihm die fünf Guesdisten im Gemeinderat und unter der Arbeiterschaft einen energischen und erfolgreichen Krieg. Schließlich zwangen sie ihn und seine Getreuen zur Demission.

Der Ausgang der Strafprobe ist nun eine vollständige Niederlage der Abtrünnigen. Die fünf siegten, wenn auch erst in der Stichwahl, mit Hilfe des Klassenbewußten Proletariats über die 25 mit dem Bürgermeister an der Spitze, der das Parteiprogramm, auf welches hin er gewählt worden war, nach seinem Abfall für „undurchführbare Entwürfe und gefährliche Utopien“ erklärt hatte. Es wurden gewählt 29 Guesdisten und nur ein einziger von der bürgermeisterlichen Liste, aber nicht Guzet, der die geringste Stimmengahl erhielt. Alle gefälligen Wahlmonden der letzteren, worunter die Verweigerung von Gemeindefaktoren für die Versammlungen der Arbeiterpartei, sind abgeprallt an dem festen Willen der Proletarier von Cette, der Hafenarbeiter und Fischer, den Gemeinderat dem Sozialismus zu erhalten beziehungsweise wiederzugewinnen.

### Belgien.

Die Verfolgung Smeets. Die belgische Kammer hat, nachdem verschiedene Tage hindurch heisse Debatten stattgefunden haben, nunmehr, wie der Telegraph schon gemeldet, die Autorisation der gerichtlichen Verfolgung des Abg. Smeets mit 69 gegen 38 Stimmen bei 7 Stimmentzählungen beschlossen. Smeets soll in einer Versammlung der streikenden Beglants im Lütticher Kohlenrevier die Streikenden aufgefordert haben, sich gegen die bewaffnete Macht ebenfalls zu bewaffnen. Er ist deshalb angeklagt, und die Kammer hatte über den Strafantrag zu befinden. Seine Freunde, die sozialistischen Redner, machten geltend, daß ein Abgeordneter während der Dauer der Legislaturperiode nicht verfolgt werden dürfe, außerdem sei Verjährung eingetreten, denn der Antrag sei schon am 10. Oktober gestellt. Boeste und seine Freunde von den Liberalen drückten jedoch den obigen Beschluß durch.

### Ungarn.

Erordnung des Unterrichtsministers. Der ehemalige, gegenwärtig feldkapitänleutnant Karandjulo, ein Mazedonier, tötete heute in einem Bahnsinnsanfall den Unterrichtsminister Kantschiff, in dessen Dienstzimmer durch zwei Revolverkugeln und beging dann Selbstmord. Kantschiff gehörte dem ungarischen Kabinette erst seit Januar dieses Jahres an. Kantschiff ist übrigens innerhalb eines Jahres der zweite Unterrichtsminister, der einem Attentate zum Opfer fällt. Der irrsinnige Mörder Karandjulo war vor drei Jahren wegen Exzessivität aus seiner Gymnasiallehrer-Stellung entlassen worden und wollte seine Wiederanstellung erzwingen.

### Afien.

Die Unruhen in Afghanistan. Dem „Reuter'schen Bureau“ ist bezüglich der Gerüchte über die Unruhen in Afghanistan die Mitteilung zugegangen, daß ähnliche Gerüchte an das Jüdische Amt gelangt seien. Es wird hervorgehoben, daß bei Annäherung des Frühlings solche Gerüchte möglicherweise noch in größerem Umfange zu erwarten seien; bezüglich der Glaubwürdigkeit der gegenwärtigen Gerüchte sei keine Nachricht eingegangen.

Welshol. Der Londoner Korrespondent der „Wirmingham Daily Post“, die, wie bekannt, das Organ des Kolonialsekretärs Chamberlain ist, erklärt, aus bester Quelle zu können, die Mittelung, England beabsichtige Welshol aufzugeben, entbehre der Begründung. Der Hafen bleibe Marinestation für die englische Flotte in den chinesischen Gewässern. Daß der Platz befestigt werde, sei für den gegenwärtigen Augenblick unwahrscheinlich.

## Parlamentarisches.

### Militärstat.

Die Budgetkommission des Reichstages strich von der Forderung von 2240 870 M. für Beschaffung von Handwaffen sowie von Maschinengewehr-Material nebst Munition für die neuen Formationen 119 896 M. Bei der Forderung von 2 Millionen Mark für Material und Munition der Feldartillerie beantragte Referent Abg. Vachem (C.) die Hälfte, Korreferent Abg. Graf Noon (L.) nur 300 000 Mark zu streichen. Die Kommission beschloß mit 13 gegen 7 Stimmen (der Konservativen, Nationalliberalen und der Freisinnigen Vereinigung) 1 Million Mark zu streichen. Ohne Widerspruch wurde gestrichen die erste Rate von 4000 M. für einen Neubau beim Artilleriedepot in Spandau, 100 000 M. erste Rate für Vergrößerung des Schießplatzes bei Cunneröd, 120 000 M. (erste Rate) für artilleristische Einrichtungen auf dem Truppenübungsplatz Renhammer (VI. Korps), 54 000 M. (5. Rate) für Belvedereparaden. Beim schließlichen Militärstat wurden 150 000 M. von der letzten Rate für einen Neubau von Magazinanlagen in Würzen, 161 000 M. vom vollen Bedarf für einen Feldfahrzeug-Schuppen in Bannern, 30 000 M. von der letzten Rate für das Montierungszimmergebäude in Dresden, je 50 000 M. von der 4. Rate für eine Kaserne in Chemnitz und in Würzen gestrichen.

Im außerordentlichen Militär-Stat Preussens werden von der Forderung von 1 Million Mark für Feldbahnmaterial (VI. Rate) 500 000 M., von der Forderung von 1 464 200 M. für Kriegsbedarf an Bekleidung und Ausrüstung 250 000 M. gestrichen. Bei der Forderung von 10 Millionen Mark für weitere Beschaffungen für Zwecke der Fußartillerie beantragte Referent Abg. Vachem (C.) 5 Mill. Mark zu streichen. General v. Einem führt aus, die Umwandlung der Fußartillerie habe sich über einen langen Zeitraum erstreckt und mache darüber vertrauliche Mitteilungen. — Kriegsminister v. Gofler spricht dem Reichstag seinen Dank dafür aus, daß er ihn bei der Umgestaltung der Feldartillerie so ausgezeichnet unterstützt habe. Man sei

eine Verbesserung der Fußartillerie notwendig; im finanziellen Interesse empfehle er Bewilligung von Pauschquanten, da diese eine sparsame Wirtschaft ermöglichen. Er müsse dringend bitten, die ganze Forderung von 10 Millionen zu bewilligen. Diese Position dürfe nicht durch finanzielle Erwägungen erschüttert werden. — Abg. Graf Noon (L.): Die Forderung stelle sich als Vertrauenssache dar. Die Militärverwaltung verdiene volles Vertrauen.

Nach weiteren vertraulichen Mitteilungen des Generals v. Einem sprechen sich die Abg. Vassermann (natl.), Freese (fr. V.) und v. Tiedemann (Rp.) für die Bewilligung der ganzen Forderung aus. Abg. Richter (fr. V.) betont, daß bei Umformung der Feldartillerie seitens der Regierung in Abrede gestellt sei, daß ein gleiches Bedürfnis für die Fußartillerie zu erwarten sei. Formell stelle die Forderung sich schlimmer dar als ein Dispositionsfonds. Sie entzieht sich jeder rechnerischen Kontrolle. U. a. schließt auch jede Abgrenzung gegen den Festungsfonds. Deshalb beantrage er, die Abstimmung zu vertagen, bis auch die Frage der Erweiterung des Festungsfonds erledigt sei.

Kriegsminister v. Gofler: Eine genaue Scheidung zwischen den verschiedenen Fonds könne er geben; er würde auch eine Verminderung derselben für nicht angängig erachten. Aus dem Festungsfonds werde nur das genommen, was für neue Festungen gebraucht werde.

Abg. Graf Oriola (natl.) bewundert die Offenheit und Ehrlichkeit der Heeresverwaltung gegenüber der Budgetkommission. Ihm sei das Tempo der Umwandlung der Fußartillerie noch viel zu langsam. Das müsse offen ausgesprochen werden. Die weitere Besprechung wird auf Dienstag vertagt.

## Gerichts-Beitrag.

Auf die Verfälschungen von Fleisch- und Wurstwaren richtet die Behörde jetzt strenge ihr Augenmerk. Die Behörde fahndet nicht nur auf Fleischwaren, die einen Zusatz von Pfefferbeiz enthalten, sondern auch auf Leberwurst, welche mit Kartoffelmehl vermischt ist. Fast täglich finden vor dem Schöffengerichte derartige Verhandlungen statt und in allen Fällen erfolgt die Verurteilung wegen Nahrungsmittelverfälschung. Früher wurde ein geringer Zusatz von 1/2 bis 2 Proz. für zulässig erachtet, da ein solcher dazu dient, die Masse soweit zu binden, daß die Wurst, ohne zu bröckeln, in Scheiben geschnitten werden kann, jetzt soll auch dieser Zusatz ebenso wie das Pfefferbeiz verpönt sein. Die angeklagten Fabrikanten, Schlächtermeister und Händler führen zunächst vor Gericht an, daß ihnen durch die Neuerung schwerer Nachteil erwächst. Deutschland sei nicht in stande, so viel Lebern zu liefern, wie für die Fleischfabrikation gebraucht werden. Da sei man denn auf das Ausland angewiesen, besonders aus Dänemark wöhren Tausende von Centnern eingeführt. Diese Lebern seien durch Pökelung für den Verkauf haltbar gemacht und verlieren hierdurch ihre Verdaulichkeit, jedoch ein kleiner Wehzzusatz unerlässlich sei. Ein angeklagter Fabrikant erklärte, daß das Verbot ihm einen großen Schaden verursache, seitdem er den Zusatz vermeiden müsse, verarbeite er täglich ca. 300 Pfund Lebern weniger als früher. Das Gericht hält diese Einwände nicht für stichhaltig, in der Regel erfolgt die Verurteilung, wobei sich das Strafmaß zwischen 10 und 30 M. bewegt. In der letzten Zeit geht die Anklagebehörde noch weiter, ein Geschäftsinhaber, der sein Personal zur Anwendung von Pfefferbeiz oder Mehl anhält, wird wegen Anstiftung zur Nahrungsmittel-Verfälschung zur Verantwortung gezogen.

Ungehörte Mißhandlungen eines 2jährigen Kindes kamen in einer Verhandlung zur Sprache, welche gestern vor der 121. Abteilung des Schöffengerichts gegen die Priesterin Johanna Schellente stattfand. Die Ehefrau Jauwig hat bei ihrer im Mai eingegangenen Ehe ein Kind mitgebracht, das ihr und auch ihrem Ehemann eine lästige Zugabe war. Das Kind ist bereits im August v. J. in der Charité verstorben, nach dem Gutachten des Arztes ist es einfaß totgebürtet worden. Der Arzt begutachtete im Termin, daß es in einem Zustande noch der Anstalt gebracht worden, der jeder Befehdung spottete. Das Kind war aber über und über mit blutigen Striemen bedeckt, an vielen dieser Stellen hatten sich unter der Haut Blutergüsse gebildet, die dann in Eiterung übergegangen waren und schließlich den Tod des Kindes herbeigeführt hatten. Hausgenossen behaupteten, daß das Kind täglich in der unmenslichsten Weise gequält worden sei; eine der Zeuginnen wollte gelassen und gebüß haben, daß die angeklagte Ehefrau das Kind innerhalb einer Stunde sechsmal mit einem Knüttel bearbeitet habe. Die Angeklagten gaben zu, das Kind häufig geschlagen zu haben, aber es sei notwendig gewesen, um es zur Reinlichkeit anzubringen. Der Arzt, der das Kind in der Charité behandelt hatte, erklärte dagegen, daß es das reinlichste von den vielen Kindern gewesen sei, die er in Behandlung gehabt. Der Arzt begutachtete ferner, daß zweifellos der Tod infolge der unmenslichen Mißhandlungen eingetreten sei. Der Staatsanwalt beantragte nun, das Schöffengericht möchte sich für unzuständig erklären und die Sache dem Schöffengericht überweisen, da Körperverletzung in einer das Leben gefährdenden Weise mit tödlichem Ausgange vorliege. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, stellte die Entscheidung anheim. Der Gerichtshof beschloß Ueberweisung an das Schwurgericht.

Schwere Unterschreitungen eines Kriminalschuymannes beschäftigten gestern am Spätnachmittag die zweite Strafkammer am Landgericht II. Wegen verurtheter Nötigung und der Bedrohung mit dem Verdrehen des Lotzwehens war der im Jahre 1875 geborene und als Unteroffizier wegen Mißhandlung eines Untergebenen bereits vorbestrafte Kriminalschuymann Stanislaus Grzegorzewski aus Schöneberg angeklagt. Der Angeklagte hatte am 21. September v. J. einen freien Tag. Er verwandte ihn zu einer Bierreise, die in der Nacht im Theaterviertel lokale endete. Dort verurthete der Angeklagte, die vorübergehende Tochter des Wirtes um die Taille zu fassen und dieselbe zu heftigen. Als sich das junge Mädchen ganz energisch gegen diese Behandlung wehrte, sagte er ihr: „Verstellen Sie sich doch nicht, Sie sind ja doch nur eine ganz gemeine Kellnerin!“ Weidend beklagte sich das Mädchen wegen dieser Verleumdung bei ihrem Vater, die anwesenden Gäste lebten es sofort ab, mit dem Angeklagten weiter zu trinken und stellten diesen zur Rede. Der Angeklagte sollte seine Erkennungsmarke hervor und hielt sie höhnisch seinen Gegnern vor die Augen. Diese meinten aber, daß irgend eine Medaille jeder bei sich tragen könne, um sich als Kriminalbeamter aufzuspielen. Seine Persönlichkeit müsse auf der Wache festgestellt werden. Der Angeklagte wurde vom Billard herabgestoßen und dabei verlor er die Erkennungsmarke. Trotz alles Widerstrebens wurde er zur nächsten Wache gebracht. Dort ließ er zunächst seine Führer eintreten, dann stieß er sofort den Diener der Hochschule für bildende Künste, Franz Proff, mit der Faust an die Stirn und schrie: „Sie haben mir meine Medaille gestohlen!“ Der assistierte Angeklagte drehte den Spieß vollständig um, er geriet sich, als habe er seine Gegner gestrichelt, er verlangte von Proff, daß dieser sich ausziehe, damit er auf den Besitz der „Medaille“ verurthet werden könne, er legte dem Proff auch seinen Revolver auf die Brust, um ihn zu zwingen, die Medaille herauszugeben und sagte hinzu: „Ja hätte Sie schon im Lokal totschießen können, weil Sie mir meine Medaille weggerissen haben, ich werde es aber jetzt thun, wenn Sie mir nicht meine Medaille zurückgeben!“ Der Bedrohte, Proff, blieb ruhig. Er hob sein Hemd über die Brust und sagte: „Nun schießen Sie doch!“ Der Angeklagte zog nun tatsächlich die Waffe aus dem Revolver und legte die Waffe von neuem an, ein uniformierter Schuymann entriß ihm aber die Waffe, ließ den Revolver vorfinden und dieser brachte den betrunkenen Beamten zur Ruhe. Dieser Vorgang wurde durch die Beweisaufnahme in obiger Darstellung festgelegt. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis.

Der Treberprozeß in Kassel. Aus den Mitteilungen vom Freitag ist folgendes interessant: Der Direktor der Dortmunder Unionbrauerei, Justizrat Traube erklärt als Zeuge, daß es allgemein üblich ist, daß die Ausschüsse sich nicht um die Geschäfte kümmern, namentlich da wo die Geschäfte gut stehen. Daß in Zeiten einer Krise Wechsel seitens der Mitglieder des Ausschusses gegeben werden, sei auch nichts Auffälliges. Ein Zeuge, Kaufmann Schäfer, gab zu, daß ihm Direktor Schmidt ein Darlehen von 1500 Mark gewährt unter der Bedingung, von seiner Kenntnis der Gefängnisstrafe, welche das Ausschussmitglied Schlegel früher erlitten hatte, keinen Gebrauch zu machen. Der ehemalige Oberbuchhalter der Allien-Gesellschaft für Treberproduktion Stirl befähigte dem Zeugen, daß zu der Grundlage der Fabrik in Weishwasser die Leipziger Bank einen Betrag von 1 000 000 M. gab, welche während der betreffenden Gründungszeit auf dem Tische lagen, die aber an demselben Tage nach Leipzig zurückgingen.

Verschiedene Zeugen hatten über den Zeumund der Angeklagten Arnold und Hermann Sumpf zu befinden. Der Leiter der hiesigen Reichsbank, Bankdirektor Waechter erteilte den Angeklagten Sumpf das beste Zeugnis. Sie waren beide Optimisten und hatten von den Geschäftsverhältnissen der Gesellschaft fast gar keine Ahnung. Rechtsanwalt Justizrat Dr. Bartels beklagte als Zeuge: Er könne sich dem Vorzeugen nur anschließen. Er ist der Ueberzeugung, daß die Angeklagten, sowie alle andern Ausschussmitglieder vollständig unter dem Pann des Direktors Schmidt standen, der allen andern geistig und auch in Geschäftsangelegenheiten überlegen war. Am 3. Juli hatte er mit dem Direktor Schmidt und den Ausschussmitgliedern eine Konferenz. Am 4. Juli erfolgte der Zusammenbruch. Oberbuchhalter Stirl sollte in dieser Konferenz über einige Posten Ausschluß geben. Es stellte sich dabei heraus, daß er wenige Tage vorher von Dir. Schmidt entlassen war. Nachdem wurde der Oberbürgermeister Schmieding, Dortmund, Bankdirektor a. D. Heindrich, Amtsrichter a. D. Justizrat Mandel, Direktor der Dortmunder Unionbrauerei vernommen, die die Angeklagten Schulze-Dellwig und Otto als Ehrenmänner bezeichnete, die einer unehrenhaften Handlung nicht fähig seien. Heindrich, früherer Direktor des Dortmunder Bankvereins und Mandel sprechen ihre Ueberzeugung aus, daß weder Otto noch Schulze-Dellwig, noch überhaupt ein Ausschussmitglied die Fälschungen erkennen konnten. Heindrich erklärt, daß doch gleichzeitig eine Kapitalerhöhung und Dividendevertheilung erfolgen könne.

Der vereidigte Bücherrevisor Rehardt hat bei seinen Revisionen wohl verschiedene Unrichtigkeiten gefunden und die Nichtigstellung durch Direktor Schmidt beantragt, aber wirkliche Fälschungen hat er nicht zu entdecken vermocht. Der Prokurist Scheffer hat gleichzeitig mit dem Angeklagten Schlegel das Recht in Kassel befristet und als Laie einen sehr guten Eindruck von demselben gewonnen, wie alle Herren, die damals dort gewesen sind. Der Rest der heutigen Zeugenvernehmungen gilt verschiedenen Zeumundfeststellungen. Daraus wird die Verhandlung auf morgen vertagt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Der Reichskanzler für die Zollvereinigung.

Berlin, 7. Februar. (W. T. V.) Bei dem heutigen Festmahle des Deutschen Landwirtschaftsrats hielt der Reichskanzler Graf von Bälou eine Ansprache, deren wichtigste Ausführungen wir wiedergeben:

... Man hat versucht, in wirtschaftlichen Dingen einen Gegensatz zu konstruieren zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und mir. Von einem solchen Gegensatz ist natürlich gar keine Rede. (Lebhaftes Bravo.) Das können Sie schon daraus entnehmen, daß ich als Reichskanzler vor Ihnen stehe. Ein Reichskanzler, der sich in einer so wichtigen Materie im Gegensatz befände zu Sr. Maj. dem Kaiser, das ginge doch über die Hutschnur. (Weiterkeit.)

... Wenn die verbündeten Regierungen der Landwirtschaft helfen sollen, so müssen sie auch von den Freunden der Landwirtschaft unterstützt werden. Durch nichts werden die berechtigten Bestrebungen der Landwirtschaft mehr gefährdet und geschädigt als durch Uebertreibungen und Einseitigkeiten. Die verbündeten Regierungen sind darüber einig, daß die von ihnen vorgeschlagenen Getreidezölle die Grenze bezeichnen, bis zu welcher jene Zölle erhöht werden können, ohne einerseits der ganzen übrigen Bevölkerung lästig zu fallen, und ohne andererseits den Abschluß von Handelsverträgen in Frage zu stellen, wie sie Landwirtschaft, Industrie und Handel brauchen, die alle drei mit festen Verhältnissen rechnen müssen und alle das Bedürfnis nach ruhigen und gleichmäßigen Zuständen haben. Auch ist es sehr zweifelhaft, ob eine Erhöhung der Getreidezölle über die Säye des Entwurfs hinaus für die Landwirtschaft auf die Dauer von Vorteil sein würde, denn sie könnte eine Reaktion hervorrufen, unter deren Einfluß auch der legitime Zollschutz der Landwirtschaft fallen würde.

Meine Herren, für denjenigen, der nicht die Verantwortung für das Ganze trägt, ist es leicht und bequem, den starken Mann zu spielen mit der Parole: Alles oder nichts! (Sehr richtig) ... Aber ich verhehle auch nicht, daß mich bei der freiwilligen Darlegung des Standpunktes der verbündeten Regierungen die Hoffnung leitet, zu verhindern, daß von den Vertretern und Freunden der ländlichen Interessen das Bessere zum Feind des Guten gemacht, d. h. daß die Verabschiedung der Tarifvorlage durch unannehmbare Mehrforderungen, wie die auf Vermehrung und Erhöhung der Minimalzölle, vereitelt werde.

Ich sage Ihnen als ehrlicher Steuermann: Das Schiff der Tarifvorlage kann sich wohl über Wasser halten, aber bei noch schwererer Ladung werden die Wellen am Ende wohl nicht den Schiffer, gewiß aber den Kahn verfrachten.

Ich versichere Ihnen, daß ich als wahrer Freund der Landwirtschaft von ganzem Herzen wünsche, es möge der Tag nicht kommen, an dem es sich herausstellte, daß die eifrigen Bemühungen der verbündeten Regierungen und meine eifrigen und redlichen Bemühungen für die Landwirtschaft am Mangel klugen Vorgehens und entschlossener und einiger Unterstützung der Regierung gescheitert seien.

Meine Herren, helfen Sie, daß es dahin nicht komme, wirken Sie für eine geschlossene Schlichtordnung auf dem Boden der Tarifvorlage. Das ist mein Rat, das ist mein wichtiger Wunsch, und so trinke ich auf das Wohl der deutschen Landwirtschaft und ihrer Vertretung!

Bochum, 7. Februar. (W. T. V.) Gegen den Redacteur des hiesigen Polendblattes „Warsus Polst“ Anton Breßli und den Redacteur der „Bozeta Torunsa“ sowie gegen die Ehefrau des letzteren hat die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Aufreizung zum Rassenhaß erhoben, weil die Genannten eine Sammlung polnischer Nationallieder herausgegeben haben.

London, 7. Februar. (W. T. V.) Der Maler Thomas Sidney Cooper ist heute im Alter von 88 Jahren gestorben.

Suez, 7. Februar. (W. T. V.) Der britische Kreuzer „Amphitrite“, der sich auf der Fahrt nach England befindet, ist in Bai von Suez aufgelaufen.

Reichstag.

137. Sitzung vom Freitag, 7. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Von Bundesratliche: v. Tirpitz.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Marine-Gesetz.

Staatssekretär v. Tirpitz:

Gestatten Sie mir, der Beratung des Marine-Gesetz einige Worte voranzuschicken. Der vorliegende Etat für das Jahr 1902 ist der zweite Etat nach Erlass des Flottengesetzes. Sie werden sich erinnern, daß die verbliebenen Regierungen beabsichtigten, zunächst ein komplettes zweites Linien-Schiffs-Geschwader von zehn Schiffen in Bau zu geben. Im vorliegenden Etat wird das dritte und vierte dieses Geschwaders gefordert und vor-

ausichtlich würde das neunte und zehnte Schiff im Jahre 1905 in Anwendung kommen. Inzwischen sind im Reichs-Marineamt genaue Berechnungen und Dispositionen über die erste Periode bis 1905 angefertigt worden. Auf Grund derselben glaube ich die Hoffnung ausdrücken zu können, daß wir mit der geforderten veranschlagten Summe auskommen werden. Verschätzungen zwischen einzelnen Jahren und einzelnen Positionen müssen natürlich vorbehalten sein.

Der vor einigen Tagen veröffentlichte Erlass, der im „Vorwärts“ zu lesen war, zwingt mich, nun auch von dieser Stelle aus auf den Inhalt desselben einzugehen. Die Herren werden sich erinnern, daß schon bei Beratung des Flottengesetzes die verbliebenen Regierungen für notwendig gehalten hatten, unmittelbar nach Inbegriff des Linien-Schiffs-Geschwaders an eine Vermehrung der Auslands-Schiffe heranzutreten. Dementsprechend würde die erste Vermehrung 1906 zur Anwendung gelangen und unter Umständen gemäß würde eine entsprechende Novelle schon ein Jahr vorher zur Beschlußfassung vorgelegt werden sein. Der erwähnte Erlass enthält eine Anordnung, in die Vorarbeiten für diese Novelle einzutreten. Er ist gewissermaßen eine Studie. Ich habe den Erlass als geheim bezeichnet, weil die Angelegenheit lediglich als eine interne Angelegenheit des Reichs-Marineamts bearbeitet werden kann und ich mir auch selbst meine eigene Beschlußfassung den Erhebungen gegenüber vorbehalten mußte. Um nun den möglichen Hebelwirkungen und der Annäherung dieses Erlasses entgegenzutreten, möchte ich zunächst den materiellen Inhalt desselben skizzieren. Der Erlass geht davon aus, daß wir an dem augenblicklich bestehenden Schiffsbestand, 3 große und 3 kleine Schiffe, nichts ändern wollen, daß also eine Vermehrung der Kosten an dieser Stelle nicht eintreten soll. Dasselbe ist der Fall bei dem zweiten großen Ausgabeposten der Marine, den sonstigen einmaligen Ausgaben für Werke, Docks, Hafenanlagen usw. Etwas anders verhält es sich mit den fortdauernden Ausgaben für die durchschnittlich sechs Millionen angelegt sind. Ich habe mich nun, wie ich an die Vorarbeiten für die Novelle heranzugehen, der Wahrscheinlichkeit nicht verschließen können, und zwar veranlaßt durch die Berichte unseres Geschwaderchefs in Ostasien und die andauernden Requisitionen des Auswärtigen Amtes, daß eine Vermehrung der Indienststellungen bis 1911 nicht verschoben werden könne. Der Effekt dieser Möglichkeit hängt ja ganz von dem Zeitpunkt und dem Umfang ab, ich möchte aber, um eine Unterlage zur Berechnung zu geben, ein fingiertes Tableau dieser Vermehrung angeben, und nach diesem Tableau schätze ich die Mehrausgaben auf etwa acht Millionen gegenüber den sechs Millionen, die augenblicklich vorgesehen sind.

Diese Steigerung ist der einzige finanzielle Effekt, der aus meinem Erlass hervorgeht, falls derselbe sich zu einer Novelle in dieser Form verdichten sollte.

Ich komme nun auf einen anderen Punkt. Ich habe in den Zeitungen mehrfach gelesen, daß mir infolge desselben vorgeworfen wurde, ich hätte dem Reichstag über die finanziellen Konsequenzen des Flottengesetzes getuschelt. In der Budgetkommission ist mir ein derartiger Vorwurf nicht entgegengetreten. Inzwischen ist ja durch die Presseübertragungen über diese Angelegenheit die Sache einigermaßen geklärt worden, und eine Reihe von Zeitungen beschränken den Vorwurf nur noch darauf, daß sie sagen, ich hätte die aus der Vermehrung der Auslands-Schiffe entstehenden Kosten beim Flottengesetz nicht ausreichend bezeichnet. Hieraus habe ich folgendes zu erwidern: Erstens haben die verbliebenen Regierungen schon 1900 eine Vermehrung der Auslands-Indienststellungen um große Schiffe für erforderlich gehalten. Vor diesen sind fünf getrieben, so daß augenblicklich drei große Schiffe die effektive Betreuung Deutschlands auf der ganzen Erde sind. Zweitens ist der Druck für die Vermehrung der Auslands-Schiffe hervorgerufen worden durch die chinesischen Wirren, die ich nicht voraussehen konnte, wie sie leider vorausgesehen hat. Wenn ich nun mit dieser Möglichkeit rechne, und mir über den finanziellen Effekt derselben klar bin, so kann doch niemand dem Chef einer Behörde, der dies tut, daraus einen Vorwurf machen. Das war einfach meine Pflicht.

Ich muß nun noch den Verdächtigungen (mit lauter Stimme zu den Sozialdemokraten) entgegenreten, die aus einer Stelle meines Erlasses gegen mich erhoben worden sind: „Eine parallele laufende planmäßige Steigerung der Indienststellungen, insbesondere der besaßene organisierte Aufbau der Schiffsflotte mußte in den Berechnungen vorläufig außer Acht gelassen werden, da eine dem amwachsenen Schiffsbestand entsprechende Steigerung der Indienststellungen bis 1910 so hohe Bedarfszahlen für die fortdauernden Ausgaben ergeben hätten, daß die Flottenvorlage ohne neue Steuern nicht durchführbar gewesen wäre.“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Warten Sie doch ab! — (so daß die Vorlage aus äußerer Gefahr gebietet worden wäre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im diesen Passus zu verbleiben, geht eine eingehende Kenntnis der Marine-Verhältnisse. (Warten bei den Sozialdemokraten.) Der Erlass ist ja auch an die Experten des Reichs-Marineamts adressiert. Ich verstehe es wohl, daß ansehenden Kollegen, die sich wie mit dieser Materie beschäftigt haben, dieser Passus unverständlich war. Ich kann zugeben, daß wenn ein völliger Laie diesen Passus liest, er auf den Gedanken kommen könnte: Halt, da steht etwas dahinter, da ist etwas nicht richtig! (Sehr richtig! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das ist durchaus nicht der Fall. Den sachlichen Inhalt dieses Passus halte ich absolut aufrecht. Rechtlich würde ich, wenn ich hätte ahnen können, daß dieser Erlass geschloß und veröffentlicht werden würde, diesen Passus ausführlicher behandeln haben. — Zunächst handelt dieser Passus überhaupt nicht von Auslands-Schiffen, sondern lediglich von dem Aufbau der Schiffsflotte. Nach dem Flottengesetz treten in der ersten Hälfte der Zeit im wesentlichen Vermehrungsarbeiten hinzu, in der zweiten Hälfte im wesentlichen Ersatzarbeiten. Es ist also der Zahl nach das Material der ersten Hälfte des Flottengesetzes voraus und wird von dem Personal-ersatz der ersten Hälfte eingeholt. Diese Eigenartlichkeit des Flottengesetzes würde zur Folge haben, daß wir im Jahre 1906, 1909, 1910 der Zahl nach bereits die gesamten Indienststellungen bereit haben könnten. Das würde aber nicht möglich gewesen sein, wenn wir es so getan hätten, und daraus begibt sich die zweite Hälfte des Passus: eine dem Anwachsen des Schiffsbestandes entsprechende Steigerung der Indienststellungen für die Jahre 1905—1910 würde so hohe Bedarfszahlen für die fortdauernden Ausgaben ergeben haben, daß die Flottenvorlage ohne neue Steuern nicht durchführbar gewesen wäre.

Von einer Täuschung könnte nur dann die Rede sein, wenn die Absicht bestände, die Schiffsflotte anders zu entwickeln, als im Flottengesetz niedergelegt ist. Diese Absicht hat weder 1900 noch jetzt bestanden. Wir beabsichtigen nur, das Flottengesetz so auszuführen, wie es vorgelegt worden ist. Ich bin auch persönlich der Ansicht, daß eine andre Absicht nicht durchführbar wäre. Denn dann hätten wir von vornherein das notwendige Berufs-Personal schaffen müssen. Offiziere und Schiffsjungen hätten wir von vornherein in doppelter Zahl einstellen müssen, um die Flotte in den Jahren von 1905—1910 vollständig zu formieren. Ebenso wäre es erforderlich gewesen, die Zahl der Schiffschiffe zu verdoppeln und das Mannschafskorps zu vermehren, so daß es sich auf eine Höhe von 4000 Mann stellt. Das wäre aber nicht möglich gewesen.

Einem Beweis dafür, daß wir nicht so verfahren, sehen Sie in dem jetzigen und dem vorjährigen Marine-Gesetz vor sich, wo wir gemäß dem Flottengesetz verfahren sind. Wenn wir erst ein paar Jahre warten wollten, würden ja die Quoten dann noch viel größer geworden sein. Ein zweiter Beweis dafür, daß die Absicht nicht vorliegt, die Durchführung des Flottengesetzes in dieser Weise zu beschleunigen, würden die Herren in demjenigen Teil des Erlasses finden, der von dem „Vorwärts“ nicht veröffentlicht worden ist. In diesem Teil gebe ich die Direktive über den Aufbau der Schiffsflotte von 1905—1910, wie er nach den Grundsätzen des Flottengesetzes berechnet werden soll.

Ja, könnte man einwerfen, warum hast Du Staatssekretär Deinen Behörden überhaupt das gesagt, was da im Erlass steht. Nun mir lag daran, ehe wir überhaupt an die Aufstellung der Pläne gingen, uns auf den Grundsatz festzusetzen, daß wir bei der Aufstellung des Flottengesetzes nicht daran gedacht haben, in beschleunigter Weise den Bau der Schiffsflotte durchzuführen. Ich nahm Veranlassung, diesen Grundsatz allgemein festzusetzen. Man kann es den Offizieren in der Front nicht verdenken, wenn sie eine Beschleunigung im Aufbau unserer Schiffsflotte wünschen. Es gibt Optimisten in der Front, die da glauben, es gehe schneller zu machen, nur der Staatssekretär wolle nicht. Da habe ich das finanzielle Moment hinzugefügt, um diesen Wünschen einen Damm entgegenzusetzen.

Wenn die Herren auf Grund dieser Darlegung den Passus durchlesen, wird niemand mehr den Vorwurf der Täuschung gegen mich konstruieren. (Sehr richtig! rechts.) An einem andern einfachen Beispiel will ich den Sachverhalt klarlegen. Im Herbst traten die Anforderungen bei der Aufstellung des Marine-Gesetz an mich heran, ungefähr in Höhe von 25 Millionen Mark. Ich reduzierte als Staatssekretär die Summe auf 18 Millionen und fügte hinzu, damit müsse man auskommen. Wird man auch da rufen: Halt! Du hast uns getäuscht! Die militärischen Anforderungen sind viel größer! Das wäre doch absurd. Und wie kann man glauben, daß ich einen solchen Passus unterschreiben und allgemein niedergelegt hätte auch für eine Zeit, in der ich nicht mehr im Amt bin, wenn ich darin hätte ausgesprochen wollen, daß ich den Reichstag getäuscht habe. Wenn man ein so böses Gewissen hat, dann verfährt man doch gerade umgekehrt.

Die gegen mich erhobenen Anschuldigungen in der Presse weise ich heute mit aller Entrüstung zurück. (Beizehendes Bravo! rechts.)

Abg. Bebel (Soz.):

Das, was der Herr Staatssekretär eine Verdächtigung nennt, ist nicht nur von der sozialdemokratischen Presse, sondern auch von Blättern der Rechten ausgesprochen worden. Wenn Worte noch einen Sinn haben, dann ist der Passus im Erlass ganz anders zu verstehen, als der Staatssekretär ihn hier zu interpretieren versucht hat. In dem Passus wird ausdrücklich gesagt, der möglichst beschleunigte Aufbau der Flotte müsse vorläufig außer Acht gelassen werden, weil die Kosten zu hoch seien und das Flottengesetz dadurch in Gefahr gerate. Das besagt klar und deutlich, daß der Staatssekretär bei der Einbringung der Vorlage eine Berechnung über die Kosten aufgestellt hat, die sich mit der Wahrheit nicht deckt. (Lebhafte Zustimmung links.) Er sagte sich eben, wenn ich die Wahrheit sage, erscheinen die Ausgaben so hoch, daß das ganze Gesetz Gefahr läuft, vom Reichstag nicht bewilligt zu werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich also um eine Täuschung des Reichstages. (Lebhafte Zustimmung links.)

Zu der Kommission und im Plenum hat der Staatssekretär nachher auf die Behauptung gelegt, neue Steuern würden durch die Vorlage nicht notwendig werden.

Herr Müller-Hulda hat die Behauptung damals schon für unrichtig gehalten; die Herren überreichen der Regierung jenes Steuerbouquet, dessen letzte Blume wir in der Schammweinsteuer vor uns haben. Es sieht nun sehr, daß die Erklärung des Staatssekretärs, mit den bestehenden Reichseinnahmen lassen sich die Kosten für die Vermehrung der Flotte nach den aufgestellten Berechnungen decken, sich mit der Wahrheit nicht deckt. Wäre der wahre Sachverhalt damals ausgesprochen worden, wären die wirklichen Kosten der Indiensthaltung nicht bloß der Auslandsflotte, sondern auch der Schiffsflotte angegeben worden, dann hätten viel höhere Summen in Berechnung gestellt werden und man hätte zugeben müssen, daß man ohne erhebliche neue Steuern nicht auskommen könne. Da man das nicht eingestehen wollte, um die Flottenvorlage nicht zu gefährden, hat man davon abgesehen, dem Reichstag die Wahrheit zu sagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das stärkte aber war, daß der verantwortliche Vertreter der Regierung, der Staatssekretär der Marine, die so gewaltige Ausgaben verlangt, dann dazu überging, den Reichstag über die wirklichen Kosten zu täuschen. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn ein bürgerlicher Geschäftsführer ein solches Verfahren einschlagen wollte, so würde die Anklage des Betruges gegen ihn erhoben werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ein Minister, der im Staatsleben steht und solche der Wahrheit widerstrebende Angaben macht, kann unmöglich länger Minister bleiben. (Lebhafte Zustimmung links.) Gerade in Flottenangelegenheiten haben wir Überraschungen genug erlebt. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Reichstag und die Nation haben auf keinem Gebiete solche Heberausgaben erlebt wie in den letzten fünf Jahren bei der Flotte. Die größte und stärkste Heberausgabe aber haben die letzten Tage erlebt, als es bekannt wurde, daß man den Reichstag über die wirkliche Steigerung der Ausgaben die Wahrheit nicht gesagt hat aus Furcht, daß sonst die Flottenvorlage möglicherweise abgelehnt werden könnte. Was mich besonders interessiert, ist die Frage, ob die Kenntnis der Tatsache, daß die vorgelegte Berechnung der Ausgaben unrichtig ist, auch an den Instanzen als dem Reichstag vorenthalten worden sind, ob der Reichsanwalt, der Reichs-Schatzsekretär, ob der Bundesrat von der unrichtigen Angabe der Tatsachen unterrichtet worden war. Falls diese Fallstricke alle Kenntnis von diesen Tatsachen gehabt haben, so haben sie sich an der Täuschung des Reichstages mitschuldig gemacht. Darüber helfen alle Auslegungsläufe nicht hinweg.

Der Herr Staatssekretär hat gesagt, daß die Auslands-Schiffe erheblich vermehrt werden müssen schon wegen der chinesischen Wirren, die niemand habe voraussehen können. Da wird es nun notwendig sein, bei Gelegenheit des China-Gesetz und zu entscheiden, wohn wir eigentlich in Bezug auf China marschieren. Wenn es wahr ist, was ich habe lauten hören, so ist beabsichtigt, auf der asiatischen Station 4 Linien-Schiffe,

die entsprechende Anzahl von Kreuzern und Kanonenbooten in Permanenz zu erklären. Die Folge davon würde sein, daß auch die Besatzung von 5000 Mann fortdauernd in China bleiben muß. Das ganze letzte Flottenprojekt ist damit über den Haufen geworfen. Es kommt die andre Frage hinzu. Wie stehen wir eigentlich mit China? Was hat die ganze Sache zu bedeuten? Ist es wahr, was ich neulich gelesen, daß eine Konferenz der in China verbliebenen Generale über Herabsetzung des Besatzungscontingents verhandelt hat und nur der deutsche General dagegen war und sich ferngehalten hat? Der Erlass enthält vieles, was geeignet ist, dem Reichstag unangenehme Heberausgaben zu bereiten und der Reichstag hat alle Ursache, auf der Hut zu sein. Die ganze Vorkriegs-Politik der Regierung erhält durch den Erlass ein eigenartiges Gesicht. Dazu also werden die Mehreinnahmen aus den geplanten hohen Zöllen gebraucht! (Sehr gut! links.) Daß der Staatssekretär, wenn er gerad hätte, daß der Erlass veröffentlicht worden wäre, den Sach näher erläutert hätte, glaube ich nicht. Ich bin der Meinung, er hätte dann den intrinierten Sach überhaupt nicht niedergeschrieben.

Ich habe mich gefragt: hatte der Staatssekretär es überhaupt nötig, seinen Untergebenen gegenüber diese Aufklärungen zu geben? Er hat sich doch damit seinen Untergebenen gegenüber gewissermaßen selbst diskreditiert. Ich verstehe das Vorgehen des Staatssekretärs auch vom rein praktischen Gesichtspunkt aus nicht. Er hätte doch nur einfach zu sagen brauchen: Wir werden später mit erhöhten Indienststellungen zu rechnen haben, macht einmal die erforderlichen Berechnungen. Dann hätten die Untergebenen jene kompromittierende Stelle nicht kennen gelernt, und dann hätte wohl die Öffentlichkeit sie auch nicht erfahren. Denn man hätte es dann, glaube ich, kaum der Mühe für wert gehalten, den Erlass überhaupt zu veröffentlichen. Den Anlaß zur Veröffentlichung des Erlasses bot meines Erachtens gerade diese intrinierte Stelle. Ich erkläre es für außerordentlich bedauerlich, daß wir in Deutschland einen Minister haben, der in dieser Weise dem Reichstag fallen Wein einflößt! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Reichs-Marineamts v. Tirpitz: Die Ausgabeberechnung für die Schiffsflotte hat auf das genaueste jatt-gefunden. Auf Grund aller Beratungen und Erwägungen haben wir es weder für richtig, noch für nötig gehalten, so zu verfahren, wie es Abg. Bebel verlangt hat, und wir beabsichtigen auch jetzt nicht so zu verfahren. Das, was Herr Bebel darüber gesagt hat, ist also vollständig hinfällig. Herr Bebel hat von bestimmten Schiffen gesprochen, die eventuell nach China geschickt werden sollen, bezw. bezüglich deren ich die Möglichkeit der Entsendung in Erwägung gezogen habe. Ich sehe daraus, daß Herr Bebel auch den Rest des gestrichenen Erlasses kennt. (Große Unruhe und Gelächter links) und ich möchte nur sagen, daß der Erlass eine Indiensthaltung von im ganzen 29 Schiffen voraussetzt für eine event. Besetzung der auswärtigen Stationen in den Jahren 1905—1910. Aus der Entwurf sieht hierfür 29 Schiffe vor, die mir aus andren Kategorien zusammenzusetzen. Die Zahl der Schiffe ist also vollständig un- verändert.

Herr Bebel hat dann mit großem sittlichen Kathos meine Handlungsweise gebrandmarkt. Ich muß sagen: ich habe zu meinem Erfahren vermehrt, daß er hierbei des „Vorwärts“, zu dem er doch gewisse Beziehungen hat, dem er ja nahe steht, mit keinem Worte gedacht hat, daß nämlich dieser einen gestrichenen Geheimartikel veröffentlicht hat. (Große Unruhe und lebhaftes Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich fordere Herrn Bebel im Angesicht des ganzen Landes auf, denjenigen zu nennen, (Andauernde Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müller-Hulda (C.):

Ich habe als Referent über den Etat der Marineverwaltung den Erlass gelesen und habe gesehen, daß er noch einen zweiten Teil enthält. Von diesem zweiten Teil hat auch Herr Bebel gesprochen, er ist aber nicht im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Es ist also anzunehmen, daß Herrn Bebel der ganze Erlass bekannt ist, gerade so wie er mir vorgelesen hat. Ich glaube aber nicht, daß Herr Bebel seine Kenntnis der Sache vom Reichs-Marineamt bekommen hat, und ich kann mir annehmen, daß er sie von der Redaktion des „Vorwärts“ bekommen hat.

Über ganz abgesehen davon, hat mich die Rede des Abg. Bebel doch wirklich überrascht. Herr Bebel hat es so dargestellt, als wenn wir — der ganze Reichstag — getäuscht worden wären. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Sie wissen aber doch, daß das Flottengesetz damals der Kommission übergeben worden ist, nicht nur zur Beratung, sondern auch zur Prüfung der weitgehenden Kostenanschläge. Die Kommission hat diese Arbeit nicht etwa so ganz oberflächlich betrieben, daß sie einfach die angegebenen Zahlen als richtig acceptiert hätte. Ich weiß nicht, ob vielleicht Abg. Bebel seiner Zeit die Sache von dieser Seite betrachtet hat. Ich habe das nicht getan, sondern mich sehr eingehend mit der Frage, welche Kosten entstehen würden, beschäftigt. Aus dem Bericht der Flottenkommission werden Sie ersehen, daß in Tabelle 2 Anlage C die Kosten für die Ausführung des Flottengesetzes tatsächlich höher angegeben sind als sie ursprünglich die Regierungsvorlage vorsah. Die Kosten der Jahre 1901—1903 sind nach dem Bericht der Flottenkommission mit höheren Summen eingeleitet, als wie sie der Regierung zur Genehmigung gelangt waren. Allerdings betreffen die Mehrausgaben nicht fort-dauernde Ausgaben, sondern einmalige Ausgaben. Diese sind nach dem Bericht der Flottenkommission wesentlich erhöht gegenüber dem Anschlag der Regierung. Die Kommission war der Ansicht, daß man die Kosten so einstellen mußte, wie sie sich tatsächlich nach dem Schiffsbestande ergeben und hat damit gerade erhöhte Summen eingestellt für die Jahre 1901—1903 und entsprechend niedriger für die Jahre 1903—1910.

Die Kosten der Indienststellungen vermehren oder vermindern sich natürlich je nach den Umständen, z. B. nach den Kohlenpreisen usw., so daß man auf Jahre hinaus die Kosten gar nicht genau bestimmen kann. Die veranschlagten Regierungen haben schon in der Begründung des Flottengesetzes gesagt, daß die Entwicklung der fortdauernden Ausgaben sich nicht im Voraus auf Jahre hinaus überschauen lasse, daß man nur allgemeine Schätzungen haben konnte, insbesondere in Bezug auf die Indienststellungen. Deshalb wurde als jährliche Steigerung für 10 Jahre, obwohl schätzungsweise nur 54 Millionen herauskommen, 6 Millionen vorgelesen. In der Kommission wurden diese Ausgaben noch viel ausführlicher wiederholt. Ich als Referent habe mir ganz genau alle Kostenanschläge vorlegen lassen, ebenso alle Projekte, die im Laufe der nächsten 10 Jahre etwa vorgelesen waren. Ich weiß, daß damals drei verschiedene Projekte vorhanden waren, eins mit mehr Indiensthaltung, das andre mit mittlerer Indiensthaltung und das dritte mit verminderter Indiensthaltung. Und so wurde ausgerechnet, daß schließlich drei verschiedene Sätze eintreten könnten, die nun etwa 13 Millionen differierten. Wir haben also die Sache sehr gründlich genommen und ich möchte die Kommission in Schutz dagegen nehmen, daß sie sich habe täuschen lassen. Was soll denn eigentlich falsch angegeben sein. Die Berechnungen für die ersten beiden Jahre liegen ja jetzt vor. Für 1901 waren an Geldbedarf 200 Millionen vorgelesen, bewilligt haben wir 166 Millionen, also 4 Millionen weniger. Für 1902 sollten 212 Millionen erforderlich sein, statt dessen sind 205 Millionen, also 7 Millionen weniger vorgelesen. In den ersten beiden Jahren liegt also ein Minderbedarf von circa 10 Millionen vor. Wenn man

dabon abrechnet die Staatsüberschreitungen, die etwa 3 Millionen betragen, so bleibt immer noch eine Minder-Geldaufwendung von 7 Millionen Mark gegenüber der Kostendeckung des Flottengesetzes. Also von Täuschung und von Mehrtragungen kann nicht die Rede sein. Allerdings will ich zugeben, daß beim Kapital-Indiensthaltungen eine Steigerung eingetreten ist. Das liegt an den Wirren in Ostasien und daran, daß dort die Preise für Kohlen von 400 bis 570 Mark pro Tonne gestiegen sind. Ich glaube also, daß wir mit Ruhe der Entwicklung der Sache entgegensehen können. Auch beim Bau von Torpedos sind ja bisher Erparnisse eingetreten. Ich kann namens der Kommission erklären, daß wir nicht getäuscht worden sind.

Ich komme nun zu der Frage der Auslandsschiffe. Hier stehe ich auf einem andern Standpunkt als der Herr Staatssekretär. Er hat in der Budgetkommission eine Wenigerung getrieben, die auch in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wiederholt wurde, die verbündeten Regierungen hätten den Reichstag niemals im Zweifel darüber gelassen, daß für den Winter 1904/5 eine Vorlage betreffend Vermehrung der Auslandsschiffe zu erwarten sei. Bei der Verhandlung im Plenum sei das ausdrücklich festgestellt worden. Wir ist davon nichts bekannt. Von der zweiten Lesung ab ist mit keiner Silbe mehr von den abgelehnten Auslandskreuzern die Rede gewesen. Ich glaube auch, eine Vermehrung der Auslandskreuzer hat jetzt noch recht gute Wege. Wir haben an dem Defizit gerade genug zu tragen, und ich wünsche, daß unsere finanziellen Schwierigkeiten nicht noch mehr vermehrt werden. Wenn man aber auch eine Vermehrung für nötig hielt, so wäre es doch auf keinen Fall nötig gewesen, das viele Jahre vorher anzukündigen. (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Ich möchte doch glauben, daß über den Standpunkt der Regierung der Reichstag damals nicht im Unklaren gelassen ist. Ich habe erklärt: Ein Mehrbedarf an Auslandsschiffen liegt eigentlich heute schon vor, und sagte schließlich: Ich glaube wohl zu der Erwartung berechtigt zu sein, daß die verbündeten Regierungen einer Vertagung dieser Frage zustimmen werden.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Herr Müller-Fulda hat sich alle Mühe gegeben, einen sehr einfachen Thatsachensatz zu verschleiern dadurch, daß er alle möglichen Dinge damit in Verbindung gebracht hat, die gar nichts damit zu thun haben. (Sehr richtig! links.) Er ist in diesem Vorgange Herrn Tirpitz gefolgt, dem ich das ja weniger verdanken kann. Herr Müller-Fulda glaubte eine Erklärung abgeben zu können im Namen der früheren Flottenkommission, daß wir nicht getäuscht worden seien. Einen Auftrag hat ihm die Kommission dazu nicht gegeben und konnte sie ihm nicht geben. Denn wenn Herr Müller auch glaubt, nicht getäuscht zu sein, so steht demgegenüber das Eingeständnis des Herrn Tirpitz in dem Erlaß, daß er der damaligen Kommission niedrigere Zahlen angegeben hat, um das Flottengesetz leichter durchzuführen. (Sehr richtig! links.) Gegenüber diesem Eingeständnis schwanzt auf weiß gelassen alle solche Versicherungen nichts. — In der Kommission waren wir deshalb nicht in der Lage, auf den betreffenden Passus einzugehen, weil der Erlaß selbst dort gar nicht vorlag. Das Schreiben an Herrn v. Thielenmann, auf das sich Herr Tirpitz dort bezieht, hat mit dieser Sache gar nichts zu thun. Diese Frage steht mit der chinesischen Expedition in keinem Zusammenhang, auch nicht mit der Frage, ob eine Vermehrung der Auslandsschiffe überhaupt richtig ist oder nicht. Wir haben uns auch gar nicht über die Frage zu äußern, in welcher Weise der Bericht in die Öffentlichkeit gekommen ist. Man kann die Form im höchsten Grade mißbilligen und darf sich doch den Thatsachen, die dadurch in die Öffentlichkeit gekommen sind, nicht verschließen. Es handelt sich auch nicht darum, ob bisher Erparnisse gemacht sind, sondern es handelt sich einfach darum, ob vorläufig außer Acht gelassen sind die Kosten der Indiensthaltungen von 1905 bis 1910, um die Marinevorlage nicht zu gefährden. Der Herr Staatssekretär meinte, seien könnten einen solchen Passus überhaupt nicht verstehen. Nun, dazu braucht man von Marine noch gar nichts zu haben — ich selbst bin bei allen Fragen über die Marine seit 30 Jahren dabei gewesen und kann es doch sehr einfach verstehen, wenn z. B. der Kriegsminister sagt: Ich habe die richtigen Kosten der Präsenzstärke für gewisse Jahre außer Acht gelassen, damit das neue Militärgesetz nicht gefährdet wird. Ebenso wie es jeder verstehen kann, wenn der Staatssekretär des Reichspostamts sagt: Ich habe die fortwährenden Ausgaben absichtlich zu niedrig veranschlagt, um Bewilligungen zu erhalten für irgend welche großen Pläne. Der Herr Staatssekretär sagte, es handle sich ja nur um 2 Millionen mehr; aber das ist doch eine ganz erhebliche Steigerung; im ersten Jahre zwar nur von 6 auf 8 Millionen, aber im zweiten Jahre kommen nicht nur wieder 2 Millionen, sondern sogar die ersten 2 Millionen dazu, so daß im fünften Jahre bereits eine Jahresleistung von 30 Millionen herankommt.

Herr Müller-Fulda stellte es so dar, als ob man schon in der Kommission bei ganz genauer Prüfung zu andern Sähen gekommen sei, als sie die Regierung angab. Das ist nicht richtig. Herr Müller-Fulda hat in seinem Kommissionsbericht genau dieselben Ziffern wiedergegeben, wie die Regierung sie angab, er hat also ihrer Schätzung Glauben geschenkt. Auch die Begründung des Entwurfs mußte uns damals darin bestärken, daß wir es mit besonders genauen Berechnungen zu thun hätten. Es hieß da, die fortwährenden Ausgaben sind berechnet worden auf Grund der Indienststellungen und des Militärpersonals. Herr Müller sagte, man hätte nicht voraussehen können, was später für Mehrindienststellungen erforderlich sein würden. Es handelt sich aber nur darum, daß man das, was man damals vorausgab, zu niedrig angegeben hat. (Sehr richtig! links.) Weshalb ist das geschehen? Um neue Steuern zu vermeiden, heißt es in dem Erlaß. Sind etwa aus diesem Grunde auch den andern Ministern und dem Herrn Reichskanzler die zu niedrigen Berechnungen vorgelegt worden? Herr v. Thielenmann betonte damals ausdrücklich, daß von neuen Steuern infolge des Gesetzes keine Rede sein könne. Sie sind ja dann nachher doch gekommen, allerdings nur, weil der Reichstag die Anleihekredite beschränken wollte. Ich kann mich dahin resumieren, daß der Erlaß das Geständnis eines Mangels an Offenheit bedeutet, dem wir bei Herrn v. Tirpitz leider nicht zum erstenmal begegnen. (Sehr richtig! links.) Nach diesem Vorfall können wir den Berechnungen des Herrn v. Tirpitz nicht dieselbe Glaubwürdigkeit in Zukunft entgegenbringen, wie wir es getohnt sind andern Ministern gegenüber und wie wir es stets seinem Vorgänger gegenüber gethan haben. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Es scheint mir, daß Herr Richter den springenden Punkt auch jetzt noch nicht verstanden hat. (Lachen links.) Ich verstehe ja auch, daß es ihm schwer wird. Es sind nicht zu geringe Summen eingestellt worden, wir haben genau die Summen eingestellt, von denen wir glaubten, daß sie zureichend waren und von denen wir das auch jetzt noch glauben. Dieser Passus bezieht sich ausschließlich auf die Schlachtschiffe und wenn wir diese so beschleunigt vermehren wollten, dann würden wir bis 1908/9 zu einer Summe gekommen sein, die eben unmöglich gewesen wäre. Wir haben aber die Absicht nicht gehabt und haben sie auch jetzt nicht. Ich hoffe, daß Herr Richter nach meinen nochmaligen Darlegungen zu einer andern Ansicht kommen wird.

Abg. Graf Oriola (natl.): Wir nehmen allerdings eine ganz andre Stellung ein als die Herren Bebel und Richter. (Große Heiterkeit links.) Wir sind in keiner Beziehung der Meinung, daß wir getäuscht worden sind und weisen die Angriffe auf den Herrn Staatssekretär zurück.

Der Staatssekretär hat mit Recht hervorgehoben, daß er an der Genugthuung nicht schuld sei. Daran ist nur die Veröffentlichung des „Vorwärts“ schuld. Der Staatssekretär hat ferner durchaus mit Recht auf seine Erklärung vom Februar 1900 hingewiesen, wonach die verbündeten Regierungen auf die Einbringung der Vorlage über die Auslandskreuzer nicht verzichten würden. Wie meine Partei zu dieser Forderung von Auslandskreuzern steht, hat Abg. Wollermann damals klar gekennzeichnet. Ob eine neue Novelle erscheint, ob man die Kreuzer nach und nach fordern soll, das bleibe dahingestellt; das hängt aber ab von der jeweiligen finanziellen Lage. In den Jahren 1906, 7, 8 und 9 ist kein Bau eines großen Kreuzers vorgeschrieben, und von 1907 ab sind statt 3 nur 2 kleine Kreuzer vorgeschrieben. Ich finde es also sehr erklärlich, wenn man gerade für diese Jahre daran denkt, die Auslandskreuzer nachzufordern. Von einer Täuschung in Bezug auf die Auslandskreuzer zu reden, ist also geradezu lächerlich.

Nun aber kommt der Satz, auf den die Abg. Bebel und Richter immer wieder hingewiesen haben, wonach die Kosten der Indiensthaltungen beim Flottengesetz nicht in ihrer vollen Höhe angegeben sein sollen. Ich glaube, die Marineverwaltung wäre sehr erfreut gewesen, wenn sie die Möglichkeit seiner Zeit gehabt hätte, ein beschleunigteres Tempo der Indiensthaltungen vorzusehen. Wenn man das aber that, mußten sich die Kosten in der Weise steigern, daß man ohne neue Steuern nicht auskommen wäre. (Lachen links.) Ich kann gar nicht aus dem Satz herauslesen, daß bei der Einbringung des Flottengesetzes die verbündeten Regierungen oder das Reichs-Marineamt die Absicht gehabt hätten, dem Reichstag irgend etwas zu verschleiern. Ich gebe zu, daß die Fassung des Satzes nicht sehr glänzend ist, aber es handelt sich doch auch hier nicht um eine Thronrede, bei der es auf jedes einzelne Wort ankommt, sondern um ein Schriftstück, das an Männer gerichtet war, die mit den Verhältnissen ganz genau bekannt sind. Es hat keine absichtliche Verschleiern der Kosten stattgefunden, sondern die Regierung hat nur, um dem Volke Steuern zu ersparen, vorläufig in ein langwieriges Fortschreiten der Indienststellungen gewilligt, sie hat darenin gewilligt, vorläufig die planmäßigen beschleunigten Indienststellungen nicht in Berechnung zu stellen. Die Täuschung ist eine Selbsttäuschung der Herren, die den „Vorwärts“ zu lesen beliebten. Wir haben in der Budgetkommission doch den Eindruck gehabt, daß der Staatssekretär uns mit großer Objektivität entgegengekommen ist. Ich bebaure, daß der Staatssekretär sich überhaupt gegen solche Vorwürfe verteidigen muß, die man gegenüber einem solchen Minister nicht erwarten sollte. Für die vermehrten Indiensthaltungen von Auslandskreuzern ist auch weit weniger der Staatssekretär des Reichs-Marineamts als das Auswärtige Amt verantwortlich zu machen, das auf Drängen der Deutschen im Ausland solche Indienststellungen fordert. Auch wir verhehlen uns nicht, daß dies Schwierigkeiten im Gefolge haben kann, ohne daß wir die chinesischen Befürchtungen des Abg. Bebel irgendwie teilten. Meine politischen Freunde sind bereit, sowohl in Bezug auf neu zu bewilligende Auslandskreuzer wie auf Indiensthaltungen die finanziellen Fragen stets in Erwägung zu ziehen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. v. Leebow (L.): Es ist nicht leicht, sich über die Veranlassung, Zweck und Wirkung des aus dem Zusammenhang gerissenen, für das Publikum nicht bestimmten, gestohlenen Gesetzes zu orientieren. Ich habe mich deswegen an die amtliche Stelle, das Reichs-Marineamt gewandt. Man hat dort auf alle meine Fragen bereitwillig Antwort gegeben und mir Einsicht in alle Akten gestattet. Ich habe dabei nichts gesehen oder gehört, was mich nur den Verdacht aufkommen ließe, daß der Staatssekretär dem Reichstag oder der Budgetkommission irgend etwas hat vorenthalten, daß er sie habe täuschen wollen. Man hat sich eben bei Vorlegung des Flottengesetzes auf das kleine Tableau der Indiensthaltungen beschränkt, weil man nicht durch neue Steuern das Zustandekommen des neuen Flottengesetzes gefährden wollte. Das halte ich nun für einen völlig begründeten Standpunkt. Nur wenn der Staatssekretär sich vorläufig für den Augenblick hätte begnügen wollen, um dann alsbald mit neuen Forderungen zu kommen, dann könnte man allenfalls sagen, daß der Reichstag durch Verhinderung von Thatsachen zu einem Irrtum verleitet worden sei. Der Staatssekretär begnügt sich aber auch heute noch mit dem Wenigen.

Ich habe mich bei meinem Besuch auf dem Reichs-Marineamt weiter überzeugt, daß der Staatssekretär dringend bemüht ist, sich in den Grenzen des Flottengesetzes zu halten. Begreiflicherweise wird von militärischer Seite gewünscht, daß jährlich recht viele Schlachtschiffe in Dienst gestellt werden. Dem Verlangen von dieser Seite ist der Staatssekretär nicht ohne Schwierigkeiten, aber mit vollem Erfolg entgegengetreten. Er will mit den Kosten des Flottengesetzes auskommen, sofern nicht eine Vermehrung der Auslandsschiffe von ihm verlangt und vom Reichstage bewilligt wird. Wenn er den Fall ins Auge faßt, daß in Zukunft neue Indienststellungen erfolgen müssen, und sich darauf vorbereitet, so thut er mir seine Schuldigkeit. (Sehr richtig! rechts.) Es kann die Notwendigkeit an uns heranreten, daß wir die Auslandsschiffe pödslich sehr erheblich vermehren müssen. Davon ist aber im Augenblick nicht die Rede.

In dem Erlaß gefällt mir nur das eine nicht, daß nämlich an seinem Kopfe das Wort „Geheim“ oder „Vertraulich“ steht. (Zustimmung rechts.) Stand das nicht darin, dann wäre er nicht gestohlen. (Anruhe bei den Socialdemokraten.) Dann wäre der viele Lärm um nichts gespart worden. Wir haben wieder einmal gesehen, welche Fülle von Beunruhigung, Mißverständnissen und Verdächtigungen der Diebstahl amtlicher Schriftstücke mit sich bringt. Solche Diebstähle und Unterschlagungen, die fast immer mit Bestechungen und großem Vertrauensbruch verbunden sind, können gar nicht genug gebrandmarkt werden (Lebhafte Beifall rechts.), und wie überall ist hierbei der Fehler ebenso schlecht wie der Stehler, wenn nicht noch schlechter! (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Warth (fr. Sp.):

Auch ich meine, daß wenn der Erlaß nicht als geheim bezeichnet wäre, niemand auf den Gedanken gekommen wäre, ihn überhaupt wegzunehmen. Man würde dann auch auf der Redaktion des „Vorwärts“ den Erlaß ohne Voreingenommenheit gelesen und sich überzeugt haben, daß eigentlich nicht irgend ein besonderes Dringlich. Aber aus dem Worte „Geheim“ schloß man natürlich auf irgend einen schwarzen Plan, der in dem Erlaß verborgen sein müsse. Da man diesen schwarzen Plan nicht ohne weiteres erschloß, so deutete man ihn eben in den Erlaß hinein. Man dachte, der Staatssekretär hätte, weil er seinen schwarzen Plan nicht durchsetzen konnte, damals eine Reihe von Thatsachen verschwiegen. Nun erklärt der Staatssekretär heute formell, er habe diesen Plan nicht gehabt und habe ihn auch heute nicht. Wie kann da der Vorwurf der Täuschung noch weiter erhoben werden. (Zuruf bei den Soc.) Sie (zu den Soc.) müßten nachweisen, daß der Staatssekretär damals oder heute diesen Plan verfolgt habe. Dafür haben Sie aber nicht einen Schimmer eines Beweises erbracht und damit fallen Sie mit ihrer ganzen Argumentation und mit ihren Anklagen vollständig hinein. Nicht einmal einen Indicienbeweis haben Sie erbracht, daß der Staatssekretär solcher Pläne verdächtig sei. Ich halte ihn auf diesem Gebiete nicht für den Treibenden, sondern für den Bremfenden. Wie konnte man Herrn v. Tirpitz, dem Vater des Flottengesetzes vertrauen, daß er seinen ganzen Plan über den Haufen werfen will? Der Vorwurf der Täuschung ist durchaus nicht substantiiert. Meine politischen Freunde treten nicht in den Chor der Entrüsteten ein. Dieser Chor ist ja, zumal nicht einmal die Herren von der „grähligen Flotte“ in ihn einstimmen, überhaupt ein sehr schwacher. (Beifall bei der freisinnigen Vereinigung.)

Abg. v. Liedemann (N.): Die Socialdemokraten und die Herren von der freisinnigen Volkspartei haben mit ihren Angriffen

ein vollständiges Risiko erlitten. Ich mache dem Staatssekretär nur das eine unglückliche, ganz überflüssige Wort „Geheim“ zum Vorwurf. Die Angriffe trafen auf die Angreifer zurück, namentlich auf die Leute des „Vorwärts“, deren Handlungsweise in der Öffentlichkeit nicht genug gebrandmarkt werden kann. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Soc.):

Ich verstehe, daß es dem Abg. Müller-Fulda sehr unangenehm sein muß, daß nach dem Erlaß schon so bald wieder eine Novelle zum Flottengesetz dem Reichstag vorgelegt werden soll. Das muß dem Centrum doppelt unangenehm sein, wenn möglicherweise der neue Posttarif durch den diesmaligen Reichstag nicht erledigt wird; dann werden wir bei den Neuwahlen neben der Verteuerung des Getreides die Wähler auf die Mehrkosten der neuen Flottennovelle hinweisen können. Herr Müller-Fulda hat meine Darlegungen so aufgefaßt, als wenn ich den Mitgliedern der Kommission den Vorwurf gemacht hätte, daß sie sich hätten täuschen lassen. Ich habe aber gesagt, daß die Mehrheit der Kommission getäuscht worden sei, d. h. das Centrum spielt zum zweitenmal bei dieser Flottenvorlage die Rolle des blamierten Europäers. Der Staatssekretär hat Dinge verschwiegen, die er in der Flottenvorlage gerechtfertigt und anständigerweise dem Reichstage hätte mitteilen müssen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Er hätte mitteilen müssen, daß nach der Entwicklung, wie sie durch das Flottengesetz vorgezeichnet ist, von 1905 an eine bedeutende Erhöhung der Indiensthaltungen stattfinden müsse, eine größere, als aus dem Reichstage vorgelegten Berechnungen zu erhellen war. Herr Müller-Fulda meinte, es sei nichts verschwiegen worden; wir verlangen ja auch nicht, daß das Marineamt auf 20 Jahre hinaus die genauen Kosten der Ausführung des Flottengesetzes, die infolge von Lebensmittelpreisen, Kohlenpreisen, Baukosten usw. natürlich variieren können, für jedes einzelne Jahr angeben sollte. Das hieße, von der Marineverwaltung eine Art Gottähnlichkeit fordern. Das hat aber mit der ganzen Frage auch gar nichts zu thun. Aber man wußte bereits bei der Abfassung des Entwurfs, daß nach dem Flottenplan von 1905 an höhere Indiensthaltungen eintreten müßten, und die Mehrkosten dafür hat man nicht eingeseht. Der Staatssekretär hat also etwas, was er gewußt hat, verschwiegen; er hat damit den Reichstag getäuscht. Daß diese Mehrkosten erst für die Zukunft in Betracht kommen — von 1905 an — ist ja in dem Erlaß ausgesprochen, von der Gegenwart ist ja hier gar nicht die Rede. Es handelt sich dabei um höhere Indienststellungen sowohl für die Auslandsschiffe als für die Schlachtschiffe. Das Verhalten, das hier zur Verteidigung des Staatssekretärs eingeschlagen ist, gleicht der Art des Tintenfisches, der das Wasser trübt, um unbemerkt aus einer schwierigen Situation zu entkommen. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Man hat besonders auf das Wort „geheim“ in dem Erlaß hingewiesen. Ich habe erst nachträglich hier aus den Ausführungen gehört, daß das Wort „geheim“ darauf gestanden hat. Warum der „Vorwärts“ das weggelassen hat, weiß ich nicht. (Zuruf im Centrum.) Er hat früher solche Erlasse veröffentlicht, auch mit der Bezeichnung „geheim“. Das ist ganz gleich. Es kommt nur noch die eine Frage in Betracht: hat der Staatssekretär allein für seine Person um die verschwiegenen Thatsachen gewußt oder hat auch der Reichskanzler und der Staatssekretär des Reichs-Schatzamts darum gewußt? Bis jetzt haben diese Herren geschwiegen und Sie werden auch wohl weiter schweigen, sie werden sich schon hüten, sich in diese Sache hineinzuwischen, bei der sie sich unter allen Umständen blamieren müssen. (Sehr gut! b. d. Soc.) Nun ist weiter gesagt worden von mehreren Abgeordneten, der „Vorwärts“ habe geradezu einen Diebstahl begangen. (Sehr richtig! rechts.) Sie sagen etwas, was Sie nicht beweisen können! Das ist einfach eine Unwahrheit, was Sie behaupten! Das ist eine Unwahrheit! (Stürmische Juraufe rechts. Abg. Singer ruft: Eine gemeine Verleumdung!)

Vizepräsident Graf Stolberg-Wernigerode: Ich weiß nicht, wer das Wort „Verleumdung“ ausgesprochen hat. (Abg. Singer erhebt sich und ruft: Ich!) Ich rufe den Abgeordneten, der es gesagt hat, hiermit zur Ordnung.

Abg. Bebel (fortfahrend):

Es ist nicht das erste Mal, daß der „Vorwärts“ oder andre unserer Partei-Organen solche Erlasse in die Öffentlichkeit gebracht haben, deren Veröffentlichung im dringenden Interesse der Öffentlichkeit lag. (Lebhafte Protestrufe rechts.) Sie können darüber anderer Meinung sein, wir haben diese Ansicht und wir veröffentlichten solche Schriftstücke im Interesse der Allgemeinheit. Wenn die Herren meinen, es hätte ja gar keine Gefahr gehabt, daß der Erlaß an die Öffentlichkeit gelangt wäre, nun, so ist es ja gut, — warum denn das Geschrei? Und warum haben Sie dann mit der Veröffentlichung gewartet bis zur Bekanntgabe durch den „Vorwärts“? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Wir werden wahrscheinlich auch noch später manchmal in die Lage kommen, solche Veröffentlichungen vorzunehmen. Ich erkläre aber, alle diese Schriftstücke, die veröffentlicht worden sind, haben uns weder einen Pfennig Geld gekostet, noch haben wir die Veranlassung dazu gegeben, daß sie uns zu Gefährdung worden sind. Auch ich bin schon in der Lage gewesen, hier im Hause solche unbecommene Dinge zur Sprache zu bringen. (Zuruf rechts: Luder.) Diese Weise bringen mir die Jünger des heiligen Stephan ins Haus und dem „Vorwärts“ ebenfalls. Wir wissen nicht, von wo sie kommen, — aus welchem Ort sie sind, das merkt man ja. (Heiterkeit.) — Wenn der Staatssekretär mich vorher aufgefordert hat, ich solle ihm den Namen nennen, so erkläre ich ihm: Wenn ich den Namen wüßte, würde ich ihn nicht nennen, das würde mir eine Ehrensache sein. (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Ich erkläre aber hiermit öffentlich vor dem Hause und vor der ganzen Welt, daß ich ihn nicht weiß und erkläre weiter, — das wird ja die gerichtliche Untersuchung ergeben, — daß auch der „Vorwärts“ nicht weiß, wer ihm den Erlaß zugesandt hat. Wir sind nicht im Stande, diese Auskunft zu geben. Die Partei hat nichts gestohlen; diesen Vorwurf weise ich auf das entschiedenste zurück, weder die Partei, die Fraktion, noch die Redaktion des „Vorwärts“, die Dinge sind zu uns gekommen ohne unser Zutun. Wir kennen auch die Motive derjenigen nicht, die uns solche Dinge zuschicken. Es ist in der Presse behauptet worden, es seien unlaute Motive. Das wissen wir nicht, es ist uns auch ganz egal. Wir prüfen die Schriftstücke und wenn wir sie für wichtig halten, so bringen wir sie an die Öffentlichkeit. Wir haben keine geheime Fonds, durch die wir andre Leute zum Vertrauensbruch anlocken. Man wird uns nicht nachweisen können, das, was man seiner Zeit im Dreifus-Prozess dem deutschen Militärbevollmächtigten, Oberst von Schwarzkoppen, glaubte nachweisen zu können, man wird uns nicht nachweisen können, was man Herrn Tausch nachweisen konnte, der in seinem Prozeß erklärte, ihm sei der Auftrag geworden, ein Exemplar der „Korrespondenz-Wechtel“ zu stehlen. Wir sind nicht in der Lage, Lumpen und Sauste zu bezahlen, wie es die Volkzeitung sind, die hinausgehen, um die angeblichen Geheimnisse unserer Partei zu erschöpfen und sie dann dem Volkszeitungspräsidenten überbringen. Wir sind nach allen diesen Richtungen hin rein. Wir haben bisher keinen Pfennig für bezahlte Zwecke ausgegeben und werden auch künftig keinen Pfennig dafür ausgeben. Wir werden aber auch künftig, wenn solche Dinge ohne unser Zutun an uns gelangen, je nach unserer besten Erkenntnis davon Gebrauch machen, wenn es Ihnen auch nicht angenehm ist. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten. Große Unruhe rechts und im Centrum.)

Abg. Graf Moon (L.):

Als Mitglied der Budgetkommission stelle ich fest, daß alle Berechnungen und Feststellungen, die uns von der Regierung gegeben

sind, durchaus zutreffend waren. Es kam keine Rede davon sein, daß wir getäuscht worden wären. Wer getäuscht worden ist, ist der Abg. Bebel. Wir haben Beweise, daß er sehr oft getäuscht worden ist und auch manchmal getäuscht sein will. (Unruhe links.) Der Reichstag kann die sophistische Art, wie Herr Bebel die Benutzung solcher getöhlten Sachen verteidigt, nur verachten. (Große Unruhe links.) Die Presse hat die edle Aufgabe der Wahrheit zu dienen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Aber sie hat nicht die Aufgabe, der Sensation zu dienen und Verleumdungen zu befördern. Wer durch gewissenlose Beamte gestohlene Aktenstücke verwertet, der macht sich mitschuldig eines solchen Verbrechens. (Stärkliche Zurufe bei den Socialdemokraten.) Spionage ist unter Umständen nötig, aber den Spion verachten wir. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Aus der Verteidigungsrede des Herrn Staatssekretärs hätte ein Rechtsanwält viel lernen können. (Heiterkeit und sehr richtig! links.) Er ist schwarz auf weiß geständig, niedrigere Berechnungen angegeben zu haben, um das Flottengesetz durchzuführen. In der Begründung zum damaligen Flottengesetz hieß es ausdrücklich, daß man entsprechend dem vermehrten Schiffsbestand planmäßig die Höhe der fortdauernden Ausgaben berechnet habe. Das steht im Gegensatz zu dem Wortlaut des Gesetzes. Wenn Graf Oriola die Angriffe gegen Herrn v. Tirpitz bedauert hat, so muß ich sagen, ich bedauere einen Abgeordneten, der sich so leicht mit einer unaufrichtigen Begründung von Vorlagen identifiziert. Wenn ein Vorgang, wie wir ihn hier erlebt haben, in einem andern Parlamente vorgekommen wäre, so wäre sicherlich der Minister nach acht Tagen nicht mehr auf seinem Platze. (Sehr richtig! links.) Wir haben alle ein Interesse daran, daß Vorlagen auch aufrichtig begründet werden. Das ist auch keine Frage des Freihandels oder des Schutzzolls, wenn wirklich Herr v. Tirpitz Recht hätte, würde ich darum sein Vorgehen auch nicht um eine Linie anders beurteilen wie jetzt. Ich sagte schon vorher, daß dieses nicht der erste Fall wäre, in dem uns Herr v. Tirpitz getäuscht hat. Am 6. Dezember 1897 bei der ersten Beratung des Flottengesetzes sagte der Herr Staatssekretär: Wenn wir eine Flotte in dieser Stärke haben werden, dann werden wir eine Seemacht gegen die offensiv vorzugehen selbst eine Seemacht ersten Ranges bedürfen würde. Am 11. Dezember 1899 gestand er aber zu, daß er schon damals im Innern ganz anders gedacht habe. (Hört! hört! links.) Er sagte, ich kann nicht leugnen, daß ich mir bei Ausarbeitung des Entwurfs nicht im Unklaren darüber gewesen bin, daß ein endgültiger Abschluß dadurch nicht erreicht sein wird. Auf seine erste Aeußerung verwies ich, nannte er sie einen unglücklich gewählten Ausdruck. (Hört! hört! links.) Aber einen noch viel schwereren Fall haben wir schon gehabt. Im Januar 1899 entstanden Gerüchte, daß ein neues Flottengesetz im Werke sei. Auf eine Anfrage gab Herr v. Tirpitz in der Kommission zu Protokoll, er hätte nicht ernsthaft geglaubt, daß solche Gerüchte möglich wären. Als dann aber Ende desselben Jahres das zweite Flottengesetz erschien, sagte er schlaunweg, schon im Dezember des vorigen Jahres sei ernsthaft untersucht worden, ob nicht eine Vermehrung der Flotte stattfinden müsse. Also im Januar 1899 hat uns danach Herr v. Tirpitz noch schwerer getäuscht als hier. Damals sagte ich, ich hätte bisher nur gewußt, daß die Sprache für die Diplomaten nur da sei, um die Gedanken zu verbergen, jetzt wüßte ich, daß sie auch Admiralen zu diesem Zweck diene. Heute muß ich sagen, ich habe schon viel Minister gesehen und gehen gesehen, aber ich habe noch keinen gesehen, der so wenig Verrathen verdient hätte, wie Herr v. Tirpitz. (Lebhafte Beifall links.)

Staatssekretär v. Tirpitz:

Ich kann mir die Erregung des Herrn Vorredners nur dadurch erklären, daß er sich eben gründlich geirrt hat. (Zuruf links: Lüge!) Er ist gründlich herein gefallen. — Daß ich der Debatte eine ganz andre Richtung gebe, indem ich auf die alten Vorgänge von 1899 wieder eingehe, das können Sie von mir nicht verlangen. Wenn ich im Januar 1899 sagte, das nicht die Absicht bestände, die Flotte zu vermehren, so war das vollkommen zutreffend. Wir sind erst durch die Ereignisse des darauf folgenden Sommers zu der Notwendigkeit der Vermehrung gedrängt. So ist die Sache und nicht anders.

Abg. Rich. Fischer-Berlin (Soz.):

Das letzte Jugendsündchen des Grafen Noth hat so recht gezeigt, wie wenig ernst Ihre sittliche Entrüstung zu nehmen ist. Er sagte, es könnte wohl der Fall eintreten, daß die Spionage erlaubt ist, den Spion aber würden Sie immer verachten. Sie machen in sittlicher Entrüstung, weil wir den Mut haben, wenn solche Veröffentlichungen im Interesse des ganzen Volkes liegen, sie zu veröffentlichen. Sie sprechen von ehrlicher Handlung. Wie können Sie das, wenn Sie selbst die Spionage für berechtigt erklären. (Zuruf rechts: Im Kriege!) Ich was, im Kriege! Ich rede von der Spionage, für die Sie Jahr für Jahr Mittel im Geheimen Fonds bewilligen. Sie wissen ganz genau, daß diese Mittel zum größten Teil verwendet werden zu Zwecken, die nur auf dem Wege des Vertrauensbruches und des Diebstahls erreicht werden können. Da kann man doch ihre sittliche Entrüstung nicht ernst nehmen. Damals, als der Spion Lindenberg den Prinzen von Preußen bespioniert hätte, damals haben Sie sich sogar den Spion gefallen lassen. — Man hat uns mit sittlicher Entrüstung Gehler genannt. Ich habe hier ein amtliches Schriftstück des Berliner Polizeipräsidiums, worin es sich selber als Dohler dokumentiert. Als vor wenigen Wochen ein Socialdemokrat beipflichtet wurde und der Betreffende die an ihn gestellten schweren Annahmen zurückwies und zum Zwecke der Bestätigung der Persönlichkeit des Spiegels ihm zum Polizeirevier folgte und seine Karte verlangte, da wurde ihm dies und die Namensangabe verweigert. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Der Antrag auf Klageerhebung wurde vom Gericht zurückgewiesen und vom Polizeiprääsidenten ebenfalls abgelehnt, den Namen des Spiegels zu nennen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Der Polizeiprääsident hat sich also ganz offen hier als Dohler gezeigt. — Wir können Ihre Entrüstung nicht ernst nehmen, weil Sie genau wissen, zu welchen schändlichen, verbrecherischen Handlungen die Gelder des geheimen Fonds verwandt werden. Ich erinnere Sie an die Aussage eines Kommissars, der zugab, er habe einen Spigel angewiesen, unter die russischen Studenten zu gehen, einen unter den Tisch zu schieben und ihm die Briefschaften zu stehlen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wenn Sie den Nachweis erbringen können, daß jemals von uns ein Beamter bezahlt worden ist für gestohlene Sachen, dann hätten Sie vielleicht die Möglichkeit, sich sittlich entschuldigen zu stellen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Im vorigen Jahre ist hier zur Sprache gebracht worden, wie der Berliner Kriminalkommissar v. Arnim und der Kriminalwachmeister Diener Arbeiter für Verräterdienste kaufen wollten, wie sie in dem einen Fall größere Summen zur Verfügung stellen zu dem Zwecke, daß der Betreffende eine Kneipe einrichte, um das Vertrauen seiner Genossen um so leichter mißbrauchen zu können, und wie die Polizei sogar Gelder zu dem Zwecke zur Verfügung gestellt hat, zu versuchen, ob es nicht möglich sei, daß er sich als socialdemokratischer Abgeordneter wählen lasse, um in die socialdemokratische Fraktion zu kommen und aus deren Sitzungen der Polizei Berichte zu liefern. Damals hat kein einziger Redner von Ihnen Veranlassung genommen, seiner sittlichen Entrüstung gegen die Polizei Ausdruck zu geben. — Vor wenigen Tagen erst ging durch die Presse die wunderbare Nachricht, daß wiederholt bei einem Buchhändler-Gesangverein die Bibliothek

zerbrochen, Bücher gestohlen worden sind und daß jedesmal die Polizei im Besitze der gestohlenen Bücher war. (Hört! hört! links.)

Wie mir berichtet ist, hat Herr Tirpitz selbst 2000 M. ausgegeben, um denjenigen zu ermitteln, der den Erlaß dem „Vorwärts“ überbracht hat. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Auch die Berliner Polizei soll einem Mann 300 M. dann 1000 M. geboten haben mit dem Erlaß, ob es ihm nicht möglich sei, zu erfahren, wie der „Vorwärts“ in den Besitz des Aktenstückes gekommen ist. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Da könnte ich also umgekehrt dem Herrn Marine-Sekretär die Frage stellen, die er vorher an meinen Fraktionsgenossen Bebel richtete; er solle mir den Mann nennen, der solchen Vertrauensbruch begeht! — Also wenn der Marine-Sekretär der Polizei Geld zur Verfügung stellt und wenn die Polizei dieses Geld in dieser Weise verwenden will, so meine ich, soll man es auch hier verschmähen — draußen glaubt es ja doch kein Mensch mehr. (Sehr richtig! links.) — solche Töne uns gegenüber anzuschlagen und sich hinzustellen und zu sagen, mitunter braucht man Spionage, die lassen wir uns gefallen, nur den Spion verachten wir. Ganz auf Ihrer Seite, wenn es sich um Spione handelt! (Heiterkeit und sehr richtig! links.)

Abg. Richter (fr. Sp.): Ich konstatiere nochmals, daß Herr v. Tirpitz, als das zweite Flottengesetz kam, behauptete, im Dezember 1898 sei ernsthaft untersucht worden, ob nicht eine Vermehrung der Flotte notwendig sei. Vier Wochen nach diesem Dezember 1898, also im Januar 1899, hat aber Herr v. Tirpitz in der Budgetkommission des Reichstags zu Protokoll gegeben, er wundere sich, wie man die Gerüchte von einer beabsichtigten Flottenvermehrung überhaupt ernst nehmen könne. Im Januar 1899 erklärte Herr v. Tirpitz wörtlich, „an keiner Stelle sei in irgend einer Weise die Absicht hervorgetreten, für ein neues Flottengesetz einzutreten“. Und 4 Wochen vorher — so erfährt man von Herrn Tirpitz ein Jahr später — waren die maßgebenden Stellen der Meinung, man wolle es vorläufig versuchen, mit der bisherigen Flotte auszukommen.

Abg. Graf Oriola (nass.): Herr Richter hat es bedauerlich, daß ich mich so leicht mit der unaufrichtigen Begründung einer Vorlage zufrieden gegeben habe. Nach meiner Anschauung ist die Begründung eben keine mündigste gewesen. Ich soll es wohl der Regierung noch lächel nehmen, daß sie möglichst versucht hat, das Volk von Steuern frei zu halten. (Lachen links.) Wer nicht aufgeklärt sein will, der ist eben nicht aufzuklären. (Sehr richtig! links. Große Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion. Titel I wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, der süddeutschen Volkspartei und der Socialdemokraten bewilligt. Der Rest des Ordinarius wird debattelos genehmigt. Es folgen die einmaligen Ausgaben. Zur Beschaffung von Munition werden 2 Millionen gefordert. Die Kommission hat eine Million gestrichen. Das Haus beschließt demgemäß. Nach den Beschlüssen der Kommission werden weiter gefordert: 1 390 000 M. von einer Gesamtforderung von 5 780 000 M. zur Ausrüstung einer Reihe von Schiffen. 200 000 M. von einer Forderung in Höhe von 500 000 M. zur Beschaffung von Handwaffen. 73 000 M. als erste Rate zur Beschaffung eines Peilbootes für Küstenbezirksämter. 25 000 M. von 50 000 M. zur Beschaffung von Instrumenten und Lehrmitteln für Vermessungszwecke. Zur Bewährung einer Beihilfe an die Stadtgemeinde Kiel und die Gemeinde Ellerbek werden 28 000 Mark resp. 12 000 Mark gefordert. Die Kommission empfiehlt dazu die Annahme folgender Resolutionen:

- a) für die Gemeinde Gimschenhagen eine Beihilfe in den Etat einzulegen, welche den an die Gemeinden Saanden und Ellerbek gewährten Beihilfen entspricht; b) die Verhältnisse der Gemeinden Bant, Heppens und Neuenhe einer Prüfung dahingehend unterziehen zu lassen, ob die Gewährung einer Beihilfe zu kommunalen Zwecken erforderlich ist. Direktor im Reichskriegsamt Tweste erklärt sich gegen die Annahme der Resolution a. Eine direkte Aufforderung an die Regierung zu einer solchen Beihilfe erscheine nicht am Platze. Abg. Vargmann (fr. Sp.) beschließt beide Resolutionen. Abg. v. Kardorff (Sp.) schließt sich dem Vorredner an. Nach kurzer weiterer Debatte werden beide Resolutionen angenommen. Damit ist der außerordentliche Etat erledigt. Debattelos genehmigt werden die Einnahmen. Damit ist die zweite Lesung des Marine-Etats beendet.

Es folgt die zweite Beratung des Etats für Kiautschou.

Die Beratung beginnt mit den fortdauernden Ausgaben. Eine große Anzahl von Kapiteln wird ohne Debatte bewilligt. Beim Kapitel „Seelsorge und Unterricht“ regt Abg. Eichhoff (fr. Sp.) eine anderweitige Regelung des Maximalgehalts für den wissenschaftlichen Hilfslehrer an der höheren Schule in Tsingtau an.

Staatssekretär v. Tirpitz sagt eine solche Regelung zu. Das Kapitel wird bewilligt; ebenso der Rest der fortdauernden Ausgaben und weiterhin debattelos die einmaligen Ausgaben und die Einnahmen. Damit ist auch der Etat für Kiautschou erledigt und die Tagesordnung erschöpft. Vicepräsident Wasing beräumt die nächste Sitzung an auf Sonnabend 1 Uhr mit der Tagesordnung: Etat des Reichs-Schatzamt, der Reichsschuld, des Rechnungshofes, des Reichs-Militärgerichts und der Reichs-Justizverwaltung. Abg. Venzmann (fr. Sp.) beantragt, den Etat des Reichs-Militärgerichts von der morgigen Tagesordnung abzusehen. Dieser Etat, bei dem auch das Kapitel der Soldatenmahlzeiten eine Rolle spiele, stehe in engstem Zusammenhang mit dem Militäretat und müsse zusammen mit diesem im Beisein des Kriegsministers erledigt werden. Der Antrag Venzmann wird gegen das Centrum und die Nationalliberalen angenommen, der Etat des Reichs-Militärgerichts also von der morgigen Tagesordnung abgesetzt. Schluß 3/4 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Die Parteigenossen in Magdeburg beschäftigen sich mit der Frage der Herausgabe eines regelmäßig erscheinenden Landtagsblattes. Ein dahingehender Antrag wurde vom Centralkomitee des Regierungsbezirks der Prekommission überwiesen. Zur Gewinnung neuer Abonnenten auf die „Magdeburgerische Volksstimme“ soll in allen Kreisen des Bezirks demnächst eine umfassende Agitation eingeleitet werden. Das Centralkomitee beschloß auch die Einberufung einer Gemeindevertreter-Konferenz für den Regierungsbezirk zu Ostern nach Halle. Parteipresse. Der bisherige Geschäftsführer der „Königsberger Volks-Zeitung“ ist aus der Stellung ausgeschieden; an seine Stelle tritt der Genosse Ferdinand Will. Totenkiste der Partei. Einen tüchtigen Mitkämpfer haben die Parteigenossen in Stuttgart verloren. Dort starb im Alter von 44 Jahren der frühere Xylograph, jetzige Konsumberedner Robert Solow. Er hat in den Zeiten des Socialistengesetzes stets auf den gefährlichsten Posten gestanden und war lange Jahre einer der Thätigsten in der Stuttgarter Partei. Ebenso thätig war er als Gewerkschafter. Die Parteigenossen Stuttgart sind ihm zu ihrem Dank verpflichtet.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw. Das gefährdete Staatswohl in Anhalt.

Wir berichteten vor einiger Zeit über einen Prozeß gegen unser Dessauer Parteiblatt, der durch die jüngsten Reichstagsdebatten über Mißstände in Anstalten und durch das Verhalten der anhaltischen Staatsregierung ein allgemeineres Interesse bekommt.

Das Dessauer Parteiblatt veröffentlichte einen Brief, den im Jahre 1891 der damalige Kreisphysikus Dr. Wesche an den damaligen zuständigen Decernenten im anhaltischen Ministerium über sehr bedenkliche Zustände im Verbnurger Anstaltenhause geschrieben hatte. Durch die Veröffentlichung des Briefes soll der Leiter des betreffenden Anstaltenhauses, ein Dr. Hegemann, beleidigt worden sein und deshalb wurde, wie das in Deutschland üblich ist, gegen den verantwortlichen Redacteur des Blattes, Genossen Günther, Klage erhoben. Man bezweifelte die Echtheit des Briefes. Vor Gericht producierte der Angeklagte das Original und dieses wurde vom Gerichtsvorstand selbst als von Dr. Wesche herrührend sofort anerkannt. Den Brief hat Genosse Knud in der Reichstagsitzung am Sonnabend vorgelesen und sein Inhalt hat Aufsehen erregt.

Günther hatte überdies zur Führung des Wahrheitsbeweises, der ihm trotz der anerkannten Echtheit des Briefes noch obliegt, die Vernehmung des Briefschreibers beantragt. Dieser, der damalige Kreisphysikus, sitzt heut selbst an der Stelle, an die er damals den Brief gerichtet hat; er ist Decernent der Medizinalangelegenheiten in der anhaltischen Regierung. Die Regierung hatte aber auf Grund der Straf-Verordnung dem Dr. Wesche die Genehmigung zur Gegenanfrage verweigert. Nachdem das Gericht Einsicht in den Originalbrief genommen und der Antrag auf Vernehmung des Dr. Wesche wiederholt war, beschloß das Gericht dem Antrage nachzugeben und von der Regierung wiederholt die Genehmigung zur Zeugnisablegung für Dr. Wesche nachzusuchen. Die Genehmigung ist abermals und endgültig verweigert worden! Der Angeklagte stellte nunmehr noch weitere Anträge zur Führung des Wahrheitsbeweises und deshalb wurde die Verhandlung abermals vertagt.

Man stelle sich das vor! Der Dr. Hegemann, gegen den 1891 amtlich die allerhöchsten Beschuldigungen hinsichtlich seiner Thätigkeit als Leiter des Verbnurger Anstaltenhauses erhoben wurden, Anschuldigungen, die dem socialdemokratischen Redacteur als schwere Beleidigungen angerechnet werden sollen, ist heute noch in derselben Stellung. Sein Anschuldiger ist heute sein Vorgesetzter und Mitglied der anhaltischen Regierung. Dessen eibliches Zeugnis, daß der Inhalt seines Briefes auf Wahrheit beruht, wäre der unaufrichtigste Wahrheitsbeweis für den angeklagten socialdemokratischen Redacteur. Dieses Zeugnis wird aber von der Regierung verweigert, weil das Staatswohl dadurch gefährdet würde!

Das Urteil steht ja noch aus. Wird es auf Freisprechung lauten?

— Die Staatsanwaltschaft in Breslau hat sich wieder einmal ausgezeichnet im Kampfe gegen die Socialdemokratie. Sie hatte gegen den Genossen Riß vor dem Breslauer Gericht Anklage erhoben wegen Beleidigung von Breslauer Richtern. Die Anklage wurde vor der ersten Strafkammer verhandelt, der Staatsanwalt vertret vor dieser Kammer ohne weiteres die Klage und beantragte gegen den Angeklagten 6 Monate Gefängnis.

Das Gericht erkannte auf Freisprechung. Nunmehr legt die Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Erkenntnis Revision ein und bestreitet dabei die Zuständigkeit des Breslauer Gerichts, insbesondere der ersten Strafkammer, weil diese Richter die Beleidigten sind.

Man könnte es verstehen, wenn der Angeklagte die urteilenden Richter von vornherein wegen Befangenheit abgelehnt hätte, die Ablehnung wäre wahrscheinlich erfolgreich gewesen; nachdem sie aber in diesem Fall auf Freisprechung erkannt haben, haben sie damit ihre Unbefangenheit gezeigt. Wie nun nach der Freisprechung der Staatsanwalt den Zweifel an der Zuständigkeit begründen will, soll uns wundern.

— Auf Grund einer Polizeiverordnung über die Heiligung des Sonntags wurde ein Kolporteur der „Schleswig-holsteinischen Volkszeitung“ in Ketersen mit 10 M. Polizeistraf belegt, weil er die Zeitung des Sonntags den Abonnenten zugestellt hatte. Der Verurteilte beantragte gerichtliche Entscheidung und berief sich auf das Reichsgesetz. Das Schöffengericht erkannte aber trotzdem auf die gleiche Strafe.

Aus Industrie und Handel.

Lantien für Aufsichtsräte. In einer eben erschienenen kleinen Schrift des Professors Worschauer über die Reorganisation des Aufsichtsratswesens in Deutschland findet sich eine Anzahl interessanter Mitteilungen über die Höhe der Lantien, die einzelne Aufsichtsratsmitglieder bei Aktiengesellschaften erhalten. Wir stellen sie zu Ruh und Frommen unsrer Genossen im Nachstehenden zusammen.

Name des Unternehmens	Zahl der Aufsichtsratsmitglieder	Gesamt-Lantien	Lantien für das einzelne Mitglied M. ca.
1. Nationalbank für Deutschland	13	143 579	11 000
2. Bank für Handel und Industrie	14	184 331	13 000
3. Berliner Handelsgesellschaft	20	298 903	13 000
4. Direction der Diskontogesellschaft	23	342 105	15 000
5. Schaffhausen'scher Bankverein	21	337 800	16 000
6. Dresdner Bank	24	469 486	19 500
7. Deutsche Bank	22	677 419	30 700
8. Allgem. Electricitäts-Gesellschaft	11	304 662	27 500
9. Berliner Maschinenfabr. (Fremd)	5	33 723	6 700
10. Berlin. Maschinen (Schwarzloppf)	5	182 436	16 500
11. Wisnarschballe	5	150 931	30 000
12. Karo Hagen'scheit	6	86 968	14 000
13. Deutsche Waffenfabrik	16	85 585	5 300
14. Oberfelder Farbenfabrik	5	134 400	26 800
15. Böttcher Eisenbahnmateriale	5	30 367	6 000
16. Böttcher Maschinen	6	31 923	5 000
17. Heilsbrüderer Bergwerk	17	255 789	15 000
18. Große Berliner Straßenbahn	14	168 209	12 000
19. Hannoverische Maschinen	9	129 444	14 300
20. Hasper Eisen- und Stahlwerk	5	94 892	18 900
21. Kömge- und Laurahütte	11	193 277	17 500
22. Loewe u. Comp.	15	93 544	6 200
23. Norddeutscher Lloyd	14	243 175	17 000
24. Bagenhofer Brauerei	7	48 775	6 500
25. Schaller Grubenverein	10	150 283	15 000
26. Siemens Glasindustrie	3	80 448	26 800
27. Union, Electricitäts-Gesellschaft	10	125 863	12 500
28. Deutsche Grundschuldbank	7	41 375	5 700
29. Electricitäts-Gesellschaft Nummer	6	38 885	6 400
30. Randerbeim säurefreie Produkte	4	33 000	8 200
31. Breuß. Hypotheken-Aktienbank	8	81 166	10 200
32. Dresdener Kreditanstalt	8	91 300	11 400
33. Kasseler Trebertrudung	5	254 472	50 900

Dabei ist zu bedenken, daß die angeführten Zahlen die Lantien des Jahres 1900 angeben, also einer Zeit, in der der wirtschaftliche Aufschwung bereits vorüber war. Er ist daraus zu schließen, daß die Lantien z. B. in den Jahren 1897—1899 noch viel höher waren. Nur die Zahlen der sechs zuletzt genannten Institute berichten über das Wirtschaftsjahr 1899. Rechnet man die Zahlen zusammen, so ergibt sich, daß 338 Aufsichtsratsmitglieder die angegebene Summe von 5 489 402 M., und jeder einzelne von ihnen rund 15 700 M. erhalten hat. Und zwar für nichts und wieder nichts; ohne jede nur irgendwie nennenswerte Arbeitsleistung. Denn bekanntlich besteht gewöhnlichmäßig die ganze Thätigkeit des Aufsichtsrats solcher Aktiengesellschaften in nichts anderem als der Abhaltung meistens zweier oder dreier jährlicher Sitzungen, die noch dazu nur formeller Natur zu sein pflegen. Dazu kommt aber

der weitere Umstand, daß ein großer Teil jener Herren ja nicht nur eine, sondern meistens mehrere solcher schwieriger Aufsichtsratsposten inne zu haben pflegt. Nach einer Zusammenstellung im „Deutschen Oekonomisten“ 1901, Nr. 990, hatten z. B. 70 Personen 1184 solcher Posten, ein einziger Bankier in Köln allein 85 zu versehen. Rechnet man beiseiten nur durchschnittlich 3 solcher Stellen auf den Mann, so ergibt sich die ungeheuerliche jährliche Einnahme von 47 000 M. Das ist reinster Mehrwert, der von den Händen der Arbeiter in die Taschen der Foulenger fließt.

**Verein Berliner Kolonialwarenhandl.** Dem soeben erstatteten Jahresbericht des Vereins Berliner Kolonialwarenhandl. ist zu entnehmen, daß die Lage des Kolonialwaren-Detailshandels auch gegenwärtig eine mißliche ist. Dies beruht eben so sehr auf der augenblicklichen wirtschaftlichen Depression als auf der wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt. Die Konkurrenz des Großhandels im Detailshandel, die zunehmende Reizung, alle Einzelartikel der Branche, wie Kaffee, Zucker, Butter, Landesprodukte, Eier, Konfitüren, Petroleum, Seife, Spirituosen, Wein, Cigarren usw. zu specialisieren und gesondert zu handeln, bringt den kleinen Detailshandel in eine bedrückte Lage. Der Vorstand des Vereins ist der Ansicht, daß der Staat die Pflicht hat, hier einzugreifen, einmal durch Ausbau des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes, durch das den selbständigen Kaufleuten gleichfalls in Falle des Alters und der Invalidität eine Existenz geboten wird und durch Schaffung staatlicher Pensionskassen mit Beitragszwang für jeden selbständigen Kaufmann von einer gewissen Einkommensgrenze an.

Die Stellung des Vereins in wirtschaftspolitischen Fragen geht, wie bekannt, in Vorschlägen auf Beseitigung unbilliger Konkurrenz hinaus. Einmal wendet er sich gegen den Straßenhandel, dann wieder gegen die kraftvolle Ringbildung im Großhandel, um in sozialpolitischen Fragen schließlich den Vorkauf-Ladenkampf zu bekämpfen. Der erfolglose Kampf gegen die Uebermacht des Großkapitals läßt den Interessenten auch die mitangewandten Mittel als erfolglos erscheinen.

**Ausfuhrvergütung in der Eisenindustrie.** Unter den Interessenten der Eisenindustrie und des Kohlenbergbaues ist eine Vereinbarung eingeleitet, um für die Eisenindustrie eine Exportkommission zu erwirken, die allgemeiner und der Subsidatbildung enger angepaßt ist als bisher. Der Vorschlag geht dahin, daß Kohlensubsidat, Coatsubsidat, Rheinisch-Westfälisches Kohleisensubsidat, Lothringisch-Luxemburgisches Kohleisensubsidat, Siegerländer Kohleisensubsidat, Halbzeug-Verband, Walzdrahtsubsidat, Deutscher Träger-Verband, Grobblech-Verband und weiter sich etwa bildende Verbände ihren Abnehmern für Exportzwecke eine Ausfuhrvergütung in anwärtiger Höhe der Differenz zwischen Inlands- und Auslandpreisen gewähren. Es soll eine Central-Kontrollstelle geschaffen werden, an welche alle Anträge auf Ausfuhrvergütung zu richten sind. Ausfuhrvergütungen für indirekten Export werden nur von Verband zu Verband gewährt. Von Seiten der Eisenindustrie wird der Wunsch zum Ausdruck gebracht, das vorgeschlagene neue System der Exportkommission spätestens mit dem 1. April d. J. in Kraft treten zu lassen, mit Rücksicht darauf, daß das Inlandkommen größerer in der Schwebe befindlicher Auslandsgechäfte von der Gewährung der Exportkommission abhängt.

Die Ausführung des Vorhabens wird bei der immer mehr erstarkenden Subsidatbildung in der Eisenindustrie stark begünstigt.

**Pensionsfonds der Spielhagen-Banken.** Nachdem sich die Erben des Baron von Cohn dazu bereit erklärt haben, 7 1/2 Millionen an die faktierten Banken aus Grund geltend gemachter Regressansprüche zurückzuzahlen, soll nach dem „Berl. Tagbl.“ von derselben Seite beabsichtigt sein, auch den verloren gegangenen Pensionsfonds für die Angestellten der Bank wieder herzustellen. Dieser Fond betrug bei der Preussischen Hypothekbank 513 700 M. und bei der Grundschuldbank 221 900 M.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Beseitigung der Sonntagskündigung im Schlächtergewerbe.** Der seit Jahren in Berliner Fleischergewerbe strittige Punkt: „die Sonntagskündigung und Entlassung“, ist nun endlich aus der Welt geschafft. Die Berliner Metzger-Zunft hat in ihrer am 5. Februar im Meißnerhause stattgefundenen Versammlung den Antrag des Gesellen-Ausschusses: „Die Kündigungsfrist soll stattfinden Wochentags bis 2 Uhr, mit Ausnahme des Sonntags und der zweiten Feiertage der Christlichen Hauptfeste; die Arbeit soll um 6 Uhr niedergelegt werden; den Entlassungstag sollen beide Kontrahenten beim Beginn des Arbeitsverhältnisses gemeinsam feststellen“, einstimmig angenommen. Die Durchführung dieses Beschlusses und der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird dem Vorstande der Zunft bzw. der Vereinbarung desselben mit dem Gesellen-Ausschuss überlassen. In der März-Versammlung soll eventuell die definitive Beschlußfassung erfolgen.

### Deutsches Reich.

**Die Buchdrucker in Wien** haben bereits Gelegenheit gehabt, zu der Reducierung des Lokalaufschlages durch den Tarif-ausschuss Stellung zu nehmen. In Wien werden die Lohnsätze in den drei Altersklassen um 54, 55 und 56 Pfennig geschädigt. Die Empörung ist um so größer, als bereits 108 Gehilfen zu den neuen Bedingungen arbeitslos und nur 46 von dem Kreisamt beschlossenen Lokalaufschlag nicht erhielten. Die Herabsetzung des Lokalaufschlages ist wesentlich auf Betreiben einer Firma (Zucker, „Wochenblatt“) zurückzuführen. Eine Kommission der Gehilfen soll bei denjenigen Prinzipalen vorstellig werden, welche den Tarif bereits bewilligt haben, um sie zur Weiterzahlung des Bewilligten zu veranlassen. — In Oldenburg sollen diejenigen Prinzipale, welche bis heute auch den herabgesetzten Lokalaufschlag nicht bezahlen, aus dem Verzeichnis der tarifreuen Prinzipale gestrichen werden.

**Eine neue Barbier-Organisation** ist dieser Tage in Dresden gegründet worden. 35 Gehilfen schlossen sich sofort derselben an. Die Organisation konstituierte sich als Zahlstelle des Verbandes der Barbiergehilfen.

**Die Zinccatente in Posen** hatten an ihre Prinzipale einen neuen Lohnarif eingereicht, der einige kleinere Erhöhungen vorsah. Daran schloß sich am 1. Februar die Auslieferung der gesamten Gehilfen in allen Geschäften. Die verlautet, haben sich die Arbeitgeber verpflichtet, bei Zahlung einer hohen Konventionalsstrafe, die Auslieferung so lange ausrecht zu erhalten, bis mindestens 20 Gehilfen sich verpflichtet haben, den alten Lohnarif zu unterschreiben. Bei der Einigkeit der Gehilfen ist daran nicht zu denken; die Gehilfen wollen die Meister vielmehr dadurch aufs Trodene regen, daß sie Arbeiten für das Publikum unter Umgehung der Meister selbst ausführen. Bezug ist fernzuhalten.

**Streikführer.** Vor dem Schöffengericht in Köln stand der Zimmermeister Richard M. unter der Anklage, während des Kölner Zimmererstreiks in einem Laden widerrechtlich eingedrungen zu sein und einen Zimmermeister, sowie einen Zimmergesellen mißhandelt zu haben. Der Angeklagte war in den Laden gegangen und hatte den Gehilfen zur Rede gestellt, weil er entgegen der Absprache arbeitete. Der Gehilfe griff den Angeklagten an und wollte ihn hinausdrängen. Dieser aber setzte sich zur Wehr, warf den Angreifer in ein mit Wasser gefülltes Wörtelgefäß und schlug ihn auf den Kopf. Als der Zimmermeister herbeikam und auf den Angeklagten, sowie einen zweiten mitangeklagten Ausführenden eintraf, wurde er von dem letzteren in einen Haufen Gerüstholz geworfen. Das Gericht sprach die beiden Angeklagten von der Richardson frei. Der arbeitende Gehilfe habe den einen Angeklagten zuerst mit dem Stein geschlagen. Somit habe dieser in erlaubter Notwehr gehandelt. Beide Angeklagte wurden wegen einfachen Hausfriedensbruchs zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Wochen Gefängnis beantragt.

**In den Köln-Lindenthaler Metallwerken** haben von 50 Ausstellern 49 die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter sind zu diesem Schritt gezwungen worden, weil der Direktor fortwährend Abzüge machte. — Die Parteiblätter werden um Verbreitung dieser Notiz gebeten.

**Zur Textilarbeiterbewegung im Voglande** wird aus Reichenbach gemeldet, daß die Firma Kelle u. Sohn die geforderte Lohnerhöhung bewilligte. Zum Streik in der Lohnweberei von Eduard Schneider müssen wir berichten, daß die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligt wurden. Der Unternehmer hat sich zwei Tage Bedenkzeit aus, womit die Arbeiter sich einverstanden erklärten.

**In Greiz** scheinen die Textilindustriellen einen Gegenschlag gegen die Arbeiter vorzubereiten. Schon das Benehmen der Firma Franz Zimmel, die plötzlich erklärt, daß sie Mitglied des Fabrikantenvereins ist, erregte bei den Arbeitern Mißtrauen. Dasselbe ist jetzt bei der Firma Gebrüder Albert der Fall. Der Fabrikantenverein beschloß nach einer Erklärung im Beginn der Bewegung gar keinen Einfluß mehr auf die Fabrikanten und verwies deshalb die Lohnkommission an die einzelnen Firmen. Das haben nun die Arbeiter gemacht und fast alle jene Firmen, die angeblich dem Fabrikantenverein die schwere Konkurrenz bereiten, vorläufig zur Anerkennung des 1890er Lohnariffs gezwungen. Man ließ die Absicht erkennen, daß, wenn dieses Ziel erreicht, man nicht abgesehen sei, ein Entgegenkommen in Betreff des neu aufgestellten Lohnariffs vom Jahre 1901 zu zeigen. Kollektivverhandlungen zwischen Unternehmer und Arbeiter-Organisation wurden aber abgelehnt. Jetzt scheint man auf einmal anderer Ansicht geworden zu sein. Als die Fabrikantenkommission bei Gebr. Albert vorstellig wurde, verschanzte man sich hinter den Fabrikantenverein; derselbe würde die Angelegenheit regeln. Als dann von der Kommission der Vorschlag gemacht wurde, der Fabrikantenverein möge sich mit der Lohnkommission der Textilarbeiter in Verbindung setzen, da wollte man von der letzteren nichts wissen. Die Firma beschwerte sich darüber, daß man gerade bei ihr zuerst vorginge. Die Arbeiter hätten doch alle Firmen des Fabrikantenvereins gleichzeitig vornehmen können. Jetzt soll nun eine Versammlung des Fabrikantenvereins stattfinden, wo man jedenfalls über die einzuschlagende Taktik beraten wird.

### Ausland.

**Der französische Arbeitsmarkt im Monat Dezember** zeigte ungefähr dasselbe Bild wie im Vormonat. Von den 1089 Syndikaten mit 209 000 Mitgliedern, welche dem Handelsministerium Berichte einbrachten, machten 862 Syndikate mit 163 000 Mitgliedern die Zahl der Arbeitslosen bekannt. Danach waren 16 527 oder etwa 10 Proz. beschäftigungslos. — Die Zahl der Streiks war im Monat Dezember eine sehr geringe; dem Handelsministerium wurden 29 gemeldet. Davon erstreckten sich 20 auf je nur einen Betrieb, 12 von diesen Streiks wurden um Lohnhöhung geführt, 4 gegen eine Lohnberabstimmung. Die Ausstände waren sämtlich von sehr geringer Dauer; 8 dauerten nur je einen Tag, der längste hatte eine Dauer von 19 Tagen.

**Die Gasarbeiter von Turin,** welche dieser Tage in den Streik eingetreten sind, haben folgende Forderungen gestellt: Die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für alle Arbeiter, Regelung des Lohnes, der von Jahr zu Jahr bis zu einem Höchstlohn steigen soll. Als Lohnminimum verlangen sie für die Maschinenisten 125 Fr. monatlich, steigend bis 150 Fr. nach 5 Jahren; für die andern Arbeiter wird gefordert 100 Fr. monatlich, bis 125 Fr., ferner wird gefordert die Einführung einer Pensions- und einer Kranken-Unterstützungslasse, endlich die Freigabe des 1. Mai.

## Sociales.

**Die Errichtung einer Arbeiterkammer** hat unser Genosse Stolten in der Hamburgischen Bürgererschaft beantragt. Zur Begründung verwies Stolten darauf, daß in Hamburg die Großkaufleute in der Handelskammer, die Gewerbetreibenden in der Gewerbekammer und die Detailisten in der kürzlich geschaffenen Detaillistenkammer eine öffentlich rechtliche Vertretung habe. Nur die Arbeiter, der weitens größte Berufsstand Hamburgs, ermangele bis jetzt einer solchen.

Nachdem Stolten die Aufgabe einer solchen Arbeiterkammer auf dem Gebiete der Erforschung der sozialen Zustände, der Begünstigung sozialpolitischer Maßregeln, der Arbeitsvermittlung beleuchtet, schloß sich ihm der Antifemist Schad an, der gleichzeitig die Errichtung einer Kammer für Handlungsgehilfen beantragte. Die weitere Debatte wurde vertagt.

**Kommunalisierung öffentlicher Dienste durch Weich.** Der italienische Minister Giolitti wird der Kammer einen Gesetzentwurf unterbreiten betreffend die Kommunalisierung öffentlicher Dienste und Industriezweige. Der Entwurf definiert den Begriff der öffentlichen Dienste und die Organisation der Kommunalisierung solcher. Ferner enthält er Anweisungen, in welcher Weise die Gemeinden bei der Beschäftigung vorzugehen haben. Sodann folgt die Ausführung einer Reihe von Industrie- und öffentlichen Diensten, welche sich zur Kommunalisierung besonders eignen.

## Aus der Frauenbewegung.

**Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein Niddorf** hielt am 3. d. M. seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor sehr zahlreich erschienenen Mitgliedern hielt Naturärztin Frau Fiedel einen sehr lehrreichen Vortrag über: „Krankheiten der Frau vor und während der Ehe“. Der Vortrag wurde durch viele Abbildungen unterstützt. Reichlich Beifall kennzeichnete das rege Interesse, welches alle bis zum Schluß festsetzte. Diskussion fand nicht statt. In Vereinsangelegenheiten sprachen mehrere Mitglieder nach einander über das am 15. Februar bei Mercier, Steinmeyerstraße 113, stattfindende Maskenfest.

**Von den bürgerlichen Frauen** werden nächste Woche zwei Versammlungen veranstaltet. Montag, den 10. Februar spricht Frau Käthe Schirmer in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57, über das Thema: „Warum protestieren die Frauen gegen die Reglementierung der Prostitution.“

Wittmoos, den 12. Februar wird der neugegründete Verein für Frauenstimmrecht im Industriegebäude, Benntstraße 19/20 eine öffentliche Versammlung abhalten, in der verschiedene Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung Ansprachen halten werden.

## Versammlungen.

**Lohnbewegung der Kleber (Tapezierer).** Am Donnerstag lagte in der Inselstraße 10 eine öffentliche Versammlung der Kleber, welche die lokale Organisation dieses Berufs einberufen hatte. Es waren etwa 100 Personen anwesend, darunter eine kleine Zahl von Mitgliedern des Tapezierer-Verbandes. Den Anlaß, daß eine Lohnbewegung der Kleber in Aussicht genommen ist, bot die seitens der Unternehmer erfolgte Kündigung des von ihnen mit dem Tapezierer-Verbande nach dem Streik im Jahre 1900 vereinbarten Kleberariffs. Bezüglich der Organisation der geplanten Lohnbewegung sind Differenzen ausgebrochen zwischen dem Verbande der Tapezierer und dem Kleberverein. Nach den in der Versammlung zwischen den Vertretern der beiden Organisationen gepflogenen Erörterungen haben diese Differenzen folgende Ursache: In einer kürzlich stattgefundenen Sitzung von Vertretern des Klebervereins einerseits und der Klebersektion im Tapeziererverbande sowie der Verbandsektion andererseits ist ein gemeinsames Vorgehen in der Lohnbewegung besprochen, und, wie seitens des Verbandes behauptet wird, auch vereinbart worden. Diese Vereinbarungen sollen nun nach Auffassung der Verbandsektion durchbrochen sein, indem der Kleberverein selbständig eine Ver-

lung zur Beschlußfassung über die Lohnbewegung einberief. Die Vertreter des Klebervereins behaupten dagegen, sie hätten in jener Sitzung nur ihre persönliche Meinung vertreten, aber keine bindende Beschlüsse gemacht, und die am 31. Januar abgehaltene Generalversammlung des Klebervereins habe sich dahin entschieden, daß die Verbandsleitung in der Lohnbewegung der Kleber nicht mitzuwirken habe, da der Verband in der Kleberarbeit aus Postierern und Dekorateur besteht, die Leitung der Lohnbewegung aber in den Händen der Kleber liegen müsse. — Was die Lohnbewegung selbst anbetrifft, so führte Strasser aus: Eine vom 1. bis 4. Februar vorgenommene Kontrolle der Bauten in Berlin und Umgegend habe ergeben, daß die Konjunktur für die Kleber durchaus günstig liege, und es deshalb an der Zeit sei, in eine Bewegung einzutreten für die Aufrechterhaltung des im Jahre 1900 errungenen Tarifs, der seiner Zeit von 195 Unternehmern durch Unterschrift anerkannt worden ist, aber nicht mehr innegehalten wird. — Ueber dieses Ziel der Lohnbewegung sind Verbands- sowie Vereinsmitglieder vollkommen einig. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur insofern, als der Kleberverein verlangt, daß Sonnabends eine Stunde früher Feierabend gemacht, die Zeit aber voll bezahlt werden soll, während der Verband diese Forderung nicht glaubt vertreten zu können. — Die Versammlung beschloß: In Anbetracht der durch die Baukontrolle festgestellten günstigen Konjunktur und da die Errungenschaften des Jahres 1900 größtenteils wieder verloren gegangen sind, ist dem Tarif von 1900 unbedingt wieder Geltung zu verschaffen. Wo der Tarif nicht innegehalten wird, sind die Forderungen nach dieser Richtung zu stellen, eventuell ist in den Abwechselfällen einzutreten. Die Forderung: Verzählung der Stunde, die am Sonnabend weniger gearbeitet wird, ist ebenfalls im Tarif anzunehmen. — Die anwesenden Verbandsmitglieder enthielten sich der Abstimmung. — In die Lohnkommission wurden gewählt: Strasser, Ueffem, Davids, Winkler, Schulz.

**In der Generalversammlung der Buchbinder,** die am 29. Januar abgehalten wurde, erstattete Präsident den Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung, die öfter in Unterhandlungen treten nicht mit dem Unternehmertum, welches sich die stante Geschäftszeit zu Ruhe machen wollte, um die im vorjährigen Lohnkampf erzielten Errungenschaften teilweise wieder rückgängig zu machen. In vielen Fällen gelang es, die errungenen Vorteile zu erhalten. Leider ist ein Verlust in der Mittelführerzahl eingetreten, der sich teilweise durch die Gründung des Fortschrittsverbands erklärt. Die Centralasse hatte zu verzeichnen 45 224,25 M. in Einnahme und Ausgabe, wobei auf Arbeitslosen-Unterstützung 13 110,85 M. entfielen. Die Einnahme der Lokallasse betrug 11 838,34, die Ausgabe 9817,16 M., so daß ein Bestand von 2019,18 M. bleibt. Der aus dem ehemaligen Widerstandsfonds gebildete Ertragsfond stand zu Buch mit 8206,09 M., wovon 580,45 M. hauptsächlich für Streikunterstützung verausgabt sind und somit ein Ueberschuß von 7625,64 M. verbleibt. Zum Bevollmächtigten der Zahlstelle wurde Präsident mit fast zweidrittel Majorität gewählt. Die übrigen Wahlen zur Ortsverwaltung, der Revisoren, der Bibliothekscommission und der Unterkassierer vollzogen sich ruhig und glatt in dem durch die Geschäftsordnung gezogenen Rahmen. Mehrere Anträge der Ortsverwaltung wurden angenommen und der einzustellenden Listensührer betreffende der vorgerückten Zeit halber auf die Tagesordnung der bis zum 13. Februar vertagten Generalversammlung gesetzt.

**Der Verband der Portefeuerer** hielt am 21. Januar seine Generalversammlung ab. O. Heinke erstattete den Bericht von der Konferenz in Frankfurt a. M. und empfahl am Schluß seiner Rede, den dort gefaßten Anträgen zuzustimmen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung (Anträge zur Urabstimmung) nahm J. Hennig das Wort und legte einen Antrag der Zahlstelle Berlin vor, vom 1. April ab ein Einkreisgeld von 30 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder zu erheben. Dasselbe soll am Orte bleiben. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Alsdann legte Hennig dar, wie notwendig die Einstellung eines Vertrags-erhebbers sei. Es soll über diese Frage eine Urabstimmung für die Zahlstelle Berlin stattfinden. Zur Fällung der Stimmen werde eine Kommission von drei Kollegen gewählt. Nach dem Bericht des Kassierers Gaudes betrug die Einnahme 1 670,02 M., die Ausgabe 1 075,61 M., bleibt ein Bestand von 594,41 M. Sodann folgte der Bericht der Agitationskommission und des Kassierers derselben. Dann gab Sieke den Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission. Es waren 30 Arbeitslose zu verzeichnen, von denen nur 8 in Arbeit gebracht werden konnten. Die Wahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Resultat: Erster Bevollmächtigter wurde J. Hennig, zweiter C. Müller, erster Kassierer G. Gaudes, zweiter J. Braun, erster Schriftführer Ledewig, zweiter Baumgart, Weißiger wurden die Kollegen Häcker, Holz und Seeger. Als Revisoren wurden Strede und Weich gewählt worden. Da Baumgart Mitglied der Arbeitsnachweis-Kommission gewesen ist, so wurde an seiner Stelle Ernst gewählt.

**Der Verband des Massage-, Bade- und Krankenpflege-Personals** hielt am 5. Februar in den Johannistagen eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Die Versammlung beschloß sich u. a. mit dem Resultat der jüngsten Reichstagsdebatten über die Lage des Krankenpflege-Personals. Alle Redner waren der Ansicht, daß jezt mit aller Kraft agitiert werden möge, damit auch in den hartgeprüften Schichten der Krankenpfleger der Geist des Denkens und der Aufrichtung einzieht und auch die Krankenpfleger eine Kerna-truppe in der Klassenbewegung Arbeiterkraft sein mögen. Es wurde ein Antrag angenommen, in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung einzuberufen und sofort zwei Flugblätter herauszugeben — eines an die Berufskollegen und eines an die arbeitende Bevölkerung Berlins. Hierauf hielt Schmidt noch einen interessanten Vortrag über „Bau und Einrichtung des menschlichen Körpers“.

**Schöneberg.** Der sozialdemokratische Wahlverein für Schöneberg hielt am 21. Januar seine Generalversammlung bei Ost ab. — Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Leonhard Pfeiffer in der üblichen Weise. — Hierauf sprach Reichstags-Abgeordneter Rajenow über „die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und Bekämpfung“. An der Diskussion über den beifällig aufgenommenen Vortrag beteiligten sich einige Genossen im Sinne des Referats. — Hierauf gab der Kassierer den Rechenbericht. Die Einnahme betrug 32,08 M., die Ausgabe 276,17 M., worunter 162,88 M. von den Beiträgen an den Central-Wahlverein abgeliefert wurden. — Aufgenommen wurden 11 Mitglieder. Hierauf gab der Parteisekretär den Bericht von der Parteipetition.

**Schwargendorf.** In der Generalversammlung des Wahlvereins berichtete der Vorsitzende, daß im letzten Quartal 5 Versammlungen und 2 Flugblatt-Verbreitungen stattgefunden haben. Der Mitgliederstand betrug am Beginn des Quartals 32, am Schluß desselben 36. Der Rechenbericht wies eine Einnahme von 42,36 M. und eine Ausgabe von 52,86 M., mithin ein Defizit von 10,50 M. auf. Zu Revisoren wurden die Genossen Peese, Aug. Schulae, Red. Dietrich, Nothe und M. Schulte gewählt.

**Niddorf.** Hier fand am 3. Februar eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, in welcher Bieweg über das Thema: „Was lernen wir von den Unternehmern während der Krise?“ referierte. Nach Beendigung des mit Beifall aufgenommenen Vortrages gab Bieweg den Bericht der Arbeiter-Beisitzer vom Gewerkegericht. Eine Diskussion fand nicht statt. Da die beiden Beisitzer der Metallarbeiter mit ausgelost sind, wurden Bieweg und Richter als Kandidaten nominiert.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 9. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Aula der W. Gemeindefabrik, Kleine Frankfurterstraße 6: Versammlung „Freireligiöse Bewegung“. Um 10 1/2 Uhr vormittags, ebenfalls: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Biele: „Das christliche Abendmahl“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 7. Februar 1902.

An der Börse hat die Scenerie wieder mal gewechselt; die Schwächere Haltung am Donnerstag voriger Woche wurde am Freitag wiederum durch eine kleine Hauffe abgelöst. So unsicher zur Zeit auch noch die Ausichten für eine baldige Beendigung des südafrikanischen Krieges sind, und so reichlich andererseits in dem jetzigen hohen Kursstand der südafrikanischen Mineralien schon vorweg die Wirkung eskomptiert ist, die eine Rückkehr völlig geordneter Zustände in Transvaal auf die Minenausbauung haben dürfte, weckte doch die Zuversicht eines baldigen Friedensschlusses, verstärkt durch günstige Berichte über zunehmende Befestigung des Londoner Marktes, eine optimistische Stimmung und Spekulationslust, welche die wenig anregenden Berichte über die industrielle Lage ignorierte und zu größeren Meinungs- und Deduktionsläufen Anlaß gab. Speziell äußerte sich die günstige Beurteilung des Standes der südafrikanischen Verhältnisse in einer Steigerung der Aktien der Transvaalbahn und des Dynamitwerks; doch blieb sie auch auf den Rentenmarkt nicht ohne Einfluß, der ohnehin durch die Wiener Meldung stimuliert wurde, daß eine Konversion der 4 1/2-prozentigen ungarischen Anleihen im Betrage von 550 Millionen Gulden bevorstehe. Selbst die Montanwerte (vornehmlich Güttenaktien) erfuhren teils infolge der allgemeinen optimistischen Auffassung der Wirtschaftslage, teils infolge der Nachricht, daß das Zustandekommen eines der Gesamtinteressen im rheinisch-westfälischen Distrikt, in Ober-Sachsen und Süddeutschland umschließenden Feinblech-Syndikats gesichert sei, ziemlich Kurssteigerungen, die Aktien der Laurahütte gingen z. B. um 1,85 Proz., Dortmund Union um 0,85 Proz., Bochumer Gußstahl um 2,5 Proz. in die Höhe.

Dasselbe Spiel boten der Sonnabend und der Montag, wenn sich auch die Steigerungen in weit bescheideneren Grenzen hielten. Zunächst zeigte sich am Sonnabend wenig Unternehmungslust, später aber zogen die Kurse der Montanwerte leicht an. Die Nachfrage nach Kohlenaktien wurde damit motiviert, daß länger anhaltendes Frostwetter zu erwarten sei und dieses die Kohlendorräte vermindern helfen werde. Als am Montag sich diese Erwartungen als wenig begründet erwiesen und zugleich die Berichte über die unglückliche Lage des Anstaltensmarktes sich mehrt, trat indes erneut eine Abschwächung der Haltung der Kohlenaktienmärkte ein, die zu verschiedenen Abschlüssen führte. Dagegen vermochten Bankaktien am Montag auf die mit Bestimmtheit auftretenden Meldungen einer bevorstehenden Konversion der 4 1/2-prozentigen ungarischen Staatsanleihen durch die Oesterreichische Boden-Kreditanstalt ihren Kursstand durchweg etwas zu erhöhen; die österreichischen Kreditaktien setzten sofort um 3 Proz. höher ein und fanden zum Schluß auf 215,40 Proz. Stimuliert wurde die Kaufkraft zudem durch die angeblichen Ausichten auf einen baldigen Friedensschluß zwischen England und den Boererepubliken. Transvaal-Aktien stiegen wieder um ca. 4 Proz., auf 178,25, Dynamite-Trust-Shares um 3 1/2 Proz., auf 175,50.

Der Dienstag brachte gegenüber der Ausspannung der vorhergehenden Tage wieder eine Abschwächung, teilweise infolge der schwachen Haltung der Londoner Stock-Exchange und des dortigen Rückganges der Mineralien, teilweise infolge pessimistischer Gerüchte aus dem ober-sächsischen und rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die die Realoffenlegung auspostierten. Die Montanpreise setzten vielfach niedriger ein und gaben später weiter nach; auch die Aktien der einheimischen Banken tendierten im ganzen nach unten; die Aktien der Nationalbank gingen sogar zeitweilig um mehrere Prozente zurück.

Auf die Abspannung folgte am Mittwoch und Donnerstag ein erneutes Anziehen der Kurse, vornehmlich der Bankaktien, veranlaßt durch weitere Käufe der zünftigen Spekulation, die von der ungarischen Rentenkonversion allem Anschein nach einen geschäftlich vorteilhaften Einfluß auf jene deutschen Banken erwartet, die zu der Wiener Hofbank in engerer Verbindung stehen, besonders erfuhren, abgesehen von den österreichischen Kreditaktien, Disconto-Kommanditanteile eine wesentliche Steigerung. Diese feste Sentimentalität, der die höheren Notierungen für Mineralwerte an der Londoner Börse eine weitere Stütze lieferten, erstreckte sich auch auf Montanwerte, die zwar nicht einheitlich stiegen, teilweise, wie z. B. die Aktien der Dortmund Union, sogar gestern Abschlüsse erlitten, im ganzen aber nicht unbedeutend in die Höhe gingen, so beispielsweise Laurahütte-Aktien stiegen um 2,50 Proz., Sarpener um 1,15 Proz. und die der Zeche Konsolidation gar um 7 Proz., und zwar auf die Nachricht hin, daß die Dividendenausschüttung von 25 Proz. überzähren und sich die Dividende wahrscheinlich auf 27 oder 28 Proz. stellen werde; ein Vorgang, der recht charakteristisch für die an der Börse vorherrschende optimistische Stimmung ist, denn erstens ist der Kursstand überhaupt schon ein relativ hoher (der Kurs stellte sich gestern auf 208 Proz.), und zweitens besteht keinerlei Aussicht, daß im laufenden Jahr das Geschäftsergebnis auch nur ein annähernd gleich günstiges sein wird, wie das des Vorjahres, das in seinen drei ersten Quartalen bei dem hohen Stand der damaligen Kohlenpreise außerordentlich hohe Erträge geliefert hat.

Heute folgte auf diese feste Tendenz der letzten Tage wieder eine gewisse mäßige Abschwächung, speziell des Bank- und Montanaktienmarktes. Die Aktien der Zeche Konsolidation setzten um ca. 2 Proz. niedriger ein, erholten sich zwar später wieder, aber erreichten doch nicht das gestrige Niveau. Auch verschiedene andere Montanwerte erfuhren Abschlüsse.

Das Gesamtergebnis des Börsenverkehrs in der abgelaufenen Berichtswoch ist trotz der zeitweiligen Abschwächung eine allgemeine weitere Steigerung der Kurse, vornehmlich bewirkt durch die bevorstehende ungarische Rentenkonversion und die durch die holländischen Friedensvermittlungs-Vorschläge erweckte Erwartung einer baldigen Beendigung des südafrikanischen Krieges, die den Spekulationskreisen die zu ihren Operationen nötige optimistische Stimmung lieferte. Entschärfend ist zweifellos dieser Einfluß der Friedensausichten auf die Auffassung der Wirtschaftslage, steht doch nach Beendigung des Krieges nicht nur ein weiterer Aufschwung der südafrikanischen Minen-Industrie zu erwarten, sondern auch die finanzielle und industrielle Erholung Englands von dem Druck der letzten Jahre; immerhin muß hervorzuheben werden, daß das Spiel in Mineralien, das die holländischen Friedensvorschläge entfacht haben, und die kurzsteigende Wirkung, die dieses Spiel weiterhin auf die Transvaalbahn- und Dynamit-Aktien sowie einen großen Teil des Rentenmarktes auszuüben beginnt, schwere Gefahren in sich schließt. Wenn schon die holländischen Auerbietungen und der Vortritt des englischen Ablehnungsschreibens derartige Auerbietungen veranlassen, was soll dann später werden, wenn die Bemühungen zur Herbeiführung des Friedensabschlusses Erfolg haben? Die Gefahr einer neuen Ueberproduktion mit nachhaltigen, das gesamte Wirtschaftsleben bedrohenden Rückschlägen erscheint, falls diese Spekulationslust in gleicher Weise ihren Fortgang nimmt, fast unvermeidlich.

Von den Beschlüssen der New Yorker Reder-Konferenz ist Sideres noch immer nicht bekannt. Zwar verschiedene Blätter von einer Heraushebung der Frachttarife, speziell für Getreide und Mehl, zu berichten; aber die angegebenen Frachttarife weichen derartig von einander ab, daß ihnen offensichtlich nichts als bloße Vermutungen zu Grunde liegen. Zudem fehlt über den Umfang der Festsetzungen und den Kreis der Dampferlinien, die sich dem Kartell angegeschlossen haben, jede zuverlässige Nachricht. Während zum Beispiel das Berliner Tageblatt meldet, daß die Minimaltarife für Passagierpreise erst später bestimmt werden sollen, weiß das Liverpooler Journal of Commerce zu berichten, daß die Fahrpreise für Zwischendeckpassagiere unverändert gelassen, für Passagiere erster und zweiter Kajüte aber stufenweise um 15-50 Proz. erhöht worden

seien; und von dritter Seite wieder wird behauptet, daß die Regelung der Passagierpreise späterer Vereinbarung vorbehalten geblieben sei und es sich vorläufig hauptsächlich darum gehandelt hätte, die Konkurrenz der nicht den großen Dampferlinien angehörenden und nicht regelmäßig fahrenden sogenannten „wilden“ Dampfer lahm zu legen, d. h. ihnen die Zufuhr und die Frachtaufträge seitens der vom Morgan-Syndikat kontrollierten Eisenbahnen abzuschneiden.

Das letztere im wesentlichen richtig ist, darf man als sicher annehmen, ebenso daß für verschiedene Frachttarife Mindestsätze festgelegt sind oder noch festgelegt werden sollen. Doch umfassen alle diese Bestimmungen sicherlich nicht die ganze Konvention, wahrscheinlich nicht mal den wichtigsten Teil derselben. So ist z. B. wohl zweifellos, daß wenn die vom Morgan-Syndikat beherrschten Eisenbahnen darauf verzichten, den „wilden“ Dampfern trotz deren billigeren Frachttarife keine Transporte zu übermitteln, sie dafür andererseits von dem Schiffslartell Gegenkonzeptionen beanspruchen werden; bloß um den Dampferlinien gefällig zu sein, werden sich die Bahnen schwerlich derartige Beschränkungen auferlegen. Ob die Gesamtvereinbarungen überhaupt veröffentlicht werden, erscheint recht zweifelhaft. Es liegt nicht im Interesse der Beteiligten, sich allzu tief in die Karten blicken zu lassen, und so wird man sich seitens der Linien wahrscheinlich darauf beschränken, nur das zu veröffentlichen, was ohnehin bald bekannt werden würde, also den Teil der Beschlüsse, die die Veränderung der einzelnen Frachttarife, der Abgangszeiten etc. betrifft, den übrigen interessanteren Teil der Abmachungen aber demotiviert zu verhalten.

Der Treiberprozeß, der sich augenblicklich in Kassel abspielt, ist noch nicht zu Ende, und ich möchte mir vorbehalten, wenn das Urteil gesprochen ist, nochmals auf einige seiner Lehren zurückzukommen; nur auf eine Thatsache, die schon die ersten Tage des Prozesses auf neue beweisen haben, möchte ich hinweisen: auf die absolute Unzulänglichkeit der Institution der Aufsichtsräte. Man braucht die Versicherungen der Herren, die im Aufsichtsrat der Treiber-Gesellschaft saßen und jährlich 40 000, 60 000, 80 000 M. und mehr als Lantienen einbrachten, daß sie um die sauberen Manipulationen des Direktors Schmidt nichts gewußt haben, nicht allzu ernst zu nehmen. Manche dieser Manipulationen waren derartige, daß einem Menschen, der nicht ein unheilbarer Trottel ist, unbedingt Bedenken über die Begründungen und die Geschäftsführung auffliegen mußten; und überdies haben die Herren, voran der unglücksvolle Vorsitzende mit dem ominösen Namen Hermann Sumpf, später bei den Vertuschungs- und Verschleiernungsversuchen förmlich mitgewirkt; aber im ganzen zeigt sich trotz alledem, daß der Aufsichtsrat kaum mehr als der Dupe des Direktors war, der völlig autokratisch nach seinem Belieben verfuhr und dem Aufsichtsrat nur einen Entwurf der Geschäftsberichte vorlas, den dieser, ohne ihn zu verstehen, gedankenlos anordnete und unterschrieb. Charakteristisch ist, daß Herr Hermann Sumpf, obgleich er zugleich Aufsichtsrat der ungarischen Tochtergesellschaft der Treiber-Produktions-Aktiengesellschaft war, weder wußte, mit welchem Kapital diese Aktiengesellschaft gegründet worden war, noch welche Garantien die Muttergesellschaft ihr gegenüber übernommen hatte, noch welche Erträge und Dividenden sie abgeworfen hatte. Er ist, um sich nicht anzustrengen, nie zu einer Direktionsfunktion hingereift, hat sich auch nie um Geschäftliches gekümmert; er hatte nur bei Schmidt durchgesetzt, zum Aufsichtsrat ernannt zu werden, um neben der andern auch mitleidig diese Lantienen einzuspenden.

Diese Reuezeichnung des Gebahrens der Herren soll nicht zu ihrer Entschuldigung dienen; sie verdienen keine Schonung, denn sie zählen zu jener Sorte der Aufsichtsräte, die es lediglich um die fetten Lantienen zu thun ist, und die, wenn diese Lantienen hoch ausfallen, nicht nur nichts zu sehen vermögen, sondern die auch nichts sehen wollen. Es handelt sich vielmehr nur um eine wiederholte Konstatierung der alten Thatsache, daß heute der Aufsichtsrat in den meisten Fällen nicht mehr als ein Deklarationsstempel ist, oft sogar nicht mehr als ein Ausschüßschild, hinter dem um so ungenierter das saubere Geschäft betrieben werden kann. Tat.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Ueber die Politik der Socialdemokratie wird Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Diermeier am Dienstagabend 8 1/2 Uhr in einer im Aroupringen-Zelt (Zelt Nr. 1) stattfindenden Wahlvereins-Versammlung des ersten Kreises sprechen. Nach vielen Jahren ist dies die erste Versammlung, die wieder in den Zelten stattfindet. Man agitiere für guten Besuch.

Flugblattverbreitung in Spandau. Die Parteigenossen werden aufgefordert, zu der Flugblattverbreitung morgen (Sonntag) früh 7 1/2 Uhr in den bekannten Bezirktlokalen pünktlich und recht zahlreich anzutreten!

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält heute abend bei Franz, Grünauerstr. 5, seine regelmäßige Versammlung ab.

Achtung! Charlottenburg! Auf Freitag, den 14. d. M., ist die Erstausswahl im IV. Bezirk für den Genossen Widler angesetzt. Seitens der Partei ist Genosse Wilhelm Widler als Kandidat aufgestellt. Zur Einleitung der Agitation findet am nächsten Sonntag eine Flugblattverteilung statt. Die Genossen, auch der übrigen Bezirke, werden dringend aufgefordert, dabei behilflich zu sein und sich zu diesem Zwecke am Sonntagmorgen bei Dörre, Wallstr. 90, einzufinden.

Weiskene. Die Genossen werden hierdurch nochmals auf die am Montag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Charlottenburgerstraße 160 stattfindende Kommunalwähler-Versammlung hingewiesen. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Genossen Borgmann-Berlin, und die Aufstellung der Kandidaten zu den Gemeindevorordnetenwahlen, welche im März stattfinden.

Treptow, Baumschulweg. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zum Zweck einer Flugblattverbreitung am Sonntag früh, 8 1/2 Uhr bei Staßfeld, Baumschulweg 84-85, recht zahlreich einzufinden.

Friedrichsfelde-Karlshorst-Maldorf. Die Mitglieder des Wahlvereins werden auf die am Dienstagabend 8 1/2 Uhr bei Haberland, Mühlstr. 88, stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht. Kamentlich sollten die Karlshorster und Maldorfer Parteigenossen geschloßen erscheinen. Der Referent Obst-Schöneberg hält einen Vortrag über die Landgemeindevorordnetenwahl, auch erfolgt in der Versammlung die Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevorwahl.

lokales.

Die Arbeitslosenzählung.

Schon gestern sagten wir, daß die Verarbeitung des Materials um so schneller von Hatten geht, als die Mitarbeiter sich einarbeiten. In welchem Maße allein durch die Uebung die Arbeit gefördert wird, zeigt der Umstand, daß das Zählbureau am Donnerstag dreimal so viel fertiggestellt hat, als an jedem der vorhergehenden Tage. Eine Vorstellung von dem gewaltigen Umfange des zu bearbeitenden Materials erhält man, wenn man erfährt, daß allein aus der Schönhauser Vorstadt bis jetzt 17 450 Zählkarten mit 26 400 ausgefüllten Feldern eingegangen sind. Der vierte Wahlkreis Osten hat bisher 22 000 Karten mit 34 000 Ausfüllungen geliefert, und der vierte Wahlkreis Südosten faubte bis jetzt 25 000 Karten mit 42 000 Ausfüllungen ein. Die Anzahl der einlaufenden Karten

wird nicht durch Zählung, sondern durch Messung nach der Anweisung eines beauftragten Statistikers ermittelt. Die vorstehend mitgeteilten Resultate sind keineswegs abgeschlossen, denn es läuft immer noch aus allen Kreisen Material ein. Kochmals sei bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht, daß das Bureau die Einlieferung des noch ausstehenden Materials dringend wünscht, damit die Arbeiten bezügliche abgeschlossen werden können.

Während die Zählung nach den vorstehenden Gruppen fortgesetzt wird, soll schon jetzt ein zweiter Saal als Zählbureau eingerichtet werden, wo die Feststellung der Dauer der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsbeschränkung sowie die Berufsangehörigkeit der Arbeitslosen vorgenommen wird.

Das Ergebnis der Arbeitslosenzählung, welche von der Berliner Gewerkschaftskommission am 1. Februar veranstaltet worden ist, konnte bis zum gestrigen Abend nur teilweise fertiggestellt werden. Die Zählung hat reichstagswahlkreisweise stattgefunden, die folgende Resultate hatte:

Table with 3 columns: Category, Count, and Amount. I. Reichstags-Wahlkreis. a) Haushaltungs-Vorstände. Arbeitslos 818 Männer, 53 Frauen. Beschränkter Erwerb 290 33. Krank, daher erwerbsunfähig 180 63. b) Nicht-Haushaltungs-Vorstände. Arbeitslos 376 Männer, 90 Frauen. Beschränkter Erwerb 93 87. Krank, daher erwerbsunfähig 34 27.

Table with 3 columns: Category, Count, and Amount. III. Reichstags-Wahlkreis. a) Haushaltungs-Vorstände. Arbeitslos 1293 Männer, 192 Frauen. Beschränkter Erwerb 1850 165. Krank, daher erwerbsunfähig 446 129. b) Nicht-Haushaltungs-Vorstände. Arbeitslos 1395 Männer, 370 Frauen. Beschränkter Erwerb 617 248. Krank, daher erwerbsunfähig 161 108.

Table with 3 columns: Category, Count, and Amount. IV. Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost). a) Haushaltungs-Vorstände. Arbeitslos 3190 Männer, 495 Frauen. Beschränkter Erwerb 3498 354. Krank, daher erwerbsunfähig 1108 297. b) Nicht-Haushaltungs-Vorstände. Arbeitslos 1988 Männer, 838 Frauen. Beschränkter Erwerb 1065 689. Krank, daher erwerbsunfähig 248 244.

Hiernach sind in diesen drei Wahlkreisen zusammen zur Zeit 8525 Männer und 2088 Frauen, im ganzen 10 613 Personen arbeitslos, einen beschränkten Tageserwerb haben 6883 Männer und 1526 Frauen, im ganzen 8 409 Personen, durch Krankheit erwerbsunfähig sind 2187 Männer und 868 Frauen, zusammen 3055 Personen.

Die Mißstände im städtischen Obdach.

die der „Vorwärts“ im Herbst aufgedeckt hat, werden in dem kürzlich an die Stadtverordneten-Versammlung gelangten Entwurf des Obdachetats für 1902 berührt — allerdings nur mit wenigen, vorzüglich andeutenden Worten.

Die Zahl der Hausdiener soll um 6 vermehrt werden, außerdem sollen weitere 6 für die Wintermonate als Ausschüßkräfte beschäftigt werden. In den Erklärungen des Etatsentwurfes wird hierzu bemerkt: „Die Beschäftigung von Kalkfaktoren hat vielfach zu Inzuträglichkeiten geführt, so daß wir genötigt sind, die Kalkfaktoren nach und nach ganz zu beseitigen und durch Hausdiener zu ersetzen.“ Diese Maßregel, die nach dem bekannten Fall Hoffmann vom Obdachlucatorium beschlossen wurde, ist mit Freuden zu begrüßen. Freilich wird aber die bloße Ersetzung der aus den Reihen der Obdachlosen selber entnommenen Kalkfaktoren durch Hausdiener noch nicht sämtliche „Inzuträglichkeiten“ beseitigen. Die Untersuchung, die aus Anlaß des Falles Hoffmann vom Magistrat geführt worden ist, hat mit Bezug auf einige der Obdachdiener ergeben, daß auch sie sehr viel zu wünschen übrig lassen. Die Bekundungen des Genossen Hoffmann über die Erfahrungen, die er bei seinem Besuch des Obdachs mit den Hausdienern gemacht hat, sind in allem Wesentlichen als zutreffend nachgewiesen worden. Unter anderem ist hierbei endlich einmal unabweislich festgestellt worden, daß im städtischen Obdach im Verkehr mit den Obdachlosen gelegentlich, wie im Fall Hoffmann, auch der Gummischlauch eine Rolle gespielt hat. Das Vorhandensein von Gummischläuchen war schon früher behauptet, aber von dem Obdachpersonal in Abrede gestellt worden.

An einer andern Stelle des Etatsentwurfes wird zu einer Mehrforderung bemerkt, daß „Künftig für den Vorraum ein stärkerer Gebrauch von Handtüchern beabsichtigt“ ist und infolgedessen die Mehranschaffung von 500 Stück vorgelesen ist. Daß Handtücher vielfach gefehlt haben, ist seiner Zeit im „Vorwärts“ mitgeteilt worden. Es wurde zunächst bestritten, die Inspektion hat es aber hinterher dem die Untersuchung führenden Registrationsassessor zugeben müssen. Infolge dieses Geständnisses hat das Obdachlucatorium Ende Oktober beschlossen, Handtücher „in ausreichender Menge“ zu beschaffen.

Eine Mehrforderung für Beseitigung des Ungeziefers (Matten, Wangen) wird in dem Etatsentwurf mit der Notwendigkeit einer „gründlichen Säuberung des Obdachs“ begründet. Auch dieser im Oktober vom Obdachlucatorium gefaßte Beschluß ist eine Folge der Veröffentlichungen des „Vorwärts“ und der dadurch veranlaßten Untersuchung. Der damals in der Presse auf Grund von Informationen aus dem Obdach gemachte Versuch, die Mattenfrage abzustreiten, erfuhr schon am nächsten Tage eine drastische Widerlegung durch eine gut ausgewachsene — Matte, die dem die Untersuchung führenden Registrationsassessor selber über den Weg lief, als er im Obdach erschien.

Von andern Mißständen, die im „Vorwärts“ behauptet und durch die Untersuchung erwiesen worden sind, Schweigt der Etatsentwurf. Bei den meisten werden allerdings durch ihre Beseitigung keine oder nur geringe Mehrausgaben verursacht, so daß zu erläuternden Bemerkungen im Etatsentwurf kein Anlaß vorliegt.

Berliner Brotpreise im Jahre 1901. Das Statistische Amt der Stadt Berlin hat zur Ermittlung der Bewegung der Berliner Brotpreise auch im Jahre 1901 regelmäßige Anläufe in einer größeren Zahl (34) Bäckereien gemacht und hat dabei die folgenden Durchschnittspreise gefunden. Das Kilogramm Roggenbrot kostete in Pfennigen: im Januar 24,07, im Februar 24,18, im März 24,12, im April 24,13, im Mai 24,31, im Juni 24,24, im Juli 24,50, im August 24,50, im September 24,24, im Oktober 24,23, im November 24,12, im Dezember 24,11. Das Kilogramm Weizenbrot kostete in Pfennigen: im Januar 41,19, im Februar 41,00, im März 41,47, im April 41,39, im Mai 41,00, im Juni 41,44, im Juli 41,83, im August 41,93, im September 41,89, im Oktober 41,44, im November 41,86, im

Dezember 41,35. Der Durchschnitt des ganzen Jahres 1901 stellte sich hiernach für das Kilogramm Roggenbrot auf 24,23 Pfennig, für das Kilogramm Weizenbrot auf 41,43 Pfennig, während in den Jahren 1900 und 1899 für Roggenbrot 23,96 und 24,31 Pfennig, für Weizenbrot 41,33 und 41,70 Pfennig ermittelt worden war.

**Zur Luftballon-Katastrophe.** Wie in einem Brüsseler Telegramm gemeldet worden, hat die belgische Abgeordnetenkammer sich gestern mit der Katastrophe des „Person“ beschäftigt und der Justizminister von den Geurten dabei in Abrede gestellt, daß der Meteorologe Dr. Linde von den belgischen Gendarmen schlecht behandelt worden sei. Dem stehen jedoch die eigenen Versicherungen des Herrn Dr. Linde entgegen, welche derselbe zu einem ihn in Helmsfeldt ausfindenden Berichterstatter eines Berliner Blattes gehalten. Dr. Linde ließ sich über das Verhalten der belgischen Gendarmen in folgender Weise aus: „Noch ein paar Worte über das Verhalten der belgischen Gendarmen. Ich war anfangs über sie sehr ungenügend, aber ich habe meine Ansicht geändert. Sie haben mir, das Gewehr in der Hand, den Weg vertretet, sie haben mich stundenlang festgehalten ohne Arzt und ohne Speise. Erst der deutsche Konsul und der Vizekonsul, zu denen ich geschickt hatte, konnten mich befreien. Aber was sie thaten, war schließlich doch erklärlich. Daß ich keinen Arzt und keine Speise bekam, liegt an den merkwürdigen Verhältnissen von St. Annen, dem nächstgelegenen Vorort von Antwerpen, der aber zu Gent gehört. Und dann standen wir in dem Verdacht der Spionage. Antwerpen ist eine große Festung. Mit unsren Papieren, die ich ohne Rücksicht ausgeliefert hatte, wußten die Leute nichts anzufangen. Mich insbesondere hielten sie für einen Geographen, der Aufnahmen gemacht hätte. Kurz und gut, ihre feindselige Haltung ist erklärlich. Dazu war ihr Benehmen hinterlistig von der ausgefuchtesten Lebenswürdigkeit. Wie ich übrigens höre, soll der Vorfall in Antwerpen sehr peinlich empfunden worden sein. Ich habe es abgelehnt, irgend welche Beschwerde über die Leute einzulegen oder gar einen Strafantrag gegen sie zu stellen.“ Wir wissen nicht, ob das Verhalten des Herrn Dr. Linde völlig korrekt war. Wenn ein Deutscher sich über Unzulänglichkeiten vaterländischer Gendarmen nicht beschwert fühlt, dann handelt er als Patriot. Fraglich ist es aber, ob ein Deutscher auch dem ausländischen Gendarmen die gleiche Ehrerbietung entgegenzubringen hat.

**Retting des Deutschtums.** Es wird berichtet: „Wegen Beteiligung an der Demonstration gegen Professor Schiemann bzw. wegen Begünstigung polnisch-socialistischer (!) Bestrebungen hat der Senat der Universität gegen zwei weitere Studierende polnischer Junge auf Entfernung von der Universität erkannt. Außerdem sind noch drei ausländische Studierende polnischer Nationalität, welche ebenfalls an der Demonstration teilgenommen hatten, von der Landespolizeibehörde als lästige Ausländer aus dem Gebiet des preussischen Staatsverbandes verwiesen worden. — Schon früher waren wegen Beteiligung an jener Demonstration vier polnische Studenten vom Senat bestraft worden: zwei mit Entfernung, zwei mit Androhung der Entfernung und mehrtägiger Arreststrafe. Ferner war ein anderer Teilnehmer ausgewiesen worden. Es sind also insgesamt zehn polnische Studenten bestraft worden.“

Wir haben die Demonstration für bedenklich gehalten und wollen sie durchaus nicht verteidigen. Am Platz ist aber wohl die Frage, ob jene Studierenden, die wegen Anrempelung von Frauen etc. nicht selten die Anklagebank zieren, auch mit der Entfernung von der Universität bestraft werden? Die Demonstration war schlimmstenfalls eine Jugendtölpelerei, von den Taten jener Frauenprügler kann man nur mit Abscheu und Verachtung reden.

**Die Berliner Wasserfahrergesellschaft** schreibt uns zu der gestrigen Notiz über die Ueberrahme der Gepäcksräger: Die Verhandlungen befinden sich im allerersten Stadium und beziehen sich lediglich auf die Ueberrahme der Arbeiten, die bisher von den Gepäcksrägern innerhalb der Bahnhöfe ausgeführt worden sind. Die Annahme, daß es sich um eine Ausschaltung der durch die Droschken bisher besorgten Gepäcksförderung handelt, ist unzutreffend und die Befürchtung der Lohnfahrwerks-Junges demnach vollständig grundlos.

**Brennende Kaminofen.** Große Aufregung entstand gestern morgen um 8 Uhr unter den Fahrern des Straßenbahnwagens Nr. 1241 der Linie Niddorf-Premerstraße. An der Volkstraße vertheilte sich ein Brandgeruch im Wagen, und am Generalspabengebäude sah man Feuer unter den Sitzen. Die Sammler waren in Brand geraten und hatten das Innere des Wagens in dichten Rauch gehüllt. Das Publikum ließ Zeitungen und Pakete im Stich und stürzte dem Ausgange zu. Der Wagen blieb auf der Strecke stehen und wurde später abgeschoben. Verletzungen hat niemand erlitten.

**Ein unglückliches Kind.** Ein Krüppel für sein Leben wird der Knabe Erwin Pflüchlein. Unfre Leser erinnern sich gewiß der Familienkatastrophe, die sich in der Neujahrsnacht in der Dramenstraße zutrug. Ein Vater erschoss seine Kinder, seine Frau und sich selbst. Der wahre Grund der That ist nicht angeklärt worden. Der neunjährige Erwin ist der einzige Ueberlebende. Er hatte einen Säugling in den Kopf erhalten. Der Unglückliche ist im Krankenhaus am Urban so weit wieder hergestellt, daß er das Bett verlassen kann — aber völlig erblindet. Zwei andre Kinder führen ihn. Die Waisenverwaltung wird ihn später in einer Blindenanstalt unterbringen.

**Infolge einer falschen amtlichen Eintragung** ist eine Familie in Noacht beunruhigt worden. Der Fabrikant L. in der Lurhstraße ist der Vater zweier Töchter, von denen die älteste, ein 21-jähriges Mädchen, den Vornamen Henry führt. Infolge eines amtlichen Verzeichnisses, dessen Ursache jedoch noch nicht festgestellt ist, wurde in dem polizeilichen Personen-Registrier der Name Henry in Harry umgewandelt. Auf Grund dieses Vornamens wurde Fräulein H. schon im vorigen Jahre aufgeführt, sich zur Eintragung in die militärische Stammrolle auf dem Polizeibureau zu melden. Von einer zwangsweisen Vorführung der Dame wurde jedoch abgesehen, nachdem sich ein Schutzmännchen bei wiederholten Besuchen in der Wohnung des Herrn L. überzeugt hatte, daß hier ein amtliches Versehen vorliegen müsse. Die Militärbehörde scheint jedoch auf den aktiven Dienst des Fräulein Henry L. nicht verzichten zu wollen, denn dieser Tage erschien wieder ein Schutzmännchen des 75. Polizeireviere aus der Birkenstraße in der Wohnung des Fabrikanten, um den weiblichen Rekruten zu requirieren.

**Aus Noacht vor dem Gericht** ist die 21 Jahre alte Arbeiterin von Musterlarten, Emma Erdmann, verschwunden, die aus Herbst stammt und hier in der Steinstr. 11 wohnte. Das junge Mädchen hatte um Weihnacht das Elternhaus besucht, war mit Nachbarn in Streit geraten und hatte sich eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs zugezogen. In dieser Sache steht am 18. d. Mts. ein gerichtlicher Termin an. Seitdem Emma Erdmann die Vorladung in Händen hat, trug sie ein verändertes, niedergebogenes Wesen zur Schau. Am Samstagmorgen ist sie im Gehäuf in der Reuen Königstraße nicht eingetroffen. Was mit ihr vorgegangen ist, weiß niemand.

**Ein Cyper seines Berufes** ist der Postillon Schindler vom Postamt Friedrichsberg geworden. Als er gestern früh mit dem Postfuhrwerk aus dem Thorweg fuhr, stieß er mit dem Kopfe gegen die Thorwand und zwar so heftig, daß er rücklings an den Wagen fiel und bewegungslos liegen blieb. Er wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain geschafft, wo er bis jetzt noch nicht vernehmungsfähig ist. Allem Anschein nach hat er einen Bruch der Wirbelsäule davongetragen.

**Theater.** Das Schiller-Theater bereitet jetzt „König Lear“, ein Maskenspiel in vier Akten von Rudolph Lothar, vor und wird die erste Aufführung Dienstag, den 18. Februar, bringen.

**Feuerbericht.** Zahlreiche Alarmierungen hatte die Wehr wieder in der Zwischenzeit zu verzeichnen. Freitagvormittag kurz nach 9 Uhr war in einem Keller des Hauses Grüner Weg 3 der Fuß-

boden in Brand geraten, der indes in kurzer Zeit abgelöscht werden konnte. Aus demselben Grunde mußte die Wehr eine Stunde später nach der Großbeerenstr. 81 ausrücken. Donnerstag kam in der Kopenstraße 26 im Laden des Cigarrenhändlers Uhr ein Schadenfeuer aus, das einen größeren Posten Waren einscherte und die Wehr einige Zeit beschäftigte. Das angrenzende Droguengeschäft von Edelmann hat dabei durch Rauch stark gelitten, so daß namentlich die Watten und Verbandzeuge minderwertig wurden. Wohnungsbrände, die hauptsächlich Gardinen, Möbel und Kleidungsstücke beschädigten, erfolgten Schwedterstr. 25 und Dragonerstr. 8. Ein Kellerbrand mußte abends Grüner Weg 82 abgelöscht werden. Außerdem erfolgten noch Alarmierungen nach Friedrichsbergerstr. 17, Tiergartenstr. 3a und dem Botanischen Garten, die jedoch auf geringfügige Anlässe zurückzuführen waren.

**Aus den Nachbarorten.**

**Die Gemeinde Nummelsburg und die Arbeitslosigkeit.** In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung untes Vororts wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Planierung des neuen Friedhofsterrains nach Beschluß der letzten Sitzung zwar eigentlich erst in späterer Zeit geschehen sollte, da aber jetzt an der Thatsache nicht zu zweifeln wäre, daß eine große Zahl Arbeiter beschäftigungslos seien, so empfahl er die Planierung als Nothstandsarbeit sofort in Angriff zu nehmen. Die größte Mehrzahl der Vertreter stimmten diesem Vorschlag zu, und wurde beschlossen, die Arbeit ohne die bisher übliche Ausschreibung dem Unternehmer Herrn Lange unter der Bedingung zu übergeben, daß die Arbeit sofort begonnen und mit beschäftigungslose Arbeiter aus Nummelsburg dazu angenommen werden. Die Arbeiten werden nächsten Montag begonnen und es wird auf die Anstellung von ungefähr 50 Mann gerechnet. Ob wohl ohne die jetzt stattgefundenen Arbeitslosen-Zählung dieser Beschluß so schnell zu Stande gekommen wäre?

**Aus Niddorf** wird uns geschrieben: Als Ersatz eines der socialdemokratischen Stadtratsordnenen, die durch das bekannte Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts als nicht vollqualifizierte Hausbesitzer aus dem Rathhaus entfernt worden waren, ist seiner Zeit der Gastwirt Pohl, Hermannstr. 255, gewählt worden. Der Herr, der sich als Socialdemokrat hatte wählen lassen, zeigte bald durch Worte und Stimmabgabe, daß er nicht gewillt sei, das socialdemokratische Programm zu vertreten. Die socialdemokratische Stadtratsordnenen-Fraktion Niddorfs sah sich deshalb schon vor Monaten gezwungen, ihn auszuschießen. Jetzt hat sich nun Herr Pohl als wackelhafter Hausagrarier erwiesen. Der Wähler E., der arbeitslos war, konnte Pohl die Miete für den Januar mit 21,50 M. nicht zahlen. Pohl klagte, so daß bereits am 16. Januar gegen E. verhandelt wurde. Am 31. Januar, abends, wollte E. ausziehen. Vormittags gegen 11 1/2 Uhr kamen zwei Tüpler im Anzuge des Wirts, angeblich um den Ofen in der Stube nachzusehen; sie begannen jedoch sogleich damit, ihn abzureihen. Erst nachdem E., der drei Kinder hat, darunter einen zehnwochentlichen Säugling, mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs drohte, ließ man davon ab. Pohl ließ ihn darauf am Nachmittag durch einen Gerichts-vollzieher ermitteln. Dem Ermittler verweigerte er die Herausgabe seiner Sachen. Er will sie nur gegen Zahlung von 10 M., die er für das Hinunterkloffen der Sachen nach dem Hofe gezahlt habe, herausgeben. Selbst eine polizeiliche Belehrung, die ihn am Dienstag zu teil wurde, vermochte ihn nicht zu bewegen, die Sachen herauszugeben. Außer den Ketten hatte E. bis gestern nichts in seiner neuen Wohnung.

**Johannisthal.** Bei der Rechnungslegung für das Jahr 1900/01 ergab sich eine Einnahme von 47514,65 M., eine Ausgabe von 43444,12 M., so daß ein Ueberschuß von 4070,53 M. verbleibt. Der Gemeindevorsteher erklärt die Verzögerung der Abrechnung durch die unbeschreibliche Verfassung, in welcher er die Bücher von seinem Vorgänger übernehmen mußte. Beanstandet wurde die Entnahme eines Betrages von 150 M. nebst Zinsen für die Zeit vom 8. Mai 1897 bis 1. April 1901 in Höhe von 17,20 M. aus der Gemeindefasse durch den vorigen Gemeindevorsteher, die am letzten Tage seiner Thätigkeit erfolgt ist. Die Entnahme begründet der Herr auf der Quittung durch folgende Bemerkung: „Ich brauche diesen Betrag zu meinem inneren und äußeren Gebrauchen, wie sich die Gemeindevertretung auszudrücken beliebt hat.“ Da der Betrag nun aber von dem Herrn als freiwilliger Beitrag zum Kirchen-Baufonds, welcher besonders verwaltet wird, gezeichnet war, soll er aufgefördert werden, diesen Betrag wieder zurückzahlen. — Zur Anlage eines Hafens im Feltow-Kanal für Johannisthal wurden 6000 M. bewilligt. Den Grundbesitzer soll nahe gelegt werden, durch freiwillige Beiträge die Summen zu erhöhen. — Der Bau einer Turnhalle wurde in dieser Sitzung nicht mehr als Lutzsbau bezeichnet, sondern der Gemeindevorsteher empfahl die Einreichung eines Kostenschlages bei der Regierung mit dem Ersuchen an sie, eine Beihilfe zu leisten. Ohne Debatte wurde dem zugestimmt. — Der von dem Vertreter Mann vor etwa 1 1/2 Jahren gestellte Antrag auf Erlass einer Geschäftsordnung, um den damaligen Vorsitz zur geregelten Handhabung der Geschäfte zu veranlassen, dürfte jetzt in Erfüllung gehen, allerdings nicht im Sinne des Antragstellers, sondern als eine Rautorb-Verordnung. Die Klassifizierung der Steuerzahler durch den Vorsteher in der vorletzten Sitzung bei Gelegenheit der Beratung des Turnhallenbaues war von dem Vertreter Mann entschieden zurückgewiesen worden. Die Folge hiervon ist die Aufforderung des Landrats auf Einführung einer derartigen Verordnung.

**Pankow.** Die hiesige Gemeindevertretung hatte in der letzten Sitzung beschlossen, einen Teil des Pfarrackers anzukaufen, um daraus eine Gemeindegasse zu errichten. Die Unterhandlungen mit dem Kirchenrat hatten das Ergebnis, daß die Gemeinde das 308 Quadratruß große nur aus sogenannten Hinterland bestehende Grundstück zum Preise von 100 Mark für die Ante ankaufen muß und außerdem die Hälfte der Pfasterungsarbeiten der angrenzenden Straße zu tragen hat. In den bereits bestehenden Gemeindegassen müssen verschiedene bauliche Veränderungen vorgenommen werden und zwar auf Anordnung des königlichen Schulrates. In der ersten Schule ist „mehr Licht“ zu schaffen, in der zweiten sind nur 11 Räume aber 13 Klassen vorhanden. Es wurde beschlossen, die Dachräume zu Klassenzimmern einzurichten, in trodenn diese Räume kaum 2,45 Meter hoch sind, während die Höhe 4 Meter betragen soll. In der dritten Gemeindegasse in der Kaiser Friedrichstraße liegen die Verhältnisse genau so. Auch dort sollen dieselben Experimente gemacht werden. — Wegen der Abänderungen des Bauungsplanes kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den in der Gemeindevertretung sitzenden Grundstücksbesitzern. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden; die Angelegenheit wurde einer Kommission übergeben. Der Mietvertrag mit dem Justizpalast für das zu erbauende Amtsgericht, welcher bereits abgeschlossen ist, soll auf 30 Jahre verlängert werden. Jedoch hat der Pächter bei Eintritt der Verlängerung keinen Zuschuß von 4 Proz. vom Betrage des abzuschätzenden Bauwertes zu entrichten. — Ein Beschluß der Treptower Sternwarte um Zuschuß oder laufende Unterstützung zur Erhaltung und Erweiterung dieses gemeinnützigen Instituts wurde unter Gelächter und spöttischen Bemerkungen abgelehnt; man konnte hierbei den Bildungsdrang verschiedener Ortsgroßen bewundern.

**Die Stadt Köpenick** will sich eine elektrische Centrale zulegen. Zur Aufstellung eines Kostenschlages hat die Stadtverordneten-Versammlung 2000 M. bewilligt. Sowohl auf der städtischen Strassenbahn als auf den Linien nach Bahnhofs- und Spindlersfeld und nach Wendenhof soll elektrischer Betrieb eingeführt werden. — Bei der Wahl von Mitgliedern zur Schulkommission blieb unser Parteigenosse Stadtr. Pohl mit 8 gegen 16 Stimmen in der Minderheit.

**Neu-Weihensee.** Der frühere Beschluß der Gemeindevertretung, die Kanalisation zu verbessern und eine Kläranlage einzurichten, hat die Billigung der vorgelegten Behörden gefunden. Interessant sind die einzelnen Forderungen, zu deren Erfüllung — wir sagen mit Recht — die Gemeinde jetzt verpflichtet worden ist. Vor allen Dingen soll über die Zweckmäßigkeit der Anlagen nicht die Gemeindevertretung des Ortes entscheiden, sondern die staatliche Versuchsanstalt für Kanalisation soll die Oberaufsicht über diese Betriebe haben. Neben diesen grundlegenden Bedingungen aber sind eine ganze Reihe weiterer Forderungen gestellt, denen die Gemeinde nachzukommen hat. So muß Neu-Weihensee die zur Gemeinde Alt-Weihensee gehörige Falkenbergstraße an das Kanalisationsnetz anschließen lassen. Sollte sich außerdem die geplante Kläranlage als unbrauchbar erweisen, so ist auf eine Vergrößerung des heutigen Rieselfeldes durch Ankauf von Ländereien hinzuwirken. Leichter Forderung glaubte die Vertretung durch einen Beschluß nachzukommen, wonach mit dem Besitzer eines neben dem Rieselfelde gelegenen, etwa 70 Morgen großen Terrains zwecks Ankaufs in Unterhandlungen zu treten ist. Die weiteren Forderungen treffen Bestimmungen über Vorflut, über Anschaffung neuer Maschinen, Pumpen usw.; auch wird verlangt, daß über die Maßnahmen der Gemeinde auf diesem Gebiete innerhalb dreier Monate eingehender Bericht an die vorgelegten Behörden zu erstatten sei. — Auch das Streben des Ortes soll auf Betreiben des Regierungsrates v. Kamelke (Vorsitzender der Einschätzungskommission) einer gründlichen Umgestaltung unterworfen werden. Gefordert wird zunächst für kleinere Erledigung der Geschäfte die Anstellung von mindestens fünf Steuerbeamten; die Veranlagungsarbeiten sollen rascher vor sich gehen, die Behandlung von Steuererträgen ist nur durch Beamte vorzunehmen, außerdem sind für das Steueramt mindestens drei Diensträume zu beschaffen. Die Steuerkraft der Gemeinde ist nach Ansicht des Regierungsrates durchaus nicht in der wünschenswerten Weise ausgenutzt, namentlich aber die kleineren Steuerzahler nicht in genügendem Maße zur Steuerleistung herangezogen werden. Einen Versuch auf eigene Faust nach dieser Richtung hin, der aber täglich mißlungen ist, hat der Regierungsrat aus Anlaß der letzten Steuerveranlagung unternommen, indem er aus den Reihen der „niederen“ Steuerzahler etwa 1000 Conten herausgriff und diese zu erhöhter Steuerleistung heranzuziehen versuchte. Wie schon gesagt, der Versuch ist glücklich gescheitert und nichts blieb übrig, als eine Flut von Reklamationen und eine bedeutende Erschwerung zur Abwicklung des Steuergeschäftes für die Gemeinde. — Kommentar überflüssig.

**Aus Lichtenberg** wird uns geschrieben: Zum Landrat gestellt sich das Kreisblatt. Der Aufruf des Landrats an die Kriegervereiner, im energischen Kampfe gegen das Vordringen der Socialdemokratie „voll und ganz“ zu beharren, ermuntert das „Niederbarnimer Kreisblatt“, und in einem längeren Aufsätze sucht es zu „beweisen“, daß die Teilnahme an den Bestrebungen der Socialdemokratie ein „socialer Schaden“ sei. Die eifrige Beteiligung an der socialdemokratisch-politischen und socialdemokratisch-gewerkschaftlichen Thätigkeit verschlingt nach dem Blatte bei zahlreichen Arbeitern das Interesse für alles übrige, entfremdet sie dem Hause, verführt sie zu unnützen Ausgaben, gewöhnt sie an übermäßigen Alkoholgenuß und erötet schließlich jede Empfindlichkeit für die reinen und edlen Freuden des Familienlebens. Was soll nun auch der Landrat und sein Kreisblatt sagen, wenn die in der Lichtenberger Gemeindevertretung sitzenden „Socials“ selbst die bürgerlichen Vertreter dazu verführen wollen, stundenlang den edlen Freuden des Familienlebens fernzubleiben, denn darauf geht es doch hinaus, wenn diese verborgenen Elemente zu einer Sitzung drei Interpellationen und zwei Anträge einbringen. Und obendrein der Inhalt dieser familienfeindlichen Sprengpatronen: Wann wird der Vorstand Bericht erstatten über den seit Jahren geplanten Krankenhaus-Bau? Wann gedenkt der Vorstand die Vorlage über die Erbauung der Volks-Wadaanstalt mit Räumen für die Volksbibliothek zu machen? Wann denkt der Vorstand endlich mit dem Bau von Turnhallen zu beginnen, sintonalen in der 45 000 einwohnerzählenden Gemeinde nicht eine solche vorhanden ist? Ferner kommt in Betracht der Antrag, in den Etat für 1902 die erforderlichen Mittel einzuflechten, um den Fortbildungs-Schulunterricht obligatorisch einzurichten. Weiter wird beantragt, in den hiesigen Gemeindegassen, in denen einzelnen Klassen heute noch 60, 70 bis 77 Kinder gemeinsam unterrichtet werden, Klassen einzurichten, in denen Kinder, die dem Klassenunterricht infolge körperlicher Gebrechen nicht folgen können, besonders unterrichtet werden. Gewiß sind das keine Beweise der Empfänglichkeit für reines und edles Familienleben, aber die „Socials“ sind nun einmal so, trotz Landrat und Kreisblatt.

Unfre Grundbesitzer sind viel bessere Leute, zu den Kanalisationsabgaben tragen diese bisher 3 Proz. bei. Infolge der schlechten Konjunktur für den Hausbesitz schlagen die Herren nun vor, die Abgaben auf 2 Proz. zu erniedrigen und den Rest auf die Gemeindefasse zu übernehmen, das heißt 17800 M. und 12 500 M., in Summa 30 000 M., aus den Tälchen der Steuerzahler über — notleidenden Hausbesitzer zu überweisen. Die Beratung über die Zuweisung dieser Liebesgabe an unfre Hausagrarier wird diese nicht lange ihrem Familienleben entziehen; sind die Herren doch in der Majorität!

Die hiesigen Socials werden nun zum 18. Februar in einer Versammlung (aber diesmal mit den „vernünftigen“ Frauen) diese Dinge besprechen und sich außerdem von dem Parteigenossen H. Ströbel einen Vortrag halten lassen über: Die Versteuerung des Hungers und die Forderungen für Meer und Marine. Unverbesserliche Gesellen! Nebenbei: Die Zahl der Arbeitslosen, die hier am Ort über 8000 Arbeitslose ermittelt sind, werden nun noch nachträglich festzustellen haben, ob diese Arbeitslosen nicht gemäß den Montagsbummelern des Gemeindevorstehers Göhlendorf etwa Sonntagbummler waren, denn das Vorhandensein einer Arbeitslosigkeit ist doch mit dieser Zahl noch nicht erwiesen!

**Aus Reinickendorf** schreibt man uns: Viele Berliner werden es mit den hiesigen Einwohnern beklagen, daß der Fortschritt die allmähliche Veränkerung der Schönholzer Heide geplant und damit einen neuen Ausflugs- und Erholungsort der Berliner, insbesondere der Arbeiterbevölkerung auf den Ausflugs-Platz gesetzt hat.

**Marktpreise von Berlin am 6. Februar 1902**  
nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.

† Weizen, gut D. Gr.	17,50	17,46	Rortofeln, neue, D. Gr.	6 —	4 —
— mittel	17,42	17,38	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20
— gering	17,34	17,30	— do. Band	1,40	1 —
† Roggen, gut	14,60	14,58	Schweinefleisch	1,30	1,00
— mittel	14,56	14,54	Kalbfleisch	1,80	1 —
— gering	14,52	14,50	Hammelfleisch	1,60	1 —
* Hafer, gut	14,50	14 —	Butter	2,60	2 —
— mittel	13,90	13,80	Eier 60 Stk.	5 —	3 —
— gering	13,40	13 —	Kartoffeln 1 kg	2,20	1,20
* Gerst, gut	17,20	16,70	Kaie	2,60	1,40
— mittel	16,60	16,10	Hammer	2,60	1,20
— gering	16 —	15,50	Weste	2,20	1,20
Wid. (Holl.)	—	—	Ward	1,80	0,80
Gen	—	—	Schiet	3,00	1,40
Grün	40 —	35 —	Wiese	1,20	0,80
Speisebohnen	50 —	45 —	Weste	1,20	0,80
Ein	60 —	50 —			

† ab Bahn.  
\* frei Wagen und ab Bahn.  
**Freiwagenmarkt** vom 7. Februar. Getreide. Die besseren Freiwagenmärkte aus den Vereinigten Staaten läßt keinen Einfluß auf die Preisen zu erkennen, sondern sind nur wenig unter dem Niveau der Freiwagenmärkte, die mit dem gestern erfolgten Eintreffen eines Seglers Walla-Walla zusammenhängen. Derrück-Ungary melde leicht abgewandte Preise der hiesigen Weizen. Geringe Ware verschiedener Provenienzen war offeriert, allerdings zu noch nicht rentablen Preisen. Weizen und Roggen notierten 1/2 M. unter gestern. Weizen blieb außerst still. Am Futtermarkt war Hafer nach gelagert kaum leicht abgewandert, Weizen wenig verändert. Rindfleisch ziemlich fest.  
Spiritus zog 10 Pf. weiter an, Wert loco 34,10 M. Die Nachfrage konnte nicht voll befriedigt werden.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Post) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abnahme mündlich beizulegen.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

C. S. 1. Ja. 2. Meldung im Bureau für Eintritte. Zu erfragen durch einen Vertreter im Reichstagsgebäude.

Böhmern. Ja. - P. M. Nur falls das betreffende Geschäft als ein Pfandgeschäft zu erachten ist, was in der Regel zutrifft.

Mindestens 200 Markten müssen vor der Heirat für ein Mädchen gestellt sein, damit sie als Frau das Recht hat, innerhalb eines Jahres nach ihrer Heirat die Zurückhaltung der Hälfte der Rückwaren zu beantragen.

Der Antrag ist in Berlin an die Verleumdungsanstalt Breitenstraße 24 zu richten.

- 80. Gedruckt ist nur dann strafbar, wenn wegen dieses Ueberruchs die Ehe getrennt ist und der unfauldicke Gatte innerhalb drei Monaten nach Abschluß des Urteils Verhaftung beantragt.

Ein Verzicht darauf, daß beispielsweise nicht die Frau bestraft werden solle, ist, falls ein Strafantrag gegen den Mann gestellt ist, unzulässig.

- 25. Sie sind ersipflich. - R. T. 21. Verheiratung wegen Klimente ist nach dem Lebensverhältnisgesetz und der Zivilprozeß-

Ordnung zulässig. - J. R. 1848 Carl. Ein solches Testament ist gültig, können die Erben sich nicht in Güte verständigen, so können sie bei dem Amtsgericht Erbscheinantragstellung beantragen.

ohne Antrag schreitet das Gericht der Geschäften, die an Großmutter fallen nicht ein. - C. H., Gumburg. Leider hat eine Schadenersatzklage wegen der Schwierigkeit des Beweises keine Aussicht auf Erfolg.

Sie zunächst bei dem Amtsgericht auf Rückgabe. - R. R. 27. G. 23., Waldstr. 58. Rein. - Z. D. 40. Sie können den Gegenstand nicht zurückfordern, falls Sie nicht etwa auf Rückgabe protokolllarisch verzichtet haben.

- Z. W. 18. 1 und 2: Rein. Für den Fall einer Klage müßten Sie beantragen, daß die Rückgabe nur gegen Zahlung von Schadensersatz (etwa 200 M.) zulässig sein soll. - C. A. 31. Am 1. Januar 1890.

- R. J. 1000. 1. Spätestens 6 Wochen vor dem Quartalettschluss zum Quartalettschluss. 2. Doch. - H. G., Großlichterfeld. Ohne Zweifel.

- Vergessene Güter. 1. Der Güterbesitzer hat solche Verpflichtung in der Regel nicht. Sie hätten gut, den Fall genauer darzulegen.

2. Die Verjährungsfrist ist, je nach dem Entstehungsgrunde der Forderung (Darlehen? Kauf? Miete? Arbeitsvertrag oder was für eine Forderung sonst?) verschieden. Ergänzten Sie deshalb auch diese Anfrage. - 555. Geldstrafe: Strafantrag kann man an die Polizeibehörde oder an die Staatsanwaltschaft richten. - P. W. Frau R. hat Anspruch auf 3 M. gegen Sie.

- 3. 2. 6. 1. Das Grundbuch ist auf dem Amtsgericht einzutragen. Im Grundbuch ist der Eigentümer eingetragen. 2. Das ist möglich. 3. Rein.

4. Ja. - R. Lu. Aussicht auf Erfolg verleiht lediglich eine Klage gegen den Schlichter, die von einem Anwalt des dortigen Landgerichts anzustellen wäre. Zweifelsfrei bleibt aber auch hier die Möglichkeit eines Erfolges. - C. J. Jeder nein. - G. 100. Rein.

- Z. 25. Rein. Es kann zwar gekündigt werden, die Ehefrau kann aber mit Erfolg Klage auf Aufhebung der Zwangsversteigerung erheben.

J. B. Kaufen Sie sich Reichsanleihe, preussische Staatspapiere oder Berliner Stadtschuldscheine oder legen Sie das Geld in der hiesigen Sparkasse auf mehrere Jahre an.

- G. G., Pantow. 1. und 2. Ja. 3. Ja. 4. Das ist und nicht bekannt. - R. E. G. 20. Sie haben pro Jahr 1 M. Mietschulden zu zahlen und zwar vom 1. Januar des Jahres zum 1. Januar des nächsten Jahres.

- G. G. 4. Rein. - H. R. 100. Ja. - G. 2. 7. Der Abzug vom Lohn pro Oktober und November war berechtigt.

Ob die weitere Klage abgewiesen werden wird, ist zweifelhaft; es hängt davon ab, ob der Richter annimmt, zur Entlassung habe ein Grund vorgelegen.

Ob solcher Grund vorliegt, ergibt aus Ihrer Darstellung nicht genau.

Witterungsübersicht vom 7. Februar 1902, morgens 8 Uhr.

Table with columns for Stations, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G., and other weather-related data for various locations.

Wetterprognose für Sonnabend, den 8. Februar 1902. Bionisch warm, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe und regnerisch bei mäßigen südwestlichen Winden.

Nur den Inhalt der Anträge übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 8. Februar. Cyrenhaus. Nigards Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen. Schiller. Familie Fourchambault. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.

Verliner. Ueber unsre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr. Leistung. Glad. Anfang 7 1/2 Uhr. Meißens. Beichte. Vorder. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Coralie u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr. Westen. Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr. Revue-Theater. Desses Offenbarung. Anfang 8 Uhr.

E. v. Wolzogens Bunte Theater (Weberbrett). Anfang 8 Uhr. Schall und Rauch. Vorstellung vor Serenissimus. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trionon. Lebende Fieber. Kleine Spiele. Anfang 8 Uhr. Central. Die Gulliver mit ihrer Gesellschaft. Le Marchand de Bespoire. Le Claire de Lune. Anfang 7 1/2 Uhr.

Komm. 4 Uhr: Schneewittchen bei den sieben Zwergen. Einlagen: Lebendes Schachspiel. Die Puppe. Die frohe Witte.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.

Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum. Friedrich-Strasse 165. Der König der Kraftturner (der stärkste Mann der Welt), der Berliner Alex Meyer hebt 300 Pfund Scheibenstange!

Central-Theater. Heute Sonnabend, den 8. Februar, nachmittags 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene hat ein Kind frei: Schneewittchen bei den sieben Zwergen.

Thalia-Theater. Dresdenerstrasse 72/73. Mit vollständig neuer Ausstattung: Seine Kleine. Große Ausstattungspoils mit Gesang und Tanz in 3 Akten.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurterstr. 132. Nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung zu kleinen Preisen: Doraröschchen.

Apollo-Theater. Gastspiel des Central-Theater-Ensembles: Das süsse Mädcl. Ferner: Arvida Svensson. The Leamy-Truppe.

Palast-Theater (früher Feen-Palast) Durrstr. 22. Direction: Winkler u. Fröbel. Sonnabend, 8. Februar 1902: Das neue glänzvolle Februar-Programm.

Belle-Alliance-Theater. Die Dame aus Trouville. Schwan u. Gelang u. Tanz in 3 Akten. Emil Sanderbaum. Ferd. Körner. Witzl Birkner. Rosa Marlon.

Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi. Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung: 'ne feine Nummer!

Burleske Ausstattungspoils mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund. Im 4. Bilde: Frauchens Weihnachtstisch.

Schall und Rauch (Kleines Theater) Unter den Linden 44. Sonnabend, 8. Februar, 8 1/2 Uhr: Vorstellung vor Serenissimus.

Passage-Theater. Anfang 5 Uhr. Anf. des Abendprogramms 8 Uhr. Ganz Berlin spricht von der siebenjährigen Lola Gray.

Casino-Theater. Gastspiel Wilhelm Richter in der Gefangenschaft 'Lutige Brüder'. Dazu 'Ehrlös' und dasjenige neue Programm.

W. Noacks Theater. Frauenstraße 16. Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung. Sonntag: Hopfenraths Erben.

Charivari-Theater. Alte Jakobstr. 37. Neues glänzendes Februar-Programm. Papi Weiss. Mizzi Braun. Lotte Sebus. Albert Kühne.

Deutsche Konzerthallen. An der Spandauer Brücke 3. Orchest. Vergnügungstokal Berlins Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sängcr. Anfangs Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Preßfohlen-Bruch! Scheffel 70 Pf. ab Platz.

Berlins grösste Fischhandlung

empfiehlt von täglich frischem Fange und täglich frischer Zufuhr in Kühlwaggons frische, geräucherte und marinierte Seefische zu bekannt billigen Preisen.

Schellfische in allen Größen . . 30-40 Pf. pro Pfd. Cabliau (zum Kochen und Braten) 35-40 Pf. Seelachs . . . . . 30-35 Pf. Rotzungen 50-65 Pf., Schollen 40-60 Pf.

Knurrhahn 30-40 Pf. pro Pfund. Geräucherte Seefische: Schellfische, schöner als Bäcklinge 45 Pf. pro Pfd. Fludern 60 Pf., Roche (Ersatz für Stör) 60 Pf.

Seeforellen in Aspice. Dosen 8 Pf. 2 Pf. ca. 1 1/2 Pf. 1 Pf. 1/2 Pf. M. 4,00 M. 1,10 M. 0,75 M. 0,60 M. 0,40.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel. Karlstrasse. Nur erklaffige Spezialitäten. J. M. Hütt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Kufeke's BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder Kindermehl.

E. von Wolzogens Bunte Theater (Weberbrett) Köpnickstr. 68. Sonnabend, den 8. Februar 1902: Lina Abarbanell. Bozena Bradsky u. Oskar Straus.

Trianon-Theater. Georgenstrasse, Ecke Universitätsstr. Madonnenscheln. Lebende Lieder. Anf. 8 Uhr. Parkett 2 M.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sängcr. Anfangs Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Preßfohlen-Bruch! Scheffel 70 Pf. ab Platz.

F. Schleussner, Lagerplatz: Anhalter Bahn, Eingang: Kreuzbergstr. 43. Bähne M. 2 an beliebige Teilsahlung.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Südos. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 5. d. M. das Mitglied Richter Paul Sporn, 112. Jähriger, gestorben ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Heizungsrührer Paul Sporn am Mittwoch, den 5. d. M., verstorben ist.

Codes-Anzeige. Erstellen hiermit die traurige Pflicht, allen Freunden und Bekannten das Ableben unsres Nachbarns 285/19 Hyron. Aug. Blaschke vom Klub Fidele Raucher.

Marie Pohl geb. Wirtz am 6. d. M. sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Sonntagvormittag 11 Uhr von der Leichenhalle des Centralfriedhofs, Friedrichsfelde, aus statt.

Albert Bernsee sage ich allen denen, welche ihm die letzte Ehre erwiesen haben, meinen tiefgefühltesten Dank. Die trauernde Witwe Emilie Bernsee.

Indische Menagerie im Exerzierhaus (am Brenzlauer Thor) Ledringerstraße 1-7. Täglich 3 große Vorstellungen. 4. 6 und 8 1/2 Uhr. Dreher mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie Löwen-Dringkamp und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr.

Wandel-Panorama. Leipzigerstr. 73/74 - am Dönhofsplatz. Orient-Reise mit der Luftschiff 'Prinzessin Victoria Luise'. Vorstellungen täglich 12, 2, 4, 6, 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. 717/8.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater). Sonnabendabend 8 Uhr: Familie Fourchambault. Schauspiel in 5 Akten von G. Augier, aus dem Französischen überetzt von H. Wöwenfeld.

Sanssouci Kottbuserstr. 4a. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sängcr Eine Theaterprobe.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII 353

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr, im Palast-Theater (Freyhof), Burg- und Wolfgangstraßen-Ecke:

## General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht der Ortsverwaltung, Kassensbericht und Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des 1. Bevollmächtigten, des Schriftführers, des Arbeitsvermittlers, des Anwaltlers der Arbeitslosen-Unterstützung und eines Revisors. 3. An die Verwaltung gelangte Anträge.

In dieser Versammlung werden keine Karten verteilt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Am Eingang zum Saal erhalten die Kollegen einen gedruckten Jahresbericht, einen Kassensbericht und Stimmzettel.

111/11 Die Ortsverwaltung.

Dienstag, den 11. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr,

## Volks-Versammlung

bei Gossmann, Kreuzbergstraße 48.

Die Verbilligung der Lebensmittel.

Referent: **Paul Göhre.**

## Deutscher Holzarbeiter-Verband. Bilderrahmenmacher.

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 9 Uhr, bei Ewald, Schönleinsstraße 6:

### Versammlung.

### Achtung, Parkettbodenleger!

Sonntag, den 9. Februar cr., morgens 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5, Engel-Ufer 15:

### Versammlung.

Tages-Ordnung: Unsere geschäftliche Lage. Verschiedenes. 78/18 Die Kommission.

## Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft. (Verwaltungsstelle Berlin).

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr,

im Englischen Garten (oberer Saal), Alexanderstraße 27c:

## Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Ortsverwaltung, des Kassierers und der Revisoren. 2. Neuwahlen. 3. Mitteilungen. 4. An die Ortsverwaltung gelangte Anträge. 5. Verschiedenes. 280/2

Die Mitglieder bitten wir, frühzeitig und pünktlich zu erscheinen, da der Saal mittags 1 Uhr geräumt sein muß. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

## Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Zentralstelle Berlin.)

Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 5 Uhr, bei Raabe, Kolbergerstraße Nr. 23:

## Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Delegierten zur Konferenz. 2. Verbandsangelegenheiten, Verschiedenes. 280/2

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Die Ortsverwaltung.

Um 6 Uhr daselbst:

## Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtv. Ewald. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Die Ortsverwaltung.

# PAGLIANO-SYRUP

Jede Flasche soll unsere Fabrikmarke mit dem Namenszug des Prof. Girolamo Pagliano tragen, welche seit dem 12. Dezember 1895 beim Kaiserlichen Patentamt in Berlin eingetragen ist. 7/5

## Blutreinigungsmittel

Hergestellt seit dem Jahre 1838 von Prof. Girolamo Pagliano, Florenz, via Pandolfini (Italien).

Niederlage für Deutschland: Karl Hunnius, München.

Vor Fälschungen und Nachahmungen wird gewarnt.

Jedes Wort: **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Anzeigebüros für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
Schuhmacher Alpen, 10 Minuten vom Bahnhof Jüterbog, 2 Morgen, Berg, Thal, Wasserfall, 2500 Mark, verkauft Jersch, Jüterbog, Stettiner Bahn. 5700\*  
Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137\*  
Vorjährige elegante Herrenhüte aus feinen Stoffen 9-12 Mark Verkauf Sonnabend und Sonntag Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 9740\*  
Vorjährige elegante Herrenhüte und Paletots aus feinen Stoffen verkauft von 20,00 Mark an. B. Lewinsky, Alexanderstraße 22.  
Anzüge und Paletots nach Maß von 30,00 Mark an, wer Stoff hat 25,00 Mark. B. Lewinsky, Alexanderstraße 22. 10140\*  
Trennwäsche! (Leberhölle) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Trennwäsche-Parade, Gadebühlstraße 4, Bahnhof Börse. 111/7\*  
Kanarienhöhne, Vorkänger, Anore, Sph. und Ringelkoller, Köpferstraße 154a, IV. 10270  
Kanarienvoller und Weibchen verkauft Prinzessinnenstraße 12, III.

**Kleine Dekoration für junge Anführer.** In eleganten Holzkassettensystemen, im Kaiserlichen Patentamt, 10209\*  
**Spottbillig!** Teppiche, Betten, Stoppdecken, Vorhänge, Hüten, Leinwand, Kleiderstoffe, 6. Teilzahlungen gestattet. 8/3\*  
**Bettfedern.** Hund von 45 Pf. an, echt chinesische Mandarinenbäume, Pfund 1,50. Fabriklager Landberger-Aller 37, I. 988K\*  
**Kleiderpinsel.** zweifach, 20 Mark, Stofftasche 15 Mark. Ganze Einrichtungen unter Preis. Orichowits, Marianneustraße 7a. 10190\*  
**Teppiche** mit Farbenlechten, Kachelniederlagen Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137\*  
**Stoppdecken** billig! Habicht Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137\*  
**Kanarienvoller.** Weibchen, verkauft Brandt, Holmannstraße 9, 2655\*  
**Kanarienhöhne** 4,00, Dekorationsbillig. Gallewanz, Weberstraße 17.  
**Kanarienvoller.** 100 Stück, 5 Mark an, Kleiderweiden zur Sucht, Decktische 1,50, Bettlaken, Stühle, Vogelhandlung, Oranienstraße 87. 3740  
**Gabelbänke.** verschiedene, preiswert. Dietrich, Weystraße 70. 3200  
**Wittgeheiß.** Kasse, verkauft Rattenstraße 7. 3790

**Maschinen.** preiswerte Bergbauausrüstung, ohnehinzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort. Landbergerstraße 82, Köpferstraße 60/61. 1480\*  
**Musikinstrumente** mit ausweichbaren Rollen, geringe Teilzahlung. J. Kurzer, Landbergerstraße 13.  
**Fahrräder.** verlässliche, tolleste Auswahl beider Markenräder, gebraucht und neu. Jetzt wartungsbereit, günstige Gelegenheiten eines vorzüglichen Fahrradkaufs! Rennmaschinen, Dirtoräder, Cestradler, Qualitätsmaschinen ersten Ranges, Rennmaschinen, Damenräder, alles flott, der letzten schlechten Jahreszeit entsprechend. Fahrrad-Verleihung Neue Schönhauserstraße 11. 113/3  
**Schmiedgeschäft.** nachweislich gut, Umstände halber sofort zu verkaufen. In der Nähe bei Rade, Beethovenstraße 20, vorn IV. 1490\*

**Rechtsbureau.** Rechtsfälle, Eingabegeld, Raterteilung. Andreassstraße 4, dreieckig. 3305  
**Kunstkopiererei** von Frau Köpfer, Stummstraße 48, Cuesgebäude hoch parterre.  
**Kostenfreie** sachverständige Behandlung Zahnziehen. Zahnärztliche Poliklinik, Schaefferstraße 1a. 9998\*  
**Widifikation!** Wer sich über diese wichtige Angelegenheit unter Zeit unterrichten will, verlange die Prospektblätter des Bundes gegen Alkohol, werden vom Tierärztlichen Verein Berlin, Köpferstraße 108, Postfach 10000 an Referenten für Vorträge in Arbeitervereinen über Widifikation bestellt werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 1010\*

**Freunden und Bekannten** empfehle mein Wein- und Sauer- Bier, Gierlöf, Berlin, Central-Friedhof, Gubenstraße 4, 3. Dader. 1120\*  
**Reinigungsraum** zu vergeben Turnstraße 62. 3430\*  
**Reinigungsraum,** großes, einige Tage, auch Sonntag zum Tanz, bei Neue Dörfstraße 49. 3520  
**Wägen** von 1 Mark an, Weidmann, Kleine Kottbusstraße 12. 3750  
**Strassenbahn.** Straßenschild, Wandergelände, Stellungsgelände, Zahlungsbeleg, Raterteilung. Wulffow, Stollstraße 141. Sprechstunden: Abends, Sonntag. 3780  
**Heute** Bodenschiff mit Wirtin, wozu einladet Carl Brante, Wittenberg, Wilhelmstraße 84. 3810\*

**Stellenangebote.**  
**Chefbedienten.** Plättlerinnen auf Neu- dauernd, verlangt Kreuzbergstraße 7. Central-Dampfwasserkraft.  
**Im Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Seite  
**Selbst. Rahmenbauer** mit Kapital für rentabl. Fahrrad. Versandhaus sofort gesucht. Off. an A. 7975 an Heinrich Elster, Hamburg. 130/3  
**Achtung! Klavierarbeiter**  
In der Pianofabrik von Schöpf & Nieber, Markhof 18, Krautstr. 4-5, Blumenstraße 32, Krautstr. 62, Kreuzbergstraße 7, Schmalenstraße 7, haben sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Ermittlung, die Lohnabzüge rückgängig zu machen, bleibt erfolglos. 141/4  
**Zugzwang fernhalten!**  
Fachverein der Musik-Instrumenten-Arbeiter.

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
Blinder Tischler bietet um Arbeit. Stelle werden zu den billigsten Preisen gesucht, werden abgeholt und unentgeltlich zurück geliefert. Adresse: Wulffowstraße 27, H. Wulffow.

## Vermischte Anzeigen.

**Unfallfassen.** Klagen, Eingaben, Reklamationen, Wägen, Stuhlgerüste. 420\*  
**Häuseraufbau** zu höchsten Preisen. Epstein, Markgrafstraße 101. (130/1)

**Gold.** Silber kauft Brannenstraße 137, Uhrmacherladen. 3340  
**Metallbruch** aller Art kauft Brader, Oppenstraße 16, Raumystraße 18. 3380\*  
**Zwei** große schöne Reinigungsraum mit Pianino empfiehlt Paul Witten, Waisenstraße 61. 1480\*

Verantwortlicher Redakteur: Carl Reid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.